



Zentral-Organ für die Interessen

der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.

Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 Mr.
Der Courier ist in die Postzeitungsoffizie eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin 50.16, Engel-Ufer 21.

Telephon: Amt Moritzplatz, 930 und 11864.

Gedruckt von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. Sonntags geschl.

Redaktionsschluß
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Bestellungen an die Schriftleitung.

Nr. 49.

Berlin, den 8. Dezember 1912.

16. Jahrg.

Der Transportarbeiter-Notiz-Kalender 1913

hat in Einteilung, Anordnung und Inhalt — abgesehen von der durch die Vermehrung des Stoffes gegebenen Erweiterung — seinen Vorgänger weit übertroffen. Jeder Kollege, der sich für seine Organisation und deren Leistungen interessiert, muß im Besitz dieses Kalenders sein.

Die Internationale gegen den Krieg.

Eine gewaltige Demonstration für den Weltfrieden war der in Basel tagende internationale Arbeiterkongress. Der Kongress hat unter großer Begeisterung einstimmig ein Manifest zum Weltkrieg erhoben, das als Dokument des Friedenwillens der internationalen Arbeiterschaft auch an dieser Stelle seine Publikation finden soll:

Die Internationale hat auf ihren Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen für das Proletariat aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgestellt:

"Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Die Ereignisse der letzten Zeit haben mehr als jemals dem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen Aktionen die größte Kraft und Energie zu geben. Auf der einen Seite hat der allgemeine Rüstungswahn in die Lebensmittelsteuerung verschärft und dadurch die Klassengegensätze ausgebaut und in die Arbeiterklasse eine unbezwingbare Empörung getragen. Die Arbeiter wollen diesem System von Unruhigkeit und Verschwendug eine Grenze setzen. Andererseits wirken die unaufhörlich wiederkehrenden Kriegsdrohungen immer aufreizender. Die großen Völker Europas sind beständig auf dem Punkte, gegeneinander getrieben zu werden, ohne daß diese Attacken gegen Menschlichkeit und Vernunft auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden könnten.

Die Balkankrise, die bereits bis heute so schreckliche Greuel herbeigeführt hat, würde, wenn sie weiter greift, die furchtbarste Gefahr für die Zivilisation und das Proletariat sein. Sie wäre zugleich die größte Schandtat der Weltgeschichte durch den schreienden Gegensatz zwischen der Größe der Katastrophe und der Geringfügigkeit der ins Spiel kommenden Interessen.

Darum stellt der Kongress mit Genugtuung fest die vollständige Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder im Kriege gegen den Krieg.

Indem die Proletarier aller Länder sich gleichzeitig zum Kampf gegen den Imperialismus er-

hoben, jede Sektion der Internationale aber der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegenstellte und die öffentliche Meinung ihrer Nation gegen alle kriegerischen Kämpfe mobilisierte, ergab sich eine grandiose Kooperation der Arbeiter aller Länder, die schon bisher sehr viel dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten. Die Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution im Gefolge des Weltkrieges hat sich als wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen.

Der Kongress fordert daher die sozialdemokratischen Parteien auf, ihre Aktion mit allen ihnen zweckmäßig erscheinenden Mitteln fortzuführen, er weist in dieser gemeinsamen Aktion jeder sozialistischen Partei ihre besondere Aufgabe zu.

Die sozialdemokratischen Parteien der Balkanhalbinsel haben eine schwierige Aufgabe. Die Großmächte Europas haben durch systematische Hinterziehung aller Reformen dazu beigetragen, in der Türkei unerträgliche, ökonomische, nationale und politische Zustände herbeizuführen, die notwendig zur Empörung und zum Kriege führen mussten. Gegenüber der Ausbeutung dieser Zustände im Interesse der Dynastien und Bourgeoisien haben die sozialdemokratischen Parteien des Balkans mit heroischem Mut die Forderung nach einer demokratischen Föderation erhoben. Der Kongress fordert sie auf, in ihrer bewunderungswürdigen Haltung zu verharren; er erwartet, daß die Sozialdemokratie des Balkans nach dem Kriege alles daran setzen wird, zu verhindern,

dass die mit so furchtbaren Opfern erlauchten Ergebnisse des Balkankrieges von den Dynastien, vom Militarismus und von der expansionslüsternen Bourgeoisie der Balkanstaaten für ihre Zwecke missbraucht werden. Insbesondere aber fordert der Kongress die Sozialisten am Balkan auf, sich nicht nur der Erneuerung der alten Feindschaften zwischen Serben, Bulgaren, Rumänen und Griechen, sondern auch jeder Vergewaltigung der gegenwärtig im anderen Kriegsgegner stehenden Balkanvölker, der Türken und Albaner, zu widersetzen. Die Sozialisten des Balkans haben daher die Pflicht, jede Entrichtung dieser Völker zu bekämpfen und gegen den entfesselten nationalen Chauvinismus die Verbrüderung aller Balkanvölker einschließlich der Albaner, Türken und Rumänen zu proklamieren.

Die sozialdemokratischen Parteien Österreich-Ungarns, Kroatiens und Slawoniens, Bosniens und der Herzegowina haben die Pflicht, ihre wirkungsvolle Aktion gegen einen Angriff der Donaumonarchie auf Serbien mit aller Kraft fortzuführen. Es ist ihre Aufgabe, sich wie bisher auch fürderhin dem Plan zu widersetzen, Serbien mit Waffengewalt der Ergebnisse des Krieges zu berauben, es in eine Kolonie Österreichs zu verwandeln und um dynastischer Interessen willen die Völker Österreich-Ungarns selbst und mit ihnen alle Nationen Europas in die größten Gefahren zu verstricken.

Ebenso werden die sozialdemokratischen Parteien Österreich-Ungarns auch in Zukunft darum kämpfen, daß dem vom Hause Habs-

burg beherrschten Teile der slawischen Völker innerhalb der Grenzen der österreich-ungarischen Monarchie selbst das Recht auf demokratische Selbstregierung errungen werde.

Besondere Aufmerksamkeit haben die sozialdemokratischen Parteien Österreich-Ungarns ebenso wie die Sozialisten Italiens der albanischen Frage zuwenden. Der Kongress erkennt das Recht des albanischen Volkes auf Autonomie an, er verwahrt sich aber dagegen, daß unter dem Deckmantel der Autonomie Albanien zum Opfer österreichisch-ungarischer und italienischer Herrschaftsgesetze werde. Darin erblickt der Kongress nicht nur eine Gefahr für Albanien selbst, sondern in nicht ferner Zeit auch eine Bedrohung des Friedens zwischen Österreich-Ungarn und Italien. Nur als autonomes Glied einer demokratischen Balkanföderation kann Albanien ein wirklich selbständiges Leben führen. Der Kongress fordert daher die Sozialdemokratien Österreich-Ungarns und Italiens auf, jeden Versuch ihrer Regierungen, Albanien in ihre Einflussphäre einzubeziehen, zu bekämpfen und ihre Bemühungen um die Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien fortzuführen.

Mit großer Freude begrüßt der Kongress den Proteststreik der russischen Arbeiter als wirksam dafür, daß das Proletariat Russlands und Polens sich zu erholen beginnt von den Schlägen, die die zaristische Konterrevolution ihm versetzt hat. Darin erblickt der Kongress die stärkste Bürgschaft gegen die verbrecherischen Intrigen des Zarismus, der, nachdem er die Völker seines eigenen Landes blutig niedergeworfen, nachdem er die Balkanvölker selbst unzählige Male verraten und ihren Feinden preisgegeben hat, nun mehr schwankt zwischen der Furcht vor den Folgen eines Krieges für ihn selbst und der Furcht vor dem Drängen einer nationalistischen Bewegung, die er selbst geschaffen hat. Wenn sich aber der Zarismus nun mehr wieder anschickt, sich als Befreier der Nationen des Balkans zu gebären, so geschieht es nur, um unter diesem heuchlerischen Vorwand dem blutigen Krieg die Vorherrschaft am Balkan wieder zu erobern. Der Kongress erwartet, daß das erstarrende städtische und ländliche Proletariat Russlands, Finnlands und Polens dieses Elgengewebe zerreißen und sich jedem kriegerischen Abenteuer des Zarismus widersehen, jeden Anschlag des Zarismus, sei es auf Armenten, sei es auf Konstantinopel, bekämpfen und seine ganze Kraft auf die Erneuerung des revolutionären Befreiungskampfes gegen den Zarismus konzentrieren wird. Ist doch der Zarismus, die Hoffnung aller reaktionären Mächte Europas, der grimmigste Feind der Demokratie, und die gesamte Internationale muß es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen, die von ihm beherrschten Völker den Befreiung entgegenzuführen.

Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Im Augenblick ist es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder,

von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Österreich-Ungarn als auch Russlands jede Unterstützung verweigern, sich jeder Einmengung in die Balkanvölker enthalten und unbedingte Neutralität bewahren. Ein Krieg zwischen den drei großen führenden Kulturbölkern wegen des serbisch-österreichischen Bosnienstreits wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs können nicht anerkennen, daß irgend eine durch geheime Verträge herbeigeführte Verpflichtung besteht, in den Balkankonflikt einzugreifen.

Sollte aber in weiterer Folge der militärische Zusammenbruch der Türeli zur Erschütterung der osmanischen Herrschaft in Borderedien führen, dann ist es die Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Kraft Erüberungsgesetzen in Borderedien zu widersetzen, die geradenwegs zum Weltkrieg führen müßten. Als größte Gefahr für den Frieden Europas betrachtet der Kongress die künstlich genährte Gegnerhast zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich. Der Kongress begrüßt daher die Bemühungen der Arbeiterklasse der beiden Länder, diesen Gegensatz zu überbrücken. Er betrachtet als das beste Mittel zu diesem Zweck die Abschaffung eines Nebeneinkommens zwischen Deutschland und England über die Einstellung der Flottenrüstungen und über die Abschaffung des Seebunderechts. Der Kongress fordert die Sozialisten Englands und Deutschlands auf, ihre Agitation für ein solches Nebeneinkommen fortzuführen.

Die Überwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der anderen Seite würde die größte Gefahr für den Weltfrieden beseitigen, die Machtstellung des Zarismus, der diesen Gegensatz ausbeutet, erschüttern, den Überfall Österreichs auf Serbien unmöglich machen und den Frieden sichern. Auf dieses Ziel vor allem sind daher die Bemühungen der Internationale zu richten.

Der Kongress stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale in ihren Grundsätzen über die auswärtige Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, daß Massenentzündung, daß die kapitalistische Produktionsweise herbeiführt, durch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen, und fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem Gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sich selbst einen Krieg entfesseln können. Sie mögen sich daran erinnern, daß

der Deutsch-Französische Krieg, der den revolutionären Ausbruch der Kommune im Gefolge hatte, daß der Russisch-Japanische Krieg die revolutionäre Kraft der Völker des Russischen Reichs in Bewegung gesetzt hat, daß die militärischen und maritimen Wettkämpfe Klassensensuren in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben und riesige Arbeitseinstellungen entfesselt haben. Es wäre Wahnsinn, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, daß schon der bloße Gedanke der Ungehörigkeit eines Weltkrieges die Entrüstung und Empörung der Arbeiterklasse hervorrufen muß. Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schließen zum Vorteil des Profits der Kapitalisten, des Ehregeizes der Dynastien und zur höheren Ehre diplomatischer Geheimverträge.

Wenn die regierenden Gewalten die Möglichkeit normaler Fortentwicklung abschneiden, und dadurch das Proletariat zu verzweifelten Schritten verleiten sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen der durch sie herbeigeführten Krise zu tragen haben.

Die Internationale wird ihre Anstrengungen verdoppeln, um diese Krise zu verhindern, sie wird ihren Protest mit immer stärkerem Nachdruck erheben, ihre Propaganda immer energischer und umfassender gestalten. Der Kongress beauftragt darum das Internationale Sozialistische Bureau, mit um so größerer Aufmerksamkeit die Ereignisse zu verfolgen und, was immer eintreten möge, die Verbindung zwischen den proletarischen Parteien aufrecht zu erhalten und zu verstärken.

Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblick der Träger der ganzen Zukunft der Menschen zu sein.

Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, die von allen Grenzen des Massenmordes, der Hungersnot und Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat alle seine Energie aufwenden.

So wendet sich der Kongress noch an euch, Proletarier und Sozialisten aller Länder, daß ihr in dieser entscheidenden Stunde eure Stimme vernehmen lasset! Bekündet euren Willen in allen Formen und an allen Orten, erhebt euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten, vereinigt euch in Massen zu großen Kundgebungen, nicht alle Mittel aus, die euch die Organisationen und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Sorgt dafür, daß die Regierungen beständig den wachsamsten und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen!

Die Federung bei Automobilen.

(Schluß.)

Um den früher mehr als jetzt vorkommenden Federschäden zu begegnen, baute man zwischen Achse und Rahmen einen sogenannten Stoßfänger, welcher durch seine bremsende Wirkung bei einer Bewegung der Achse gegen den Rahmen in Funktion tritt, den Stoß in sich aufnimmt und somit der Rahmen mit seinen Getriebeteilen nicht davon getroffen wird; zu gleicher Zeit schützt er die Feder vor zu hoher Beanspruchung. Den Grundgedanken, mit Hilfe dieser Apparate den Stoß in Bewegung zu verwandeln, ist in verschiedenartiger Gestaltung zur praktischen Ausführung gekommen. Eine Bauart ist die folgende: Sowohl an dem Rahmen als an der Achse sind schrägarretig zwei Stangen befestigt, welche in Scheiben endigen, die durch eine Feder fest aneinander gepreßt werden. Eine Verdrehung der beiden Scheiben tritt unter Überwindung der Steigung dann ein, wenn ein heftiger Stoß die Achse gegen den Rahmen bewegt. Ein neuer Konstruktionsgedanke ist in der Fig. 1 zur Darstellung gebracht. Wie bei der vorhergehenden Konstruktion sind wieder zwei Stangen, die eine an der Achse, die andere am Rahmen angelehnt. Die obere Stange endigt in einem Gehäuse, während die untere in demselben drehbar gelagert ist und auf der Achse ein Schaufelrädchen trägt. Das Gehäuse ist mit einer ganz zähflüssigen Masse vollständig gefüllt und überall gut abgedichtet. Der die Achse treffende Stoß hat nun zur Folge, daß eine Drehung des kleinen Schaufelrades eintritt, die jedoch durch das gleichzeitige Verdrängen der eingeschlossenen Leigmasse sehr erschwert wird. Auf dem Wege nach dem Chassis wird also der Stoß von diesem elastischen Mittel eingezogen. Eine andere Ausführung ist in der Figur 2 schematisch dargestellt. Dieselbe ist ähnlich wie die eben beschriebene, nur tritt an die Stelle der teigartigen Masse die Wirkung einer Spiralfeder, welche bei Annäherung von Achse gegen Rahmen, immer mehr gespannt wird und dadurch den Stoß in sich aufnimmt. Weil derartige Stoßfänger vor allem die Bruchgefahr der Feder herabmindern, sind sie bei Neuwagen gern in Anwendung gekommen; einer allgemeinen Einführung standen verschiedene Mängel, sowohl in der Ausführung als auch in der Wirkungsweise entgegen. In dem ja an sich berechtigten Streben nach kompendiöser Bauart solcher Apparate befanden die Hersteller zu kleine Dimensionen, so daß die Ab-

Kriegsschwärmer!

Motto:

"Welt davon ist gut vor'm Schuß!"
In Nr. 595 des "Tag" vom 22. November er-
tritt ein gewisser Kurt Aram also gewaltig ins
Horn: "Europas milde Augen (!) zeigen eine von
Jahrzehnt zu Jahrzehnt wachsende Schwärmerie für
alle zivilisierten Völker des Friedens... Unsere
Humanität strebt immer brüderlicher dem Zustand zu,
wo Leichtigkeit Schwäche und Einheit Freude ist.
Das moderne Ideal: größtmögliche Glückseligkeit der
größtmöglichen Anzahl hat kein anderer Staat so
gründlich (!) mit allen Mitteln der Gelehrgabe zu
verwirklichen gearbeitet, wie der unsere (1877)"

Nachdem so ein überschwengliches Lob unserer
besser-ähnlichen Sozialversicherung geschlagen worden und
als deren Folge von "Reichenhysterie" und "Reichen-
neurose" und "Reichenhypochondrie" gesetzt worden
ist, heißt es dann zum Schluß: "Unser Sozialidealismus
wird uns mit der Zeit ein gewaltiges Heer von Men-
schen machen und ihr Charakter ist denken,
die nicht mehr für ihr Vaterland leben und kämpfen,
sondern für "ihre" Rente."

Der gute Mann scheint sich bei dem Studium der
Werke Wilhelm v. Humboldt etwas über-
nommen zu haben. Er jammert:

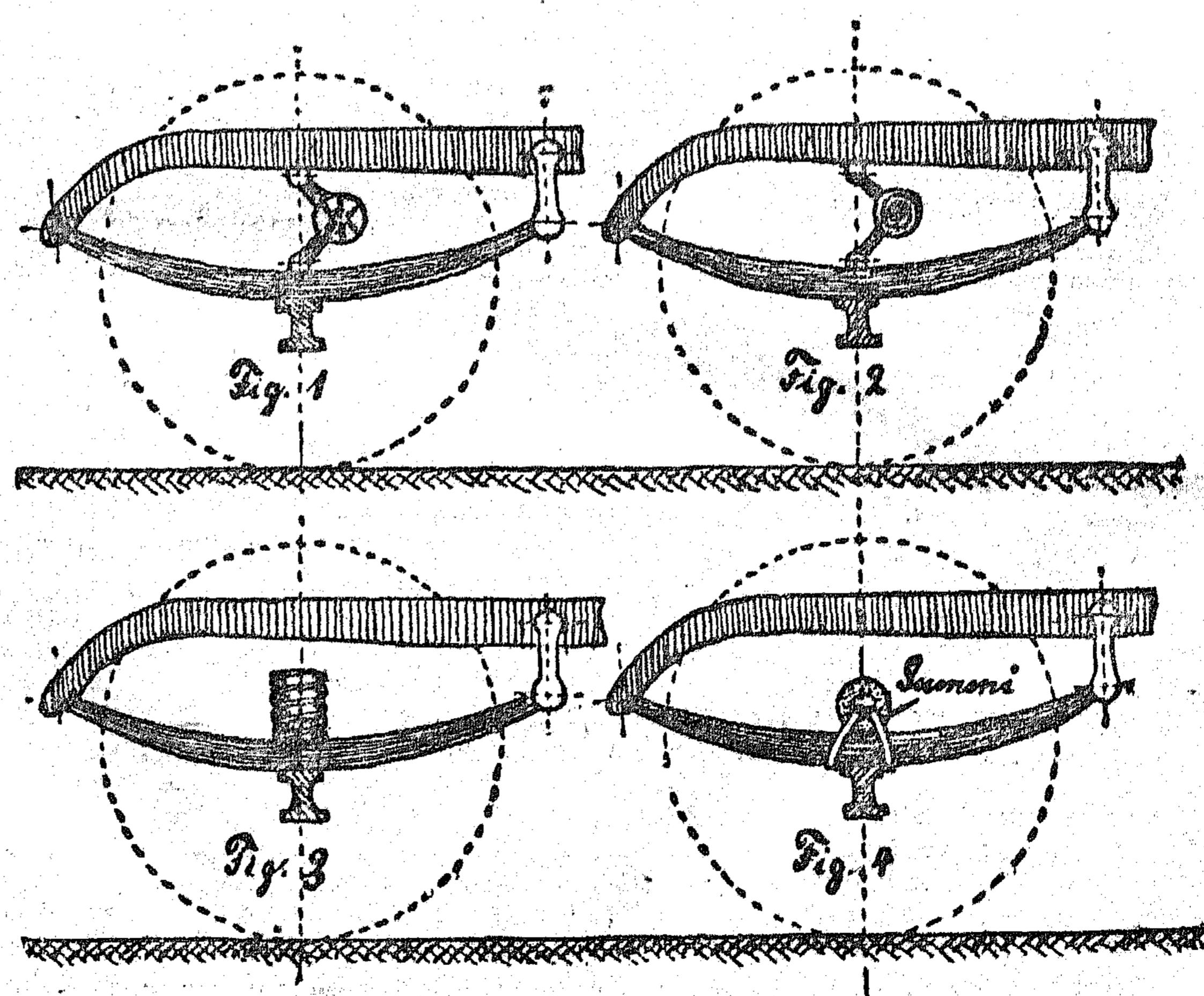
"Aber schon so ein humaner Mann wie Wilhelm
v. Humboldt hat gesagt: "In der Wirkung des Krieges
auf den Volkscharakter erkenne ich eine der heils-
samsten Erscheinungen zur Bildung des Menschenge-
schlechts, und ungern sehe ich ihn mehr und mehr
vom Schamplatz zurücktreten. Er ist das freilich furcht-
bare Extrem, durch das jeder tätige Mensch gegen
Gefahr, Arbeit und Mühseligkeit geprüft und gejählt
wird, und er allein gibt der ganzen Gestalt die Stärke
und Mannigfaltigkeit, ohne die Leichtigkeit Schwäche
und Einheit Freude wird."

Dennach scheint der "humane" Herr Aram etwa
dieselben Ansichten zu sein als das katholische
Sonntagsblatt Österreichs, welches bei Ausbruch des
Balkankrieges schrieb:

"Ein gründliches Gewitter erschlägt und reinigt
die drückende Atmosphäre, und wir halten dafür, daß,
wenn es zum Schlag kommt, der sittliche und
moralische Gewinn Europas schließlich groß sein wird... (!!) Zugzwischen floß
das Blut bei Kilkis, bei Lule-Burgas, bei Skum-
nowo. Von dem Blutbad bei Kilkis berichtete
bestimmtlich ein deutscher Krankenpfleger vom Noten-
kreuze: "Meistens waren den armen Opfern die Augen
ausgestochen, Nase und Ohren abgeschnitten, vielen der
Leib ausgezischt... Patagans, Handschars, Messer
und Gewehrlöwen, Tariatenbelle, selbst die bloße Faust
und die Zähne bewußten die Verteidiger. Wir haben
später mehr als einen Bulgaren gefunden, dem die
Gurgel durchgebissen war. Viele gefangene bulgarische
Soldaten waren auch von den Kurden gefäßt worden."
Bei Lule-Burgas fielen 40 000 Türken tödlich
und verblutend zu Boden. Eine zerstörte und zu-
sammengeworfene Masse verlor ein Heuge der
furchtbaren Vorgänge. Tausende schlepten sich selbst
mit offenen Geschwüren im Kopfe oder im Unter-
leib zu Tode, die meisten hatten Schrapnellwunden.
Und dann die Szenen aus der Schlacht bei Skuma-

nzung eine zu große ist. Die eingeschalteten elastischen Mittel (Leigmasse, Spiralfeder) boten zu wenig Masse, um bei den immer austretenden Stößen dauernd elastisch zu arbeiten. Die Feder neigt zum Bruch, die teigartige Masse muß sich bei langerem Betrieb erwärmen; durch die damit verbundene Veränderung der Konsistenz ist die stoßdämpfende Wirkung eine mindestens sehr schwankende. Der Mangal in der Wirkung liegt in der Tatsache begründet, daß das Zwischen-
schalten derartig schwer elasti-
scher Mittel wohl die Bruchgefahr mindert, dafür aber die Empfindlichkeit

der Feder derart abschwächt, daß dieselbe von den kleineren Stößen überhaupt nicht mehr angesprochen wird. Tatsächlich bildet ja auch (siehe die Fig.) der Stoßfänger eine Art halbstarrer Verbin-
dung zwischen Achse und Rahmen. Gerade aber die Absorption (Auslaugen) der feinen Stöße und
Vibrationen ist das charakteristische eines gut gefederten
Wagens. Andere Mittel, die in dieser Hinsicht etwas
besser wirken, sind in den Fig. 3 u. 4 skizziert. So-
wohl die gewundene Hilfsfeder, als auch
der Gummibüffler treten erst dann in Wirkung,



nowol 6000 Serben wurden in die Lazarette gebracht. Als ein Berichterstatter das Schlachtfeld betrat, sah er nebeneinander häufweise Kadaver gefallener Pferde. „Soweit das Auge reicht, bis zu den Hügeln, erblickt man immer wieder diese Pferdeleichen; zwischen holen die Raben auf dem Boden und kreischen in dunklem Bohagen...“

Hinzufügen wollen wir noch, daß Bulgarien in den blutigen Melegeten bis neuerdings vor der Tschataldschansie die Elite seines Heeres und damit seines Volkes verloren hat. Wie berichtet wird, sind in einem einzigen Gefecht mehrere Hundert Gelehrte usw., die Blüte der Geistes- und Künstlerkunst, gefallen, so daß Bulgarien nach dem Friedensschluß mangels genügender Erziehungen (1) Schwierigkeiten in der Besetzung der neuen Aemter haben wird. Ferner ist der Kern des Volkes im besten Manne nicht der dem „männermordenden“ Krieg sowie der Cholera zum Opfer gefallen, so daß jetzt nur noch 16- bis 17jährige Junglinge und Kriegschwärmer nach der Front gezogen werden können. Dazu bedenke man das zum Himmel schreiende Elend der hinterlassenen Witwen und Waisen, im Gefolge mit Hungersnot und Seuchen, und — man muß schon die „Tugenden“ eines Kurt Aram — vor allen Dingen aber seine philosophische dicke Haut — besitzen, um für die „Stählung und Prüfung der tätigen Menschen“ gegen „Gefahr, Arbeit und Mühseligkeit“ durch den Krieg! — zu schwärmen! Ist das nicht blutiger Hohn über vielleicht befindet sich unser „Kriegsbegeisteter“ Herr Aram bereits in einem Alter, wo des Königs Kurfürst nicht mehr an ihm ergehen kann, und denkt mit „Krapulinski“ und „Waschlapppski“:

„Loben bleib' eben wie das Sterben.“

Für das Vaterland ist führl“ Für derartige „Helden“ aber gibt es tatsächlich nur ein Meiste: „Man stecke sie in Uniform und schließe sie nach der Tschataldschansie ab! Dort gebe man ihnen Gelegenheit, den süßen Tod für das Vaterland persönlich zu erproben! Wenn sie dann mit herausgehängten Eingeweiden nach stundenlanger Qual und vielleicht noch von den eigenen Kameraden rücksichtlos mit dem Gesicht in den Tod getreten werden und darin ihre „edle“ Seele aushauchen müssen, dann dürfe mit Garantie die Wirkung unseres Rezepts eintreten: sie werden dann noch mit einem letzten Seufzer den Krieg und sich selbst versuchen!“

Zum Kampf im Leipziger Buchhandel.

Die Scharfmacher haben nunmehr in ihrem Organ offen zugestanden, daß der Skandal von ihnen absichtlich provoziert worden ist. Damit haben sie sich gleichzeitig als Lügner und Schwindler ersten Grades enttarbt.

Nun haben aber die Herren vom „hochachtbaren Buchhandel“ auch die lebte Maske fallen lassen. Nicht nur, daß sie die im vollen Sinne des Wortes arbeitswilligen Marthelser und Burschen auf die Straße zwangen, daß sie ihnen die von ihrem sauer verdienten Lohn abgezogenen Beiträge für den Wohlfahrtskammel beschlagnahmten, sie tun jetzt ein übriges, indem sie die Aussändigen und Ausgesperrten auf die schwarze Liste setzen und sie so der

planmäßigen Aushungierung überantworten. Fürwahr, ein Heldenstück, ihr Herren von Besitz und Bildung!

Die vom Buchhändler-Hilfsverband zu Leipzig angefertigte schwarze Liste enthält 330 Namen von Marthelsern und Arbeitsburschen

Herren vom Buchhandel“ gegriffen haben. Und zwar schwarzten sie unerschöpflich Aussändige und Ausgesperrte an. Die sie also schon einmal gewaltsam an freiwilliger Arbeit hinderten, hindern sie hier zum zweiten Male, ja, sie sind bestrebt, diese dauernd aus ihrem Berufe auszuschalten, wenn irgend möglich überhaupt brotlos zu machen. Eine schöne Illustration zu den Vorladungen, die alljährlich zur Sammlerfeier vom Buchhandlungsgesellen und auch von so manchem Marthelser auf die „hochachtbare Prinzipiat“ erklangen. Am Ende haben ja aber die schwarzen Listen auch keinen anderen Zweck, als die Aussändigen und Ausgesperrten durch Abschneiden anderer Arbeitsmöglichkeit wieder in die Projektionen der Scharfmacher zu treiben, sie einzuschüchtern, damit sie sich zerplätzen und so den Treibern den Sieg ermöglichen. Das viele kleine Kommissionäre den Frieden wollen, steht fest. An der Verwirklichung ihrer Absicht werden sie nur verhindert durch den unauslöschlichen Terror der Drahtzieher im Buchhandel, die eine Konvention als Strafe von zehntausend Mark durchgesetzt haben für den Fall, daß eine Firma ohne ihren Willen mit ihren Arbeitern Frieden schließt.

Es ist ein alter Diplomatentrick, sich um so siegesgewisser zu gebären, je mehr man in der Einzelheit. Mit solchen Listen glauben derartige Intelligenzen den Gegner zu verblassen, ihn wanfelstig zu machen, und das Rezept wendet jetzt auch die Macher im Buchhandel an. In ihrem Sprachrohr, den L. N., lassen sie hoch zu Stob ausstrompeten, daß eine am Mittwoch im Buchhändlerhaus abgehaltene Versammlung des Buchhändler-Hilfsverbandes den Vorstand ermächtigt habe, „etwaige Anträge von der Leitung des Transportarbeiter-Vereandes über Aufnahme von Verhandlungen abzulehnen, ohne daß es hier zu einer Einberufung einer Versammlung bedürfe.“

Mit dieser etwas sehr voreiligen Erklärung wollen sich die Herren den Anschein geben, als fähen sie im Schilde und schmitten gemächlich ihre Weisheit, während ausgerechnet am Tage vor dieser Beschlusssession — bei der ja die Großen entsprechend dem Umsange ihrer Betriebe ein viel größeres Stimmberecht haben als die Kleinen — im amtlichen Börseblatt für den Deutschen Buchhandel folgende Bekanntmachung des Vorstandes des Börsvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig erschien:

Zur Durchführung einer geordneten Expedition während des gegenwärtig in Leipzig stattfindenden Marktfestes erfordert es der Buchhändler-Hilfsverband Leipzig, seine an den Verlagsbuchhandel gerichtete Bitte: auf den Kasturen und West-Journalzetteln der über Leipzig gesandten Beischlässe die Namen der Kommissionäre zu notieren, zu untersetzen.

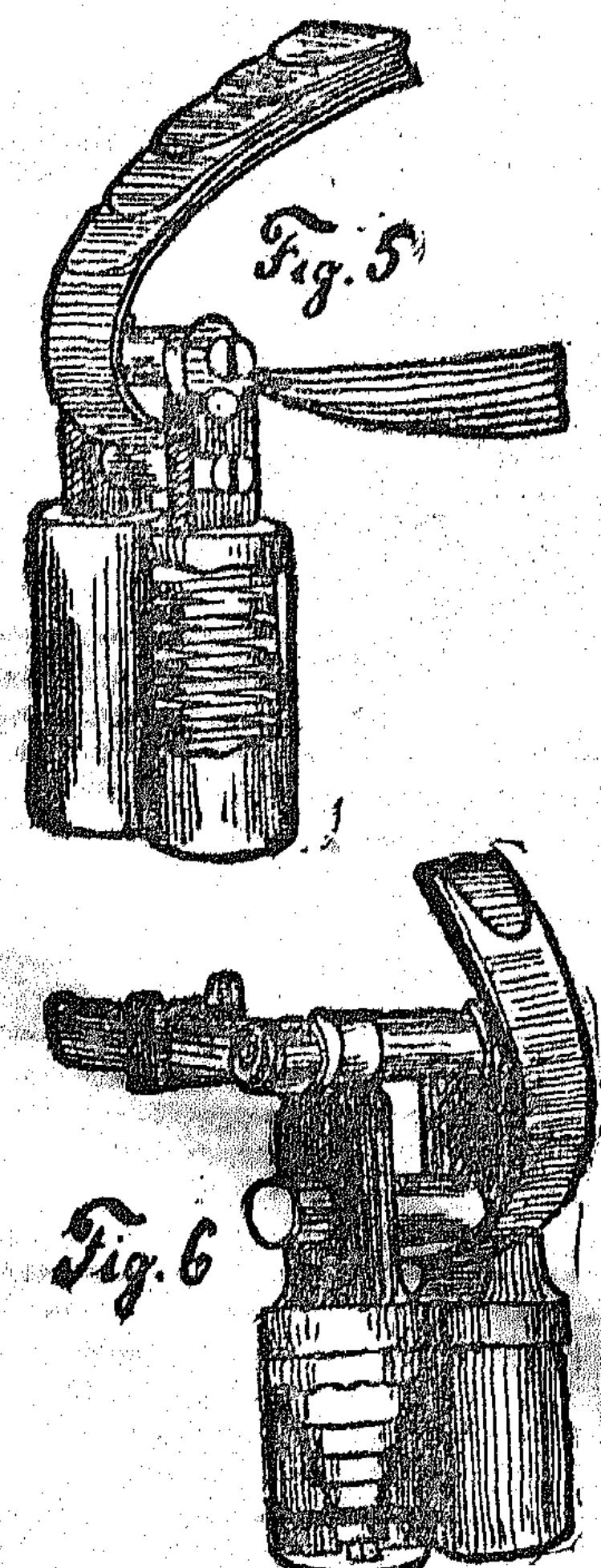
Wir kommen diesem Ansuchen gern nach und bitten die Herren Verleger, während der Zeit des Streits allgemein in ihren Geschäften durchzuführen, daß bei allen über Leipzig gesandten Bücher-Paketen und Zeitschriften-Fortschreibungen die Namen der Kommissionäre in die

mit genauer Angabe der Vornamen, des Alters, des Geburtsortes und der Wohnung sowie der Firma, bei der der Aussändige oder Ausgesperrte zuletzt tätig war. Diese Liste ist an alle „Interessenten“ verfaßt und bezeichneterweise mit dem Bemerk „voraussichtlich“ versehen worden. Es ist also die gleiche Form, zu der nun die „hochachtbaren

hält der beste Gummi den Einschlägen von Sonne, Regen und Kälte für die Dauer nicht stand; er wird spröde und brüchig und wird dann seiner elastischen Eigenschaften verlustig.

Entgegen der Arbeitsweise der bislang besprochenen federnden Hilfsmittel streben nun die Neuerungen auf diesem Gebiete dahin, Apparate zu finden, welche die Aufnahme einer Stoß- und Bremswiderstand wie bei der Plattefeder vornehmen, auf die feinsten Stoßreaktionen reagiert. Zum Schutz gegen Stoß ist die Feder in eine Hülse eingeschlossen, welche vollständig mit Fett angefüllt und gut abgedichtet ist. Der Mantel der ersten Apparate, daß die Federholzenführung den starken seitlichen Beanspruchungen, die auch hauptsächlich beim Gleiten des Fahrzeugs eintreten, nicht gewachsen und somit starken Rutschreiß unterworfen war, ist bei den neueren Ausführungen durch entsprechend soliden Ausbau dieses Teils verschwunden. Eine solide Führung der Federstange ist deshalb wichtig, weil bei Abnutzung ein Klemmen auftritt und somit die Feder nicht einsatzfrei arbeiten kann. Der in Fig. 6 illustrierte Apparat entspricht dem neuesten Stand der Technik auf diesem Gebiete. Die Ausführung der Feder bietet Interesse; die äußere Form erinnert an eine Wagenpufferfeder. Die eigenartige, spiralförmig gewundene Form der Feder gibt derselben sehr brauchbare Eigenschaften dadurch, daß sie zur Aufnahmefähigkeit und zur Stoßwiderstandsfähigkeit geeignet ist. Kommt ein schwerer Stoß, so arbeiten die Federbewegungen mit großem Durchmesser, bei einem starken Stoß kommen die größeren Windungen zur Ansage und es arbeiten nur noch die kleinen, welche einer stärkeren Stoß aufzunehmen imstande sind. Das ganze Gehäuse ist mit Fett angefüllt, so daß der Wagen eine dämpfende Wirkung auf das Pendeln der Feder ausübt. Andere Konstruktionen verwenden an Stelle der Spiralfeder ein ganzes System verschieden starker Federn, die sich indessen in der Wirkung mit der eben besprochenen Ausführung decken.

Federdämpfer werden in der Regel von der Automobilfabrik nicht mitgeliefert; in einer Art Selbsthilfe läßt sie der Käufer später anbringen als wirksames Hilfsmittel gegen die von der Fabrik oft schlecht abgestimmten Federn seines Wagens. Für eine rationelle Massenfertigung ist eine gleichmäßige Herstellung der Teile Grundbedingung; andererseits verlangt der Käufer eine möglichst individuelle Verfestigung seiner besonderen Wünsche in bezug auf Karosserie, wodurch wieder die Federbelastung auf die Weichheit einer vorhandenen Feder beeinflußt wird. Die Grenze ist da schwer zu ziehen.



linke obere Ecke der Fakturen und Rest-Jours
halzeit geschrieben werden.

Leipzig, den 26. November 1912.

Der Vorstand
des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler
zu Leipzig.

Und in der gestrigen Nummer desselben Blattes wird rund und neu zugegeben, daß „bis auf weiteres“ das in den Kommissionsgeschäften übliche Einholen des „Empfohlenen“ von den Leipziger Verlegern und Verlagsauslieferungslagern der Kommissionäre nicht wieder eingerichtet werden können.

Das will denn doch nicht recht übereinstimmen mit der hochmütigen Geste des Hilfsverbandes, den Ausländern und Ausgeperchten den Rücken zukehren zu wollen. Dann wird aber auch in derseinen Nummer Stimmung gemacht für eine dauernde Einschränkung des sogenannten Empfohlenen, das heißt der schnellen Auslieferung bestellter Bücher. Das heißt aber nichts anderes als daß die Macher im Unternehmerlager sich bewußt sind, mit ihren gegenwärtigen „Mitarbeitern“ den Buchhandel nie und nimmer auf seine alte Höhe zu bringen, die es vor dem Kampfe dann dem gesuchten Personal inne hatte. Sie sind sich der minderen Qualitäten ihrer Mausreißer vollkommen bewußt, wollen sich aber „neue Böse“ geben, um sie in einer Verhandlung mit der Organisation zur Beilegung des Konflikts erblicken. Eher wollen sie dem gesuchten Buchhandel zumutzen, in eine unentwickeltere Stufe seiner Organisation zurückzufallen. Mit der Beleidigung des Empfohlenen wären aber die Sortimente gezwungen, wollen sie ihre Kunden rasch bedienen, sich ein großes Lager von Büchern usw. zu halten, womit natürlich ihre Spesen für Miete, Beleuchtung, Arbeitskräfte usw. bedeutend steigen würden. Eine solche Steigerung der Kosten hielten jedoch nur Kapitalräte me aus, die kleinen, eben auf die Einschränkung des Empfohlenen angewiesenen Sortimenten könnten aber ihre Läden schließen. Das ist ja schließlich auch die Absicht des Großkapitals in diesem Kampfe, das ebenso rücksichtslos wie gegen seine Arbeiter gegen seine kleinen Konkurrenten und alle sonst bis zu einem gewissen Grade von ihnen abhängigen Existenz vorgeht. Es tritt aber hier, wie bei allen wirtschaftlichen Kämpfen, auch wieder die Ercheinung auf, daß diese Kämpfe von dem Großkapital auf dem Rücken der Kleinen ausgefochten werden. Mögen diese sich bei ihm bedanken für die Verluste, die sie erleiden durch die unverantwortliche Großmanns nicht der millionenschweren Großkommissionäre und Verleger.

Einen wehmütigen Salat serviert Ihnen Leser der Allgemeine Buchhändlerzeitung. Sie stöhnt, daß nunmehr auch der Buchhandel eine „gebostene Säule der alten patriarchalischen Rüstbaum“ sei, der Untersuchung, daß „Arbeitsgegen verdienstlich ist und gebotene Arbeit zu Dank verpflichtet“, denn der Buchhandel habe nun auch seinen Streit gehabt. Diese alte patriarchalische Rüstbaum wäre allerdings im stillen schon längst auch im Buchhandel zur Illusion geworden, und selbst die „Plantage-Spendenhose“ habe darüber nicht hinwegtäuschen können. Wie anderswo habe auch hier die „sarkastische Phrase vom Harmoniebusel und seiner Verwertlichkeit“ zum Teil die Herrschaft erlangt, was allerdings einlaufen kann, wenn sie die Sortimente aufrechte Naturen, so könnten sie von den Markthelfern lernen, wie man wirtschaftliche Kämpfe führt. Statt dessen gefallen sie sich in einem wehmütigen Gewinnere über die gute alte Zeit, daß am Ende nur den Großfirmen nützt, obwohl sie gerade zu beweisen versuchen, daß die Großfirmen, die rohkapitalistischen Betriebe, an dem gegenwärtigen Kampfe die Schuld tragen.

Eine Durchleuchtung Ihrer nüchternen Elemente nimmt jetzt die Firma F. Böckmar vor. Sie hat jedenfalls nun auch herausgefunden, daß unter ihren neuen „Mitarbeitern“ so manche Gestalt mit zweideutiger „Vergangenheit“ steht, und fordert darum diese ehrenwerten Gesellen auf, ihr einiges von ihrer Vergangenheit zu erzählen. Sie hat den unter polizeilicher Rüstsicht „arbeitenden“ nüchternen Elementen folgende Aufforderung zugehen lassen:

Leipzig, den 16. November 1912.

G. B.

Hierdurch bitten wir unsere neuen Angestellten, uns bis Montag früh das einliegende Formular der Geschäftsstammolle auszufüllen. Wir bitten Sie, die Ausfüllungen ja recht genau vorzunehmen. Besonders interessiert uns die Rubrik: Wo früher tätig? Hier bitten wir Sie, der Reihe nach die Stellen anzugeben, wo Sie etwa während der letzten drei bis fünf Jahre beschäftigt waren. Wir bitten für jede einzelne Stellung um genaue Angabe der Firma, der Branche, des Ortes, der Straße und der Hausnummer.

Des weiteren bitten wir Sie, uns sämtlich Ihnen zur Verfügung stehenden Originalpapiere, Arbeitsbeschaffungen, Arbeits- oder Lohnbücher oder sonstige Empfehlungen zur Nachprüfung zu übergeben.

Wer von Ihnen das Geschick hat, einen kurzen Lebenslauf zu schreiben, soll auch dies tun, damit wir aus der Art desselben auf Ihre Beschäftigung schließen können. Je ordentlicher und sorgfältiger ein Angestellter unserer Bitte entspricht, desto besser für ihn selbst. — Das gesamte Material, also

Stammolle,

Arbeitsbeschaffungen,

Originalpapiere, Lohn- oder Arbeitsbücher usw., Lebenslauf (wenn möglich), bitten wir in das Ihnen übergebene Kuvert zu stecken und mit diesem am Montag bei Antritt Ihrer Arbeit an denjenigen, der Ihnen die weiße Kontrollrolle aushändigt, abzuliefern.

Ihre Papiere werden Sie dann nach einigen Tagen, nachdem wir alles haben durchprüfen lassen, zurückhalten. Bis dahin können Sie versichert sein, daß diese Dokumente für Sie sorgfältig verwahrt werden.

Hochachtungsvoll

F. Böckmar.

Dass dieses Formular einem Siegelbrief verweist ähnelich sieht, werden wohl auch manche der schnapsduftenden Gestalten herausfinden, die jetzt bei den Scharfmachern im Buchhandel die Markthelfer nennen. Und die mit solchen „Papieren“ einigermaßen vertraut sind, werden es sich wohl einmal überlegen, ob sie die Kleugier der Firma (oder gar der Polizei?) nach ihrer mehr oder weniger merkwürdigen Vergangenheit befriedigen. Denn wie es da behaftet sein mag, zeigt ja die Vorsicht so mancher Firma, ihre möglichen Elemente nur unter möglichster Aussicht von Geheimpolitizisten „arbeiten“ zu lassen. Ist doch, wie uns mitgeteilt wird, in der Nacht zum Donnerstag bei der Firma Köhler ein Pult erbrochen worden, in dem sich die Kasse des Sortiments befand. Die aussperrungskollerigen Scharfmacher müssten eben nehmen, was Ihnen in die Finger ließ, sehen sich nun aber doch gezwungen, auszusteifen. Deshalb der Wissensdurst nach der „Vergangenheit“ ihrer lieben „Mitarbeiter“.

Wie unwahrhaftig übrigens all die Behauptungen waren, die „neuen Kräfte“ seien völligzureichend, beweist wieder die neue in eben die Suche nach Arbeitswilligen. So voll auch die Räume von solchen Städten mögen, sie können eben als uneinige Leute den Betrieb nicht bewältigen. Im Gegenteil, je mehr drin stecken, desto mehr laufen sie sich im Wege herum, desto größer ist die Unordnung, die sie anrichten. Da helfen auch anscheinend die Automobilfahrten nicht, bei denen sich besonders der bekannte kleine Scharfmacher im Buchhandel herbornt, der eigenhändig die sonst ganz ungewohnte Markthelferarbeit verrichtet, und neulich in seinem eigenen Auto große Ballen Empfohlenes von der Firma Köhler nach der Firma Thomas transportierte.

Alles in allem, die Scharfmacher opfern riesige Summen in dem gegenwärtigen Kampfe, Summen, die auf Jahre hinaus würden, die bescheidenen Forderungen der Markthelfer zu erfüllen. Sie opfern diese Summen, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten, in dessen Sie das Recht in Anspruch nehmen, sich nach ihrem Belieben zu vereinigen.

Wie entgegen allen anderen Behauptungen die Zustände im Kommissionshandel vorvorten und nachgerade unlösbar sind, beweist die Aufschrift eines auswärtigen Buchhändlers, der wir folgendes entnehmen:

So wie jetzt der „Vertreter über Leipzig“ erfolgt, kann für die Dauer nicht mehr gewirtschaftet werden. Es ist direkt eine Schande, wie man jetzt mit seinen Kommittenten umspringt. Es wird fortgesetzt gesagt, die Sendungen verzögern sich mit um einen Tag. Dem ist aber nicht so! In Wirklichkeit verzögern sich die Sendungen um zwei bis drei Tage. Mein eiligstes Journalpaket, das regelmäßig Freitag früh 9 Uhr hier eintraf, gelangt jetzt erst am Montag früh in meine Hände. Sendungen, die Sonnabend früh eintreffen sollen, erhalten ich Dienstag. Wo soll das hinführen? Die Bücherwagen-Ballen kommen ebenfalls erst Dienstags an!

Andere Firmen, die größere Kontinuationen haben, erhalten von den einzelnen Verlegern ihre Sendungen direkt und können demzufolge pünktlicher liefern als der kleine Sortiment.

Wie jetzt in Leipzig geschlampt wird, ist nicht zu beschreiben. Um nur einen Fall heranzureißen, teile ich Ihnen folgendes mit: Ich bestelle am 15. d. M. mit direkter Karte vom Verlag A. verschiedene Werke mit dem bestimmten Hinweis, die Bestellung sofort meinem Kommissionär B. zu übermitteln und der ersten Sendung beizufügen. Die Bestellung ist am 16. d. M. in Leipzig eingetroffen. Was macht A.? Er liefert erst am 18. d. M. aus und stellt — wie nobel — am gleichen Tage das Paket B. zu. „Stoff“ war genügend zu einem Paket vorhanden, um die Sendung sofort zu expedieren. B. handelt aber strikt nach den Abmachungen des Buchhändler-Hilfsverbandes und spedite die Sendung „drei“ Tage später, so daß ich erst am 22. d. M. in den Besitz gelangte. Selbstverständlich bin ich dann zu Kunden los! Die Leipziger Kommissionäre machen's sich wahrlich leicht. Der Sortiment muss sich aber Grobheiten von dem Publikum gefallen lassen, muß sich sagen lassen, daß er nicht in der Lage sei, modernen Anforderungen gerecht zu werden, und schließlich bekommt man noch einen verstohlenen Sieg: Wahrscheinlich erhalten Sie nicht rechtzeitig geliefert, weil Sie mit Ihrem Vertreter „hängen“. Solche

unliebsame Dinge wiederholen sich täglich. Um seinen Betrieb nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten, ist man gezwungen, alles direkt zu bestellen, und jede, auch die kleinste Bestellung direkt per Kreuzband oder Postpaket zu beordern. Und das alles nur aus Solidarität den Herren Kommissionären gegenüber. Dafür danke ich aber.

Der Buchhändler-Hilfsverband rühmt sich und gibt seiner Freude Ausdruck, daß sich viele brauchbare Arbeitswillige gefunden haben. Für mich sind diese Mausreißer weiter nichts als Streitbrecher! Es widerstrebt meinem Charakter, von Ihrem Verbande zu verlangen, mir irgend eine Leipziger Firma zu nennen, die dem Buchhändler-Hilfsverband in dem Rücken fällt, obgleich ich als wirtschaftlich schwächer gegenüber den Leipziger Kommissionären weit mehr Recht dazu hätte, auch meiner Haut zu wehren.

Wenn man sich die Vorhabe genauer betrachtet, so muß man sich fragen, wie denn überhaupt ein Markthelfer, besonders die der ersten Klasse, in der sich viele Verherrichte befinden, mit einem Lohn von 22.50 Mark bis 27.50 Mark bei den heutigen teuren Zeiten auskommen könnte.

Wenn in andern Branchen noch geringere Löhne gezahlt werden, so ist doch dabei in Betracht zu ziehen, daß fast ausnahmslos in derartigen Geschäften hier und da ein Trinkgeld absinkt, was aber im Buchhandel wohl ganz ausgeschlossen ist. Vielleicht belehren mich meine Herren Besseren

Der Zusendung des Birthals sehe ich baldigt entgegen und bitte Sie gleichzeitig, da Sie doch wohl Fühlung mit den Großbuchhandlungen haben, mir gelegentlich mitteilen zu wollen, in welcher geordnete Verhältnisse bestehen. Man wird doch wohl mit der Zeit mit den alten, Jahrzehntelang bestehenden Traditionen brechen und seine Vertretung aus den „teuren“ Händen des Leipziger Kommissionärs nehmen müssen, wenn diese jede kleine Lohn erhöhung des Personals wieder doppelt und dreifach den Kommittenten auferlegen wollen. Mit dieser Auffassung stehe ich nicht vereinzelt da, wie unser letzter Vereinsabend deutlich genug erkennen ließ.

Ein Sortiment.

Diese Aufschrift zeigt, wie stark die Gärung unter den Sortimenten ist, die jetzt zur geschäftlichen Hochkonjunktur durch die Gewissenlosigkeit einiger Scharfmacher schwer gefährdet werden. Am Ende muss aber, wie der Briefschreiber sehr richtig sagt, diese Methode dem Leipziger Buchhandel in seiner Gesamtheit gefährlich werden dadurch, daß eben eine andere Stadt mit wichtigeren Unternehmen den Kommissionshandel an sich reißt, sich zur Zentrale des Buchhandels aufschwingt.

Den Maßregelungsbeschluß zu erkennen!

Vor etwa 14 Tagen ließen die Macher im Buchhandel durch ihre allzeit willige Dame vom Peterssteinweg verkünden, daß sie die jetzt im Kampf stehenden Markthelfer und Arbeitsbuschen innerhalb fünf Jahren nicht wieder in ihre Betriebe einzustellen wüssten. Mit dieser Ankündigung beabsichtigten sie, unter den Ausständigen und Ausgeperchten eine allgemeine Verwirrung herbeizuführen. Freilich mußten sie zu ihrem Bedenken erfahren, daß sie sich darin ganz gewaltig getäuscht hatten. Das scheinen sie auch eingeschenkt zu haben, denn die gewöhnlich gut informierte „Buchhändler-Warte“ bringt die gewiß nicht belanglose Mitteilung, daß die Prinzipale ihren Beschluß, keinen ausständigen Markthelfer vor Ablauf von fünf Jahren wieder einzustellen, fallen gelassen haben! —

An der Nichtigkeit der Meldung zu zweifeln, liegt kein Anlaß vor. Sie bestätigt, was wir so oft behauptet haben, daß die Buchhandlungsfirmen ihre alten eingerichteten Markthelfer und Arbeitsbuschen einfach nicht entbehren können. Wäre es wahr, was sie oft verkünden ließen, daß die Arbeitswilligen die alten Leute völlig ersetzten, so würden sie ihren Beschluß ohne weiteres aufrecht erhalten, denn das Gemüt eines echten Scharfmachers kennt Nachsicht. Die solchermaßen ausgestreuten Behauptungen sind aber eben wie so viele andre, nichts als grobe Täuschungsmanöver gewesen. In Wirklichkeit brennen die Herren darauf, ihre alten eingerichteten Leute wiederzubekommen, wie das ja auch in so manchem Birthal an ihre Kunden glatt zugegeben wurde. Und das nunmehr voll eisende Weihnachtsgeschäft hat die Situation für sie so verschlechtert, daß sie von ihrem Beschluß einfach abgehen müssen. Sie werden nun wieder versuchen, einzelne der Ausständigen und Ausgeperchten, die sie augenblicklich am meisten benötigen, für sich zu gewinnen, sie zum Vertritt an Ihren kämpfenden Kameraden zu bewegen. Wenn wird wieder die Sirene läuten ertönen lassen von dem „Ja doch beendeten Streit“ von dem „zwecklosen Herumbummeln“, von dem „bölligen Verscherzen einer guten Arbeitsstelle“ usw. usw. Woraus freilich die frivole auf die Straße Gezwungenen nur entnehmen werden, wie heftig sich die Unternehmer nach Ihren eingerichteten Leuten sehnen, wie sehr sie in geschäftlichen Schwierigkeiten stecken, wie das liebste Hausreißerum den Betrieb einfach nicht aufrechterhalten kann, und — wie grobmaulisch das Eigengewerbe am Peterssteinweg betrieben wurde.

Die Aufzehrung des Beschlusses zeigt aber auch, welche Umwage die Unternehmer geben zu müssen glauben, um wieder zu ihren eingerichteten Leuten zu kommen. Statt die Hand zum Frieden zu bieten, das brist abgelehnte Einigungszug zu anzuverleben, versuchen sie auf krummen Wegen ihr Ziel zu erreichen. Sobald sie freilich wiederum die Erfahrung machen müssen, daß ihnen diese krummen Wege durch die Solidarität der kämpfenden verlegt werden,

Die Beendigung des den ganzen Buchhandel schwer schädigenden Kampfes liegt allein bei einigen den Buchhändlern beherrschenden Machthabern. Die Markthelfer sind nach wie vor bereit, sich einem Schiedsspruch des Einigungsamtes zu unterwerfen, und der ganze Kampf wäre vermieden worden, wenn die Buchhändler zu Anfang der Lohnbewegung daselbe getun hätten.

Die tapferen Markthelfer halten bis zum Ende aus, mag kommen was da will, sie beugen sich nicht, sondern fordern ihr gutes Recht. Und daß die Wackeren nicht hungern, dafür sorgt unser Verband.

Gründung eines Fahrschulvereins in Stuttgart.

Zur Förderung der Fahrschulbewegung hatten der Arbeitgeber und für das Fuhr- und Transportgewerbe, der Transportarbeiterverband, der Droschkenverband, der Fuhrwerksgenossenschaft, der Tierschuhverein, der Verein für Fremdenverkehr und einige andere Interessenten auf Montag den 18. November, in den Saalbau der Brauerei Wölle eine öffentliche Versammlung einberufen. Die Versammlung war wohl von tausend Personen besucht, wovon sicher 900 unserer Organisation angehörten. Scharenweise strömten unsere Mitglieder nach getaner Arbeit spät abends aus den entlegensten Stadtteilen, eine Stunde Weges nicht scheuend, dem Versammlungsthal zu.

Die Versammlung wurde von Herrn Karl von Maier eröffnet, der nach einigen einleitenden Worten, dem Redner des Abends, Polizeidirektor Dr. Wittlinger, das Wort erteilte. Dieser führte aus: Er habe geglaubt, der Besuch der Versammlung werde unter der in den letzten Tagen zu Ende gegangenen Wahlbewegung Not leiden; daß dem nicht so sei, beweise der zahlreiche Besuch der Versammlung. Die Errichtung einer Fahr- und Fachschule in Stuttgart sei eine Sache, die sich bei den zunächst Beteiligten eines großen Interesses erjrene, aber auch die verschiedensten Behörden stehen der Sache sympathisch gegenüber. Er hofft dann hervor, daß der Beruf des Kutschers und Fuhrmanns in alter Zeit ein sehr geachteter gewesen sei, der sich aber heute zum größten Teil aus unbrauchbaren Leuten rekrutierte, die unbeflissen um die Gefahren, denen sie sich selbst und ihre Nebenmenschen aussehen, einfach drauflos fahren. Vielfach höre man, daß die Fuhrleute sagen, mit einem Fuß stehn sie auf dem Wagen, mit dem andern im Polizeiarrest. Dieser Ausdruck sei nicht richtig, denn sie stehn nicht auf dem Wagen, sondern schlafen. Er kritisiert dann das vielfach falsche Vorfahren, das Einbiegen in die Nebenstraßen, das häufigste unsfahren der Gastwirthe, die Unfähigkeit der meisten, die Pferde richtig anzuschirren und im Zügel halten zu können, sowie eine lange Reihe anderer Fehler, vor allem auch die häufig vorkommenden Tierquälereien. Die zahlreichen Vergehen gegen die Verkehrsordnung seien ein lebhafter Beweis, daß den Fuhrleuten die Vertrautheit mit ihrem Beruf fehle. Die vielen tausende von Maier an Polizeistrafen seien nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wollt man das Uebel beseitigen, dann müsse man es an der Wurzel anfassen. Auf diese Weise könnten die Strafungen und eine gründliche Ausbildung der Fuhrleute treffen, neben denen der Berufsgenossenschaft verlangt werden müsse. Um aber diese Förderung durchsehen zu können, müsse man Fahrschulen errichten, wie dies in einer Reihe von Großstädten schon geschehen sei. In Stuttgart habe man den Gedanken der Fahrschule nach verschiedenen im Sande verlaufenen Versuchen dieses Jahr mit erneuter Energie aufgenommen. Ein Platz für die Schule und ihre Räumlichkeiten sei in dem Latrinenhof in der Tunzhoferstraße bereits gesunden worden und werde von der Stadt voraussichtlich bereitwillig zur Verfügung gestellt werden. Es handle sich also darum, einen Fahrschulverein zu gründen, der die Angelegenheit mit aller Energie betreibe. Dieser Verein müsse Fahrschulkurse einrichten, die je 40 Stunden umfassen und der Gewerbeschule angegliedert werden. Die Kurse sollen sich auf 20 Wochen zu je 2 Stunden verteilen. Ferner sollen parallel mit diesen Kursen für ältere Fuhrleute Kurse von ebenfalls 40 Stunden eingerichtet werden, die aber nur 10 Wochen à 4 Stunden dauern. Die Hälfte der Unterrichtszeit soll durch theoretische Erläuterungen eines Tierarztes und eines Polizeibeamten ausgefüllt werden, die andere Hälfte durch Belehrung und Unterweisung eines Fahrmeisters und praktischen Unterricht im Fahren. Es können auf diese Weise jährlich 120 Schüler ausgebildet werden. Die Schüler erhalten nach Absolvierung des Kurses den Befähigungsnachweis. Auch älteren Kutschern soll durch Ablegung einer Prüfung ohne vorherige Teilnahme an einem Kurse Gelegenheit gegeben werden, den Befähigungsnachweis zu erlangen. Es sollen dann mit der Zeit auch noch Wanderkurse in der Umgegend von Stuttgart eingerichtet werden, solange die kleineren Städte nicht eigene Fahrschulen besitzen. Redner hofft, daß das Projekt spätestens bis zum nächsten Frühjahr zur Verwirklichung gelangt.

In der Diskussion sprach der Kollege Dreher als Vertreter unserer Organisation. Er führte aus: Der beste Beweis, welch großes Interesse die Arbeitnehmer der Errichtung einer Fahrschule in Stuttgart in ihrem eigenen und dem Interesse der Gesamtheit entgegenbringen, sei der außerordentlich starke Versammlungsbesuch durch die Transportarbeiter. Er verkenne durchaus nicht, daß der Referent Dr. Wittlinger während seiner Tätigkeit am hiesigen Platze sich unerträgliche Verdienste um die Hebung der Verkehrsabwicklung erworben habe. Er gehe aber entschieden

zu weit und male zu schwarz, wenn er (Wittlinger) sage, daß die Fuhrleute zum größten Teil auf den Fuhrwerken schlafend angelassen werden. Es könnte wohl vorkommen, daß der eine oder andere von Müdigkeit übermannt werde, das sei aber erklärlich dadurch, daß eben die Leute den ganzen Tag auf der Straße liegen und jedem Witterungswechsel ausgesetzt seien. Das hauptsächliche Uebel sei die lange Arbeitszeit. Es sei ja in den letzten Jahren in dieser Beziehung erfreulicherweise, durch den Einfluß der Organisation, besser geworden. Die Vorwürfe, die Dr. Wittlinger bezüglich der Tierquälereien erhoben haben, können so allgemein vorgebracht nicht aufrecht erhalten werden. Es siehe fest, daß es einen großen Teil Fuhrleute gebe, die ihre Pferde wie die eigenen Kinder behandeln. Es sei hier doch zu berücksichtigen, daß durch die Entwicklung der Stadt an der Peripherie neue Bauquartiere erschlossen werden. Unter diesen Umständen sei eben damit zu rechnen, daß die Baumaterialien die vielen steilen Berge hinausgeschafft werden müssen und daß es da nicht immer möglich sei, in der schonendsten Weise mit den Pferden umzugehn, sollte jedermann verständlich sein. Schließlich seien die Pferde eben zum Bleiben der Lasten da und die Unternehmer verlangen eine entsprechende Ver-

Behörden und Arbeitgeber nicht immer in der notwendigen Weise unterstützt werden.

Wenn dann Dr. Wittlinger weiter sage, daß die Fuhrleute ihre Pferde oft hundertlang in die Sonne stellen, ohne ihnen Futter oder Wasser zu verabreichen, so wolle er, Redner, auch darauf hinweisen, daß gerade die Stadt einen Arbeitgeber darstelle, der oft weder Fuhrmann noch Pferd infolge der bei der Stadt herrschenden Freiheit gesattelt, die notwendige Stärkung zu sich zu nehmen. Auch das Verhältnis zwischen Fuhrmann und Schnupfmann, die beide bei Ausübung ihres Berufs auf die Straße angewiesen seien, sei kein so gespanntes mehr — ein Erfolg der Tätigkeit der Organisation! Läßt die Arbeitnehmer gewillt und gesonnen seien, an der Verbesserung der bestehenden Verhältnisse mitzuwirken, das würde wohl der heutige Versammlungsbesuch zur Genüge beweisen.

Der Referent, Dr. Wittlinger, habe dann noch auf die Frage der Beschaffung der Geldmittel hingewiesen, was ja wohl auch eine Hauptfrage sei, da weder Staat noch Gemeinde das Geld aufzutragen wünschen. Obwohl wir prinzipiell auf dem Standpunkt ständen, daß diese Störperschäden von Rechts wegen die Mittel aufzubringen hätten, erklären wir uns doch bereit, die Schule finanziell zu unterstützen. Wir wünschen nur, daß der erneut angeregte Gedanke heute noch ein praktisches Resultat zeitige und zur Gründung des Fahrschulvereins führe. Nicht allein im Interesse des Berufs, sondern im Interesse der Gesamtheit!

Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen des Redners, der auch während seinen Ausführungen von den ca. tausend anwesenden Fuhrleuten öfters kräftig unterstützt wurde. Da von den erzionten Arbeitgebern anscheinend niemand Lust hatte, das Wort zu ergreifen, mußte man annehmen, daß Einwendungen gegen die Ausführungen dieses Redners eigentlich nicht gemacht werden konnten.

Nach Schluss der Versammlungen wurde von den interessierten Verbänden der Fahrschulverein gegründet. Der letztere konstituierte sich sofort. Als 1. Vorsitzender wurde Karl v. Maier, als dessen Stellvertreter Kurz, als Kassierer Dehle, als Schriftführer Everhard Döger und als Beisitzer Dreher, vom deutschen Transportarbeiterverband, Paul Stäger und Obersekretär Seybold gewählt.

Die von Polizeidirektor Dr. Wittlinger ausgearbeiteten Statuten wurden mit wenigen Änderungen angenommen. In denselben heißt es: Der Stuttgarter Fahrschulverein e. V. bevocht die Bahnannahme und Förderung der Interessen der städtischen Fahrschule in Stuttgart, und zwar 1. durch Werbung für die Schule; 2. durch finanzielle Unterstützung der Schule und durch Gewährung von Preisen für vorzügliche Schülerleistungen; 3. durch Vorschläge und Anregungen beim Schulausschuß der Fahrschule im Interesse des Stuttgarter Fuhrwesens.

Dem Verein sind sofort folgende Verbände mit zum Teile namhaften Beiträgen beigetreten: Arbeitgeberbund des Fuhr- und Transportgewerbes Württembergs, der Fuhrwerksbesitzerverein, der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, der Droschkenbesitzerverein, die Fuhrwerksgenossenschaft in Mannheim, der Württ. Tierschuhverein und der Kal. Württ. Automobilklub. Es wurde noch beschlossen, an die Stadt einen Antrag auf Errichtung einer Fahrschule unter Hinweis auf die Leistungen des Vereins zu stellen, und der Vorstand ermächtigt, den Verein zur Eintragung anzumelden.

Wenn wir der Fahrschulbewegung in der letzten Zeit mit dem Grundsatz gegenüberstanden: Der Worte sind genug gewechselt, jetzt läuft uns Taten sehen, so stellen wir uns, nachdem der Polizeidirektor so zahlreiche Angriffe gegen die Fuhrleute richtete, doch für verpflichtet, einleidend über den Verlauf dieser wichtigen Versammlung zu berichten. Wir anerkennen dabei allerdings gerne, daß wenn die Fahrschulbewegung im letzten Jahr so erfreuliche Fortschritte gemacht hat, dies nicht in leichter Linie auf die Tätigkeit des Polizeidirektors zurückzuführen ist, dem die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf vernünftiger Grundlage aufgebaut, unzweigbar sehr am Herzen liegt. Uns unserer Unterstützung und Mitwirkt soll es auch in der Zukunft nicht fehlen. Unsere Mitglieder ersehen aus dem Verlauf der Fahrschulbewegung wiederum aufs neue, was Einigkeit zu leisten vermag und daß sich unser alter Grundsatz, daß Beharrlichkeit zum Sieg führt, auch bei dieser Bewegung aufs neue bewährt hat. Deshalb vorwärts auf der beschrittenen Bahn.

Wir anerkennen dabei allerdings gerne, daß wenn die Fahrschulbewegung im letzten Jahr so erfreuliche Fortschritte gemacht hat, dies nicht in leichter Linie auf die Tätigkeit des Polizeidirektors zurückzuführen ist, dem die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf vernünftiger Grundlage aufgebaut, unzweigbar sehr am Herzen liegt. Uns unserer Unterstützung und Mitwirkt soll es auch in der Zukunft nicht fehlen. Unsere Mitglieder ersehen aus dem Verlauf der Fahrschulbewegung wiederum aufs neue, was Einigkeit zu leisten vermag und daß sich unser alter Grundsatz, daß Beharrlichkeit zum Sieg führt, auch bei dieser Bewegung aufs neue bewährt hat. Deshalb vorwärts auf der beschrittenen Bahn.

Zum Kampf um die Arbeiterjugend.

In der Deutschen, die in diesem Sommer dem preußischen Abgeordnetenhaus von der Regierung über die Erfolge der staatlichen Jugendpflege unterbreites wurde, wurde mitgeteilt, daß im vergangenen Geschäftsjahr nicht weniger als 16 000 Jugendpfleger in Institutionsturnen ausgebildet wurden und daß insgesamt, allein in Preußen, 560 000 Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren von der staatlichen Jugendpflege "erfaßt" worden seien. Mag es immerhin mit diesem "Ausbilden" seine eigene Bedeutung haben, und mag auch die Zahl der erfahrenen Jugendlichen einer gründlichen Fortbildung bedürfen, jedenfalls geben diese Amtlichen Zahlen ein drastisches Bild von dem sieberhaften Eifer, mit dem auf dem Felde der staatlichen Jugendpflege gearbeitet wird. Dieser Eindruck wird, ergänzt und bestätigt durch die Angaben, die die bürgerlichen Jugendfachblätter führen in jeder Nummer erbringen. So haben wir festgestellt, daß in einem einzigen, beliebig herausgegriffenen Monat des vergangenen Sommers nicht weniger als neun, meist von zahlreichen Teilnehmern besetzte Institution-

tionskurse stattgefunden haben; daß im gleichen Zeitraum sechs Kriegsreise für männliche Jugendpfleger, fünf für weibliche Jugendpfleger abgehalten wurden; daß sich, immer in demselben Monat, zwei kirchliche Konferenzen mit der Jugendfrage beschäftigt haben, und daß sogar zwei Studientage die kommunale Jugendpflege auf der Tagesordnung hatten. Schließlich wurden in dem Berichtsmonat auch noch mehrere Blättertage eigens für die Zwecke der staatlichen Jugendpflege veranstaltet. Dabei macht diese Zusammenstellung nicht entsezt Anspruch auf Vollständigkeit, wie denn auch zu berücksichtigen ist, daß die organisatorischen Maßnahmen der Gegner auf diesem Gebiet sich zum größten Teil der Deutschen entziehen, und daß ihre Haupttätigkeit naturgemäß nicht in die Sommermonate, sondern auf den Winter entfällt.

Aber wie von Ihnen auch im Sommer gearbeitet wird, davon hat jeder von uns Gelegenheit gehabt, sich durch den Augenschein zu überzeugen, wenn er fast auf jedem Gang ins Freie den Trupp wandern der Knaben und Mädchen begegnete, die von Vertrautesten der staatlichen Jugendpflege, meist Lehrern, in Wald und Fluß geführt wurden. Von den Kriegsspielen, die an unzähligen Orten in Stadt und Land mit der Jugend abgehalten wurden, waren in diesem Sommer ja alle bürgerlichen Zeugnisse voll. Diese Veranstaltungen fanden dann ihre nicht mehr zu überbietende Krönung in den geräuschvollen Paraden, zu denen der Jungdeutschlandbund bei besonderen Gelegenheiten die Jugend der größeren Städte im wöchentlichen Zinne zusammenkam. Garne Armeekorps von Jugendlichen wurden in den Großstädten mobil gemacht und in militärischer Ausmachung auf die Exerzierplätze geführt, wo mit ihnen unter militärischer Leitung, eingeschlossen den Feldgottesservice, richtige Marsöder abgehalten wurden. Nicht nur die schulentlassene Jugend, auch ganze Volksfamilien wurden zur Teilnahme aufgeboten, ja geradezu abkommandiert. Die Verpflegung und eventuelle Fahrt war in der Regel unentgeltlich und breite Bevölkerungsschichten beteiligten sich, wie an großen öffentlichen Feiern, an diesen Massenparaden des Jungdeutschlandbundes.

Was sich die bürgerliche Gesellschaft diese Jugendpflege kosten läßt, ist auch nicht einmal schärfungsweise anzugeben. Mit den $1\frac{1}{2}$ Millionen, die die bürgerlichen Parteien im preußischen Landtag, oder mit den 100 000 M., die sie in Sachsen der Regierung für diese Zwecke zur Verfügung gestellt haben, ist es ja bei weitem nicht getan. Mit der staatlichen Zuwendung ist in jedem einzelnen Falle die Bedingung verknüpft, daß die Städte oder Landgemeinden aus kommunalen Mitteln gleichfalls eine finanzielle Hilfe zu solchen örtlichen Veranstaltungen leisten. Die Landgemeinden und die Landkreise steuern denn auch für den Betrieb der bürgerlich-nationalen Jugendpflege Sonnen bei, die das Vielfache jener staat-

lichen Fonds ausmachen. Besonders in den städtischen Städten werden neuerdings überall hohe Summen für Jugendpflege eingesetzt, so in Hannover 14 000 M., in Magdeburg gar 100 000 M.

Es kommen hinzu die ungezählten Tausende, mit denen Privatleute, die schwierlichen Gütern des Staates besonders aus Unternehmertümern, diese Sache, die ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen dient, finanziell unterstützen. In Essen wurden neuerdings, um bloß wenige Beispiele herauszuziehen, 70 000 M., in Wittenhausen (Thür.) 115 000 M., in Halle 500 000 M. von privater Seite für Zwecke der Jugendpflege gestiftet. Die evangelische Kirche wendet allein in Norddeutschland für ihre Jünglingsvereine $1\frac{1}{2}$ bis 2 Millionen Mark im Jahre auf.

Wie winzig sind demgegenüber die Mittel, die die organisierte Arbeiterschaft für ihre Gegenaktion, die freie Jugendbewegung, aufzubringen kann! Und was steht für uns auf dem Spiel!

Denn darüber herrscht doch jetzt nicht der leidlose Zweck mehr, daß die sogenannte staatliche Jugendpflege kein anderes Ziel hat, als die Jugend des Volkes den Idealen ihrer Klasse, dem Denken und Fühlen ihrer erwachsenen Brüder und ihrer Eltern, am gewollten Aufbau des proletariats abhängig zu machen. Alle diese Veranstaltungen, die äußerlich so harmlose, ja anscheinend nützliche Tendenzen zur Schau tragen, wie die Wanderrungen und Verbesserungen der Jugend, versetzen, das wird in den Ministererlassen unverblümmt zugestanden, in Wahrheit keinen anderen Zweck, als die formwährende Beeinflussung unserer Jugend im arbeiterfeindlichen Sinne.

Zur einem umfassenden jugendlichen Kriegerverein sollen unsere Kinder organisiert werden, der genau wie die Kriegervereine der Erwachsenen auf die wütende Bekämpfung der Arbeiterbewegung eingedrillt werden soll.

Besonders die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden die Folgen dieser plannäßigen Verherrigung der heranwachsenden proletarischen Generation noch zu führen bekommen, wenn die Opfer der bürgerlich-nationalen Jugendpflege als Kämpfergruppen in den gelben Streitbrechervereinen auftauchen und ihnen bei Lohnkämpfen in den Rücken fallen.

Arbeiter, wollt Ihr Euch das gefallen lassen? Wollt Ihr mit verschrankten Armen zuschauen, wie Eure Jugend systematisch Euch zu Feinden erzogen wird?

Wenn Ihr es nicht wollt, wenn Ihr die Zustimmung zu diesem Klassenelbstmord entrüstet von Euch an dem Ausbau unserer Gegenaktion, mit äußerster Energie mitarbeitet.

Gewiß sind unsere Mittel im Vergleich zu den kolossalen Auswendungen des Klassenstaates, der mit seinem ganzen Machtmittel arbeitet, gering. Aber es gilt, wenigstens diese beschiedenen Mittel nach Kräften auszunehmen. Neherall haben wir unsere

Jugendorganisation, und sie wird auch in diesem Winter wieder mit dem größten Eifer die Aufgaben ihrer Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu erfüllen trachten. Aber die gesamte Arbeiterschaft muß sie in diesem Werk unterstützen, und sie kann sie unterstützen.

In der Arbeitsstätte steht Ihr in fortwährenden innigster Führung mit den jugendlichen Arbeitern. Ihr wißt, was sie in ihrer freien Zeit treiben. Vergewissern Euch, ob die jungen Leute auch die Versammlungen und Feste, die Vorlesungen und Unterrichtskurse besuchen. Sorgt dafür, daß sie über die Absichten der gegnerischen Vereine aufgeklärt werden. Keiner unserer jugendlichen Kameraden hat etwas in einem bürgerlichen Jugendheim zu suchen, mag es sich um einen frommen Jungslagsverein, einen "patriotischen" Turnverein oder einen der neuerdings überall auf Anregung der staatlichen Obrigkeit ins Leben gerufenen Jugendclubs an Fortbildungsschulen handeln.

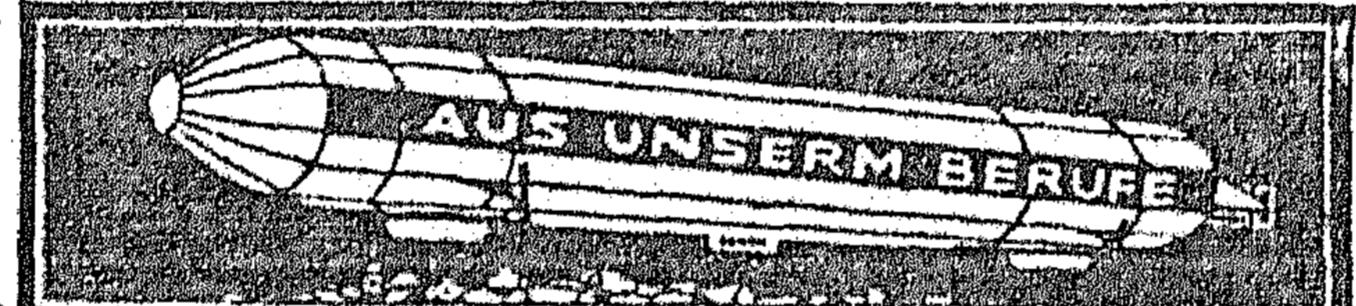
Vor allem steht darauf, daß die jungen Leute unser Jugendblatt,

die "Arbeiter-Jugend", halten. In jedem Betriebe muß dafür gesorgt werden, daß ein vollständiges Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vorhanden ist, damit Probeexemplare unseres Jugendorgans sämtlichen jugendlichen Arbeitern zugestellt und sie nachdrücklich zum Bezug veranlaßt werden können. Eventuell sollten die organisierten Arbeiter des Betriebs, wie es vielfach schon geschieht, gemeinsam die geringen Kosten des Bezugs tragen.

Ist so jeder gewerblich tätige aufgeklärte Arbeiter unter den jungen Leuten seiner Arbeitsstätte ein Aktivator für unsere Jugendorganisation, so muß es in absehbarer Zeit möglich sein, daß erste Hundertausend seiner Abonnenten voll zu machen. Wir haben nur dieses eine Blatt, in dem wir der Jugend unsere Abschauungen vermitteln, durch das wir sie zu richtigen Menschen im Sinne der proletarischen Weltanschauung erziehen können, während die Gegner über Hunderte von Traktaten und Broschüren sie in ihr Lager herüberzuziehen versuchen. Um so energischer muß unsere Propaganda für das Blatt sein, und hier kann jeder von Euch praktische Jugendarbeit in unserem Sinne leisten.

Aus Welt, Genossen! Der verflossene Winter hat fast ausschließlich der politischen Arbeit gehörte und in dem Wahlsieg vom 12. Januar der deutschen Arbeiterschaft herrliche Erfolge gebracht. Dieser Winter sei der Agitation unter unserer Jugend gewidmet!

Lut jeder von uns auch auf diesem Arbeitsfeld seine Schuldigkeit, dann wird uns in naher Zukunft in noch prächtigerer Kampfsphäre zufallen, denn die Jugend von heute ist das Volk von morgen, und dieses Volk, das ganze kommende Arbeitergeschlecht, soll unser sein!



Stellen zum aussuchen. Die Inseratenannahmen dieser Blauer reißen, aber Hunderte werden durch dieses Experiment, Stellung zu erlangen, abermals betrügt. Man versucht es mit einer Prämie in folgender Weise:

"50 Mark Prämie, wer mit einer Privat-Chauffeurstelle nachweist. Offerten unter R. F. 50 Exp. B. S. a. M.", Kochstr."

Ähnliche Annoncen kann man täglich von 20, 30 Mark usw. Angeboten in genannter Zeitung finden. Alles vergebens.

Aber durch solche Aufdringlichkeit wird das Reppertum auf unseren Beruf gesenkt. So kann man in dem Inseratenteil verschiedener Tageszeitungen manches verfängliche Inserat lesen. Im Scherhaftchen "Berl. Postalangeiger" fiel uns kürzlich folgende Annonce auf:

"Für hiesige Automobil-Firma suche sofort tüdige Chauffeure, Bewerber wollen Beurtsabschriften sowie 1 Mark Gebühren (bei Nichtengagement abfällig Porto zurück) "Bagerfarte 417" W. 30."

Ewigige Kollegen gaben sich die Mühe, besagtes Postamt zu besichtigen und machten hierauf der Kriminalpolizei Mitteilung von dem, was ihnen verdächtig erschien. Die Kriminalpolizei sah zu und siehe da, zwei ganz gemeingeschädliche Gauner hatte sie erwidert. Es waren dies 2 Kellner, welche in einem besseren Restaurant beschäftigt waren. Diese beiden sauberer Burschen verschafften sich durch Reppen von arbeitslosen Chauffeuren eine horrende Stebencnahme. Man stelle sich vor, daß diese Gauner das Wechselfest schon seit Anfang dieses Jahres betrieben und täglich ca. 100 Briefe von der Post abholten. Als die Polizei zutraf, hatte S. Dohlfen, so hieß der eine und kein Komplize, G. Huhtholz, gerade 50 Briefe in Empfang genommen!

Dass auf die verfängliche Annonce so viele hereingefallen kamen, beweist anderseits, daß die Dummen nie alle werden. Ansatt mit derartigen Annoncen nach dem Bureau ihrer Organisation zu gehen, um sich Aufklärung zu holen, werfen tausende von Kollegen das Geld zum Fenster hinaus. So ist es leider nicht in diesen Sachen allein, auch auf anderen Gebieten liegen die Dinge so traurig. Das Wort Organisation willen leider noch zu wenig Kollegen zu nutzen, die Zersplitterung in unserem Berufe ist viel zu groß, als daß durch Einigkeit dem Ausbenter-, Repper- und Gannerum das Wasser abgegraben werden könnte. Kollegen, alle diese traurigen Erscheinungen in unserem Berufe müssen Euch endlich einmal die Augen öffnen! Niemand in Europa Organisation, den

Deutschen Transportarbeiter-Bund

Warnungszeichen von Kraftfahrzeugen. Über die Verpflichtung der Kraftfahrzeuge zur Abgabe von Warnungszeichen hat der zweite Strafgesetz des Kaiserreichs unter 22. Oktober folgende grundlegende Entscheidung getroffen:

Das angefochtene Urteil nimmt an, daß nach § 19 Absatz 1 der Verordnung des Bundesrats über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar 1910 ("Reichsgesetzblatt" Seite 389) der Führer des Kraftwagens an unübersichtlichen Stellen (§ 18 Absatz 3) das Warnungszeichen zu geben habe. Diese Ansicht ist rechtlich irrig, wie der Senat bereits in dem Urteil vom 7. April 1911 2 S. 803 10 in Übereinstimmung mit der Auffassung des Reichstanzlers auf Grund des Entstehungsgeschichte des näheren dargelegt hat. Nach dem früheren Recht — Grundsätze betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, festgestellt durch Beschluss des Bundesrats vom 3. Mai 1906 § 17 Absatz 3 — waren an unübersichtlichen Stellen Warnungszeichen zu geben. In bewußter Abweichung von dieser in der Praxis als unnötige Belästigung empfundene Bestimmung wurde die Pflicht zur Abgabe von Warnungszeichen im § 19 der Bundesratsverordnung vom 3. Februar 1910 anders geregelt. Während die Unübersichtlichkeit von Stellen nur noch die Pflicht zum Langsamfahren begründet (§ 18 Absatz 3), wird im § 19 Absatz 1 die Verpflichtung zur Abgabe des Warnungszeichens davon abhängig gemacht, daß unter den im Halbsatz 1 erwähnten Verhältnissen Menschen in der Nähe sind, die zu ihrer Sicherheit auf das Nahen des Kraftfahrzeuges aufmerksam zu machen sind. Der Halbsatz 2 a. a. O. schärft dem Führer lediglich besondere Vorsicht in Ausübung dieser Pflicht an unübersichtlichen Stellen ein. An diesen soll er besonders vorsichtig prüfen, ob warnungsbedürftige Menschen in der Nähe sind, und ob daher die Notwendigkeit zur Abgabe des Warnungszeichens gegeben ist. Die Bestrafung des Führers wegen Übertretung des § 19 Absatz 1 erfordert hiernach die Feststellung, daß Menschen unter den Voraussetzungen des Halbsatzes 1 tatsächlich in der Nähe gewesen, gleichwohl aber nicht rechtzeitig durch deutlich hörbares Warnungszeichen auf das Nahen des Kraftfahrzeuges aufmerksam geworden sind.

Invalidenversicherungspflicht von Chauffeuren. Einer Entscheidung des Oberversicherungsamts Frankfurt (Main) vom 12. September 1912 entnehmen wir folgendes: Chauffeure gehören meist dem Stande

der Maschinenschlosser an. Verlangt wird von ihnen die Kenntnis der maschinellen Einrichtungen des Fahrzeugs, die Fähigkeit, einfache Reparaturen auszuführen und das Fahrzeug sicher zu lenken. Über eine gewisse theoretische und praktische Ausbildung haben sie sich, wie jeder Leuter eines Kraftfahrzeuges, in der Regel vor Ingenieuren der Dampfmaschinenüberwachungsvereine auszuweisen. Diese Ausbildung und Tätigkeit rückt sie indessen noch nicht in eine wirtschaftliche oder soziale Stellung, welche die eines Arbeiters oder Gehilfen wesentlich überträgt. Sie pflegen, wenn sie keine Stellung als Chauffeur haben, ihre frühere Tätigkeit als Maschinenschlosser wieder aufzunehmen. Dass die Chauffeure nicht zu der Gruppe der sonstigen Angestellten der Bißler 2 des § 1 des Invalidenversicherungsgesetzes bzw. den "anderen Angestellten" der Bißler 2 des § 1226 der Reichsversicherungsordnung zu rechnen sind, lässt schon ein Vergleich mit denjenigen Personen in gehobener Stellung erkennen, welche die Rechtsprechung dieser Gruppe zulässt. Insbesondere sind sie nicht in einer Linie zu stellen mit einem Lokomotivführer, welchem mit Rücksicht auf die ihm außer der Wartung und Führung der Maschine obliegende Beaufsichtigung und Unterweisung des Heizers und die Ausübung der Bahnpolizei die gehobene Stellung eines "sonstigen Angestellten" der § 1 Bißler 2 des Invalidenversicherungsgesetzes eingeräumt ist, die ungefähr der eines Eisenbahnaßzienten entspricht.

Hier nach gehört S. als Chauffeur zu den Hilfs im Sinne des § 1226 Bißler 1 der Reichsversicherungsordnung. Er unterliegt daher, ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens, der Berichtungspflicht. (Breithaupt's Entscheidungen, Heft 7 des Jahrganges 1912/13).

Hamburg. Priva-t- und Geschäftschauffeure. Versammlung am 19. November. Es wurden als Branchenleiter der Kollege E. Ch., als Stellvertreter Ulrich und als Schriftführer Hartkopf gewählt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erhält Kollege A. das Wort. Medner leitet ein Referat mit einigen Auszügen aus einem Buche, betitelt: "Der korrekte Chauffeur" ein, welche allgemeine Heiterkeit erwecken. Er geht dann weiter an die Ungerechtigkeiten und Härten des neuen Automobilgesetzes ein und zeigt, dass dasselbe ein Ausnahmegericht für die Chauffeure ist, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Zu der Diskussion werden die Ausführungen des Referenten durch verschiedene Redner ergänzt. Nachdem der Branchenleiter im Namen der Versammlung dem Referenten gedankt, erhält der Kollege A. das Wort zur Begründung eines Antrages betreffs Wahl einer Agitationskommission. Nach lebhafter Debatte, an welcher sich die Kollegen M., H., U., Ch., A., St. beteiligen, wird der Antrag abgelehnt. Zum Schluss wird beschlossen, die Versammlungen monatlich im Gewerkschaftshaus abzuhalten. Die Wahl des Tages wird der Branchenleitung überlassen.

Zu Polzin ist für Lastkraftwagen, deren Gesamtgewicht 5,5 Tonnen übersteigt, beim Durchfahren der Prediger-, Brunnen- und Tempelburgerstraße eine Höchstgeschwindigkeit von 5 Kilometer in der Stunde vorgeschrieben.

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es noch lange nicht dasselbe Durch die bürgerliche Presse geht folgendes niedliche Gelehrtheit aus Straßburg i. E. welches zugleich eine Mahnung an "niedere Sterbliche" enthält, recht vor sich ist in der Wahl der Eltern zu sein, da es unter Umständen in einem Polizeistaat gut ist, mindestens als Graf oder Prinz geboren zu sein:

An der hiesigen Universität studieren in diesem Wintersemester auch Prinz Joachim von Preußen und der Prinz von Thurn und Taxis. In der allgemeinen Aufmerksamkeit, die diesen Mäzensohnen gewidmet wird, bleibt auch die Schutzmannschaft nicht zurück. Das gleiche in unserem Nachstaat besonders dann, wenn ein prinzliches Automobil vergibt, dass vor dem Gesetz alle Töß-Töß gleich sein sollen. Prinz Joachim fuhr in überseinem Tempo durch die schnale Meißnerstraße, als ein Schutzmannsarm sich hochreiste und den Kraftwagen anhielt. Es gibt nichts Fürttereres als einen Schutzmannsarm. Als der Wagen hielt, ging das Auto signal herab und die Hände des Schutzmannes klappten zusammen: "Königliche Hohheit entschuldigen! Wer es ist meine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, dass durch diese enge Gasse nach den Polizeivorschriften langsam gefahren werden muss!" — "So, so!" meinte der junge hohe Herr. "Aber sagen Sie mir doch mal, Schupmann, was hätte denn das gekostet, wenn ich in dem Tempo weitergefahrene wäre, was?" Der Schupmann erblickte in dieser Frage durchaus keinen leisen Ult. Verzeichnung. Königliche Hohheit, das weiß ich nicht bestimmt, aber es wäre vielleicht auf 50 Mt. zu stehen gekommen." — "Sieh mal an," atmete der Prinz erleichtert auf, "da haben wir aber Glück gehabt. Ich bin froh, dass Sie mich beizeiten vor Schaden bewahrt haben." Der Adjutant im Wagen muhte das große Portemonnaie ziehen und 5 Mt. für den Schutzmann opfern. Der war in arger Verlegenheit. Schuhleute dürfen im Dienst doch keine Gelehrte annehmen. Aber einem Prinzen erteilt man doch auch nicht gern einen Korb. So nahm er in Gottes Namen das Känsmarstück und hat daslir bei der Meldung des Vorfallen vom Polizeipräsidenten nachträglich Indemnität erhalten.

Die bürgerliche Presse druckt diese Notiz geblendetlos nach. Wir aber möchten fragen, was mit einem "gewöhnlichen Sterblichen" geschehen wäre, der es gewagt hätte, dem Schutzmann 5 Mt. anzubieten. Der "pflücktreue" Beamte hätte den Betreffenden ohne Nachdruck gemeldet und derselbe wäre wegen Bestechungsversuch schwer bestraft worden, denn der § 333 des NStG.B. droht nicht nur Geldstrafen, sondern Gefängnisstrafen demjenigen an, der

einen Beamten durch Geschenke bestochen will. Der § 333 droht den Beamten, die Geschenke annehmen, sogar eine Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren an. Es ist hier äußerst bezeichnend, dass die bürgerliche Presse zu diesen Vorgängen noch Witze macht, ohne zu bedenken, dass dadurch die berühmte Gleichheit vor dem Gesetz sehr deutlich illustriert wird.

Uns fällt hier die schöne Geschichte vom Hund des Junkers und der Kuh des Bauern ein. Hätte der Hund des Bauern eine Kuh des Junkers geküßt, so wäre es bei der angekündigten schweren Geldstrafe geblieben, da es aber umgekehrt der Fall war, hieß es: "Ja, Bauer, das ist ganz anders!"

Über Automobilunfälle in der Schweiz hat die Genfer "Argus de la Presse" im Halbjahr vom April bis Oktober eine Zählung auf Grund der Zeitungsberichte vorgenommen, die ein sehr interessantes Ergebnis zeitigte. Es wurden gezählt 93 Automobilunfälle, wobei 103 Personen verletzt und 18 getötet wurden. In derselben Zeit wurden auf gleiche Art 298 Unfälle mit Pferdefuhrwerken, wobei 312 Personen verletzt und 61 getötete festgestellt wurden. Bedeutlich werden bei den Tagesblättern die Auto-Unfälle genauer und eifriger registriert als die Unfälle mit anderen Fahrzeugen. Daraufgedessen können die letzteren Unfallzahlen eher höher als niedriger erscheinen. Bei der Besprechung der vom Kaiserl. Statistischen Amt gelegten Statistik über die Automobilunfälle im deutschen Reiche in unserem Fachblatt, haben wir wiederholt verlangt, diese Statistik über den gesamten Fuhrwerksverkehr einzunehmen. Leider geht das Kaiserl. Statistische Amt darauf nicht ein. Wir sind überzeugt davon, dass eine solche Statistik manche Missstände in dem gesamten Straßenverkehr an das Tageslicht fördern könnte und auch die Wege zur Abhilfe derselben zeigen würde.



Berlin. Karantenklasse der Personenzüge. Die Droschkenführer rieben im Jahre 1902 obengenannte Straße gegen unsern Willen ins Leben. Trotz zahlreichen Petitionen unsererseits gegen die Gründung derselben bestätigte die Behörde die Genehmigung. Die Gründe, die wir in den Petitionen geltend machen, haben sich vollinhaltlich bestätigt, denn die Klasse ist den geringsten Anforderungen bis heute noch nicht gerecht geworden. Trotzdem seit Jahren der ortsübliche Tagelohn auf 3,60 Mt. festgelegt ist, wonach die geringste Leistung an Krankenunterstützung 1,80 Mt. pro Tag betragen müsste, zahlt die Klasse heute noch 1,50 Mt., was nach unserer Ansicht ungerecht ist, über andere Mühlständigkeiten wollen wir vorläufig garnicht reden. Fast jeder Kranke wird sofort von dem Berufspraktiker aufgesucht und werden dem Arzler die größten Schwierigkeiten gemacht. Die Behandlung der Mitglieder und deren Angehörige im Kassenlotto von Seiten der Angestellten, spottet jeder Beschreibung. Dieser Herr, der bereits in Oranienburg und in Schöneberg als Magistratsbeamter seine Unfähigkeit bewiesen hat, hat jedenfalls noch nicht "Keniges Buch": "Umgang mit Menschen" gelesen. Aus alledem zeigten die Versicherer ein besonderes Interesse und sahen wohl ein, dass die bestehenden Missstände beseitigt werden müssen. So beteiligten sich am 28. v. M. bei den Delegiertenwahlen über 200 Kollegen. Dieselben stellten eine eigene Liste auf, welche mit 183 Stimmen siegte, wogegen die Liste, welche die Fuhrwerken aufgestellt hatten, nur 3 Stimmen erhielt. Letzter wurde ein großer Teil unserer Kollegen zurückgewiesen, da ihnen die Legitimation von ihren Fuhrherren verweigert wurde. Bei dieser Gelegenheit hatte der Kassenangestellte eine eigentümliche Rolle gespielt. Der Kollege Becker, der sich im Interesse der Kollegen im Raum des Lokales aufhielt, machte den Herrn Kassenangestellten darauf aufmerksam, dass sich ein Teil Kollegen genügend legitimieren könnte, indem dieselben ihren behördlichen Fahrchein mit Photographie, außerdem den Wagenschein, den Tarif und die Fahrmarken der Droschken vorlegen, weiter auch noch die weiblichen Angestellten die Hebele zur Hand hätten und Einsicht nehmbar könnten. Die Antwort war einfach. — "Hinzuweisung aus dem Lokal". Hiermit hatte der Herr aber keinen Sieg errungen. Denn gleich darauf wurde derselbe Herr ebenfalls aus dem Lokal gewiesen, da er als Nichtmitglied darin nichts zu suchen hatte. Der Kollege Becker hatte gar nicht die Absicht, im Lokal zu verweilen, sondern brachte eine Beschwerde an der Schwelle des Saales vor. Der Kassenangestellte ging aber nochmals in den Saal und musste das zweite Mal etwas unsauber hinausgeschafft werden. Dieser Herr Kassenangestellte (Magistratsbeamter a. D.) musste folgende Anschuldigung eines Mitgliedes hören: Der Herr Kassenangestellte fahre des Abends mit Vorliebe Droschken und besuche auf solchen Kneipfahrt grösstenteils Kneipen mit Damenbedienung. Der Droschkenfischer muss sich dann oft das Geld am anderen Tage aus dem Kassenlotto holen. Hierbei sei es ihm, den Kutscher, passiert, dass er anstatt Fahrgeld in Höhe von 5 Mt. Bademarken bekommen hat. Eine aufklärende Antwort vorsetzten des Vorstandes wurde dem Medner nicht zu teil. Wir werden abwarten, welche Stellung der Vorstand zu der ganzen Angelegenheit nimmt. In unseren Kollegen wird es liegen, ordnungsmäßige Zustände zu schaffen.

Hamburg. Droschken- und Stallkutscherei. Mitgliederversammlung am 22. November. Kollege A. gab einen ausführlichen Bericht über den Verbandstag in Breslau. In der Diskussion erklärten sich die Anwesenden mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden. Über den Punkt "Agitation" enthielt sich eine äußerst rege Diskussion. Es wurde allgemein anerkannt, dass die einzelnen Kollegen bedeutend mehr als dies in letzter Zeit geschehen, für die Organisation agitieren müssen, nur dann sei es möglich, auch mal wieder an eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Droschkenfischer zu denken. Besonders wurde geplagt, dass die freien Tage bei einzelnen Firmen nicht so eingehalten werden, als abgemacht sei. So z. B. die Firma Schulz u. Gladigau ihren Kutschern den freien Tag vom Lohn ab. Es wird beschlossen, diejenigen Firmen, bei denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht eingehalten werden, den Homburges Gewerkschaften mitzuwählen, damit diese bei eventuellem Gebrauch von irgend welchem Fuhrwerk hierauf Rücksicht nehmen können. Nach Erledigung einiger interner Sachen, erfolgt Schluss der recht gut besuchten Versammlung.



Frankfurt a. M. Bimpel Bichtig. Der ehemalige Kollege E. L. lädt bei jeder Gelegenheit sein Licht leuchten. Alljährlich feiern zwei hiesige Reinigungsinstitute ihr 25jähriges Bestehen. Flugs setzt sich Herr E. L. auf die Hosentasche und "dichtet" einen Hymnus auf die guten Unternehmer. Er singt von Mühen und Gefahren etc. — der Unternehmerl. Die Antiterroristische Veröffentlichung in Nr. 19 des Unternehmensblättchens —

Seite 147, gezeichnet E. L. — überschrieben: „Festgedicht“ wurden, wie es in derselben Nummer, Seite 149 heißt, von der Tochter des Herrn E. L., Gräfin Luise L. (10 Jahre alt!) vorgetragen. Zur Erheiterung unserer Kollegen wollen wir nur einige Strophen zum Besten geben. Es heißt dar:

„Wie hat man in den ersten Jahren
Verächtlich unsern Stand betrachtet,
Undes man alle die Gefahren,
Die uns bedrohen, nicht beachtet.
Als klein die Häuser, die Geschäfte,
Hat man die Arbeit selbst getan;
Doch bald fand man in un'rem Stande
Die Lösung, die sich bald brach Bahn.“
u.w.

Vor Jahren las man's anders! Da nahmen wohl die Mittelverse folgende Gestalt an: (zu den Unternehmern:)

„Ihr kommtet wohl in all' den Jahren
Verächtlich unsern Stand betrachten.
Das ist vorbei Auf die Gefahren
Werdt ihr gezwungen, jetzt zu achten!
Ihr habt als mittellose Gründer
Wohl keine Arbeit selbst getan.
Als wahre Unternehmersünder
Lies schaffen man — den Arbeitssmann
Warum geht ihr statt Lohn Bägarren
Nach Bier für schwere Tagesfron?
Glaubt ihr, wie lassen stets uns narren,
Betrügen um den rechten Lohn?
Wir sind jetzt eine Macht geworden,
Ein Faktor in der Produktion!
Sind nicht mehr zügelose Horden!
Und das durch Organisation!“

Herr E. L. macht aber nicht nur in „Dichteritis“, sondern auch in Prosa. In derselben Nummer — Seite 146 — tut er allen und zu wissen, daß die Vereinigung Frankfurter Reinigungsunternehmer in der Sektionsversammlung der H. R. B. G. durch Herrn E. L. den Antrag begründet ließ, den ersten Satz im § 28 der Unfallverhütungsvorschriften ganz zu streichen. Während es im zweiten Satz heißen soll: „Sozialleitern von 7 Meier Höhe an usw.“ Zum Schluß freut sich dann Herr E. L., daß sie einen Erfolg (1) erzielt haben. Der Genossenschaftsvorstand soll die Erklärung abgegeben haben, besagten Paragraphen bis auf weiteres nicht zu handhaben. Vor uns liegen die amtlichen Nachrichten der H. R. B. G. vom 5. Oktober d. J., in welchen der Bericht über die 31. ordentliche Genossenschaftsversammlung für 1912 enthalten ist. Da findet sich nun auf S. 11 erwähnter Antrag, jedoch nichts von einer Erklärung des Genossenschaftsvorstandes, wie sie im Unternehmensblätter enthalten ist. Es heißt nur, daß „möglichste Verstärkung des Antrages bei der demnächst stattfindenden Neuaufstellung der Unfallverhütungsvorschriften“ vom Vorsitzenden zugesagt wurde. Das ist doch wohl etwas anderes, Herr E. L. — oder nicht?

Nun sei es, wie es will, unsere Kollegen werden auf alle Fälle gut tun, ein wachsame Augen auf diejenigen Unternehmen zu richten, die die Unfallverhütungsvorschriften nicht innen halten. Auch wir werden bei der Neuaufstellung der Unfallverhütungsvorschriften zu sorgen haben, was notwendig ist, Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Dazu gehört aber, daß die Kollegen mehr Interesse für die Organisation befinden, als es geschah, wie in der letzten Sektionsversammlung, wo der Sektionsleiter über „praktische Gewerbeschafftsarbeit als Grundlage für menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen“ sprach. Ein ganzer Kollege von der Großfirma Rüger hatte sich eingefunden. Die anderen schwelgten jedenfalls noch in der Erinnerung an das schöne Jubiläumsfestmahl. Wir erwarten, daß zu der nächsten Sektionsversammlung alle Kollegen erscheinen, damit es Tag wird!



Handelsarbeiter

Berlin. Die Konfusionsräte in der Niederkirchstraße haben manchmal doch ein recht schweres Leben. Besonders bei dem Verrat bei den Gewerbegerichtswahlen will ein großer Teil ihrer Mitglieder partout nicht so „wie die Obigkeiten“; trotzdem diese Helden nicht scharf genug betonen können, daß die Kollegen den „wohlüberlegten“ Beschlüssen des Vorstandes unbedingt Folge leisten müssen. An dem Solidaritätsgefühl der Arbeiter haben sich schon ganz andere die Köpfe eingerammt. Die Parole, für Liste II der Wietenhäuser zu stimmen, wurde fast vollständig unbeachtet gelassen — um der Liste V der freien Gewerkschaften keine Stimme zu entziehen. (Bravo!) Die Kollegen sind eben klüger als ihre Häuptlinge und lassen sich nicht in den Sumpf hineinziehen. Besonders rechnen die Kollegen der Firma A. Maas u. Co., Inselskirche, mit ihnen ab. Ein Plakat wählt Liste V, leichte den Eintretenden bei einer Sitzung kurz vor den Wahlen entgegen. Weder die längsten Gehreden noch die schönsten Verdrehungen — schon gar nicht ihre „glänzenden“ Gründe —, die Kriegs- und Raupe sich aussprechen, nichts kommt die Kollegen von ihrem Beschluß abringen. Wie hilflos nahmen sich hier die Vertreter leider nur zu vieler Kollegen des Geschäftsdieners und Pader-Bereins aus; die Kollegen dieser Firma sind ihnen weit über. Ihre Einigkeit schaltet die Quertriebereien der Häuptlinge vollständig aus. Sie wissen, daß sie auf sich allein angewiesen sind, daß wissen sie ja schon seit dem Streik. Ohne deren Führung, oder vielleicht gerade deshalb, haben sie sich einigermaßen anständige Arbeitsbedingungen errungen. Entgegen einer anderen Meldung ist die Arbeitszeit im Sommer von 8½ 6 Uhr mit einer 1½ stündigen Mittagspause angesetzt; leider verlangen es die Geschäft-

verhältnisse, daß in den Wintermonaten Überstunden gemacht werden müssen. Es wäre gewiß eine Bezahlung derselben angebracht, doch kommt Zeit, kommt Rat. So verhält es sich auch mit der Sonntagsarbeit, an welcher jeder Kollege vielleicht zwei- bis dreimal im Winter beteiligt ist. Dies wünschen die Kollegen, um nicht als rückständig angesehen zu werden, mit gutem Recht festgestellt zu wissen. Ist aber mit dem Ausleihen gegenüber den Vorstandsmitgliedern wegen ihres verräderischen Verhaltens Genüge getan. Kein und abermals nein! Man darf nicht auf dem halben Wege stehen, man muß die Konsequenz ziehen. Hinzu aus einem Verein, der sich, gesindet, abseits von der Arbeiterbewegung stellt, und hinein in den Verband, damit die Handelsarbeiter auch endlich einmal anständige Arbeitsverhältnisse erkämpfen können.

„Moralische“ Erziehung der „bösen“ Angestellten. Der „Gesetzgeber“ bringt in Nr. 47 vom 21. November 1912 die „zehn Forderungen eines Chefs“ aus dem Lande der unbegrenzten Wunder. Wir haben diese modernen kapitalistischen „zehn Gebote“ eines Industrie-Jehova mit rechtem Vergnügen gelesen, weil sie neben einfachen Selbstverständnissen fehlen (soweit es sich um die Angestellten handelt), teils ungewollt, teils mit zynischer Offenheit, nur etwas gemildert durch Humor, das und das Oder Profitejäger er in der Kapitalprophete seiner ganzen Schönheit enthalten. Wir lassen daher diese „Zehn Gebote“ mit einigen Randbemerkungen hier folgen:

I. Lügen Sie nicht — es verschwendet meine und Ihre Zeit. Ich komme sicher am Ende dahinter — und dies ist das falsche Ende. (Er ist recht witzig, der Herr Chef!)

II. Sehen Sie auf Ihre Arbeit, nicht auf die Uhr. Eine lange Tagesarbeit macht einen kurzen Tag, und eine geringe Tagesarbeit macht einen langen Tag. (Das Rezept, nach welchem man „kurze Tage“ erzielt, dürfte der geriebene Pantee schwerlich selbst anwenden und jedenfalls die Zeitverkürzung durch Selbst, Weib usw. vorziehen. Hierfür ist aber die Offenheit, mit welcher er durchblicken läßt, daß im anderen Falle sein „langes Gesicht“ der Gradmesser seiner geringeren Profitrate sein würde!)

III. Leisten Sie mehr als ich erwarte, und ich zahlte Ihnen mehr, als Sie erwarten. (?) Ich kann es mir leisten, Ihr Gehalt zu erhöhen, wenn Sie meinen Gewinn erhöhen.

(Wir haben uns erlaubt, hinter den ersten Satz ein Fragezeichen zu machen. Wir zweifeln natürlich keinen Augenblick daran, daß der smarte Geschäftsmann in der Lage wäre, die Gehälter seiner Angestellten zu erhöhen (zumal, wenn letztere seinen Gewinn erhöhen!), aber — diese bloße Möglichkeit ist eben noch kein Beweis dafür, daß dies wirklich geschieht!)

Für das nicht ganz reine Gewissen des Herrn nach dieser Richtung hin, spricht übrigens auch die nächste Regel:

IV. Sie schulden sich selbst soviel, daß Sie es sich nicht leisten können, auch noch anderen was zu schulden. Kommen Sie nicht in Schulden oder nicht in mein Geschäft.

(Über, Berehrtester, warum diese Befürchtung, wenn sie anständige Gehälter zahlen und diese unter Umständen sogar „erhöhen“?)

V. Unchristlichkeit ist niemals Zufall. Gute Männer wie gute Frauen können der Versuchung widerstehen, wenn sie ihnen gegenübertritt.

VI. Klümmern Sie sich um Ihre Angelegenheiten, und schließlich werden Sie selbst Geschäftsanlegenheiten haben.

VII. Tun Sie hier nichts, was Ihre Selbstachtung verletzt. Der Angestellte, der für mich stehlen würde, ist fähig, auch von mir zu stehlen.

VIII. Es geht mich nichts an, was Sie nachts tun; aber wenn Ihre Bestreitung Ihre Arbeit am nächsten Tage beeinflusst und Sie nur die Hälfte leisten von dem, was ich verlange, werden Sie auch nur halb so lange bleiben, wie Sie erwarten.

IX. Sagen Sie mir nicht, was ich gern hören möchte, sondern was ich hören sollte. Ich wünsche keinen Diener für meine Eitelkeit; aber ich habe einen nötig für meine Dollars! (1)

(Regel VI enthält die bekannte „Vertröstung“, die sich bei Pastoren auf die Freuden des „Fensterstoffs“ bezieht, hier aber auf die ungelegten Eier in der Zukunft! Im übrigen ist nicht recht ersichtlich, wie ein Angestellter, von dem gefordert wird, daß er in „langer Tagesarbeit“ nur die Dollars für seine Chancen mehr helfen soll, daneben noch die Zeit finden kann, auch an eigene Geschäftsanlegenheiten zu denken! Wahrscheinlich sucht sich dies Musterexemplar eines amerikanischen Dollarjägers wahre Uebermenschen von Angestellten aus, die gleich dem „alten Frien“ ganz auf Schlaf verzichten wollen oder wenigstens einen Teil der Nacht für Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen reservieren!)

X. Murren Sie nicht wieder, wenn ich murre; sind Sie der Mühe wert, verbessert zu werden, sind Sie auch wert, behalten zu werden. Ich verschwende keine Zeit damit, schlechte Stellen aus verrotteten Leibern herauszuschneiden.

(Zum Schluss noch offensichtlicher. Oder — muß das ein Ideal von Chef sein, der niemals aus Verärgerung oder Eifersucht heraus seine Angestellten kritisiert, sondern nur, weil er sie der „Mühe wert“ hält, „verbessert“ (1) zu werden, etwa wie der Lischler einen Lisch durch „Hobeln“ verbessert! Aber wahrscheinlich glaubt unser wertiger Freund aus dem Dollarlande an diese ideale Seite seines edlen Selbst auch nicht, na, und die Angestellten — müssen manastens so tun, als ob

sie daran glaubten! Unsere unmöglichste Meinung aber geht dahin, daß es der gute Mann offenbar schon sehr weit gebracht in der Ausbeutung seiner Angestellten und noch viel weiter bringen wird in der Ausbeutung seiner Dollars! Nebrigens dürfte diese Spezies homo sapiens auch noch in andern Weltteilen als bloß Amerika herumlaufen!

Breslau. Die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Die Bestrebungen der Arbeitgeber im Handelsgewerbe, die Sonntagsarbeit zu verlangern. Es lautete die Lagesordnung einer stark besuchten öffentlichen Versammlung, die vom Deutschen Transportarbeiter-Verband und dem Beirat verband der Handlungsgehilfen Deutschlands in die Union-Festhalle einberufen worden war.

Der Neuer, Kollege Niedel, gab zunächst einen kurzen Rückblick über den Kampf um die Einführung der Sonntagsruhe. Die kapitalistische Wirtschaftswelt bewirkte, daß die Angestellten auch Sonntags beschäftigt würden. Zwar wurde durch die Gewerbeordnung die Sonntagsarbeit geregelt, jedoch völlig unzureichend. Den Gemeinden wurde an die Hand gegeben, die völlige Sonntagsruhe einzuführen. Trotzdem sich schon im Jahre 1885 selbst 41 Prozent der Arbeitgeber für die völlige Sonntagsruhe erklärt, wurde sie bisher nur in geringem Maße verwirklicht. Nun hat die Regierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der statt Verbesserungen noch Verschlechterungen des bisherigen Zustandes bringt. Besteht zurzeit bereits vielfach eine zwieländige Beschäftigungsdauer, so sieht der Entwurf eine Arbeit von drei bis vier Stunden vor. Die Polizeibehörde kann an sechs Tagen des Jahres bis zehn Stunden Arbeitsdauer zu lassen. Trotzdem noch kein Prinzip durch die Verkürzung der Arbeitszeit zugrunde gegangen ist, wehren sie sich auch gegen diesen Entwurf. Die Breslauer Handelskammer verlangt in einem Gutachten die Ausschließung der Speditionsbetriebe aus dem Entwurf. Das Juendebedien der Kästen soll auch an Sonntagen erlaubt sein. Es eine Neuregelung der Sonntagsarbeit geplant, so soll sie von der Zustimmung der Arbeitgeber abhängig gemacht werden. Die Angestellten müssen demgegenüber mehr als bisher ihre Stimme erheben, laut und nachdrücklich die schon seit Jahrzehnten erhobene Forderung der vollen Sonntagsruhe vertreten. Nötig ist aber auch der Zusammenschluß in Kämpforganisationen; nur dann ist es möglich, den berechtigten Forderungen der Angestellten Nachdruck zu verleihen.

In der Aussprache erklärte Kollege Bartisch vom Zentralverband der Handlungsgehilfen seine Solidarität mit den Handelsarbeitsgehilfen. Gemeinsam kämpfen beide Organisationen für das gleiche Ziel. Folgende Resolution wurde darauf einstimmig angenommen:

„Die heut am 25. November d. J. im großen Saale der Unionfesthalle tagende Versammlung der Handelsangestellten und Hilfsarbeiter bedauert, daß die gesetzgebenden Gewerkschaften dem dringenden Wunsche aller im Handelsgewerbe Beschäftigten, die vollständige Sonntagsruhe einzuführen, immer noch nicht nachgekommen sind.

Sie sehen in dem neuen Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe eine wesentliche Verschlechterung im Gegensatz zu dem, was heut schon in vielen Orten durch ortssouveräne Bestimmungen festgelegt ist.

Die geistige Einführung der vollständigen Sonntagsruhe ist eine kulturelle Notwendigkeit, die um so dringender ist, da die Handelsangestellten durch überaus lange Arbeitszeit an den Wochenenden in ihrer geistigen und beruflichen Weiterbildung behindert sind.

Jegendwelche Behinderung der Einführung liegt nicht mehr vor, da das laufende Publikum sich an die verkürzte Werkzeit längst gewöhnt, und sich auch mit einer vollen Sonntagsruhe abfinden wird. Besonders die große Masse der Arbeiterschaft, auf die angeblich als Konsumenten Rücksicht genommen wird, ist damit einverstanden, sie hat auch die Handelsangestellten in ihren Forderungen stets unterstützt.

Wie die Erfahrung lehrt, ist eine Verminderung des Konsums keineswegs zu befürchten, viel eher sind Erhöhungen zu erwarten.

Die Versammelten beauftragen daher die Reichstag-Mitglieder unserer Fraktion, dahin zu wirken, daß bei der Beratung über die Gelehrtenvorlage den berechtigten Wünschen der Handelsangestellten Rechnung getragen wird und die seit Jahrzehnten geforderte völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Gesetz wird.

Elberfeld-Wormen. Einen schönen Erfolg haben die Kutschler und Lagerarbeiter der Mehllhandlungen von August Steinesshoff, J. C. Müller und B. u. R. Stöhr zu verzeichnen. Anfang November beschlossen die Kollegen, die Verbandsleitung zu beauftragen, den drei Firmen einen Vertragsentwurf zwecks Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterbreiten. Diesem Wunsche kam die Verbandsleitung nach. Am 2. November wurde den drei Firmen ein Vertragsentwurf übermittelt. Ein in höchst form gehaltener Begleitschreiben wurde beigelegt und eine Antwort bis zum 9. November erbeten. Eine Antwort erfolgte jedoch von allen drei Firmen nicht. Der Verbandsvertreter versuchte nun mehr, sich persönlich mit den Firmen in Verbindung zu setzen. Auf eine telefonische Anfrage erklärte die Firma J. C. Müller, wir sollten erst bei den übrigen beiden Firmen anfragen und deren Ansicht einholen. Die Firma B. u. R. Stöhr erklärte: Wenn die Kutschler und Arbeiter etwas wollen, so mögen sie selbst zum Kontor kommen. Was die anderen Firmen bewilligen, das bewilligen wir auch, was die Antwort der Firma Steinesshoff. Darauf versuchte unser Verbandsvertreter noch einmal sein Glück bei der Firma J. C. Müller.

Als er dort mitteilte, welche Antwort ihm von der Firma Stöhr gegeben wurde, meinte der Inhaber derselben: „Dasselbe wollte ich Ihnen auch gerade sagen.“ Das Gespräch war hiermit beendet. In einer Versammlung am 13. November wurden diese Antworten den Kollegen mitgeteilt. Sie beschlossen darauf einstimmig, am andern Morgen die Arbeit niederzulegen. Dieser Beschluss wurde auch durchgeführt. Nur bei der Firma B. u. H. Stoehr in Barmen blieb ein Arbeitswilliger stehen. Das hatten die Firmeninhaber doch nicht erwartet. Ihre Verlegenheit stieg auf das höchste. Nach $\frac{3}{4}$ stündigem Streik suchte die Firma Steinhoff um Verhandlungen nach. Die Verhandlung dauerte nur eine halbe Stunde und der eingereichte Tarifvertrag wurde unterzeichnet. Der Wiederaufnahme der Arbeit bei dieser Firma stand nichts mehr im Wege. Nachdem die Firma G. C. Müller einnahm, daß arbeitswillige Kutscher nicht zu bekommen waren, senkte sie gleichfalls ein. An demselben Abend suchte sie noch um Verhandlungen nach. Auch hier wurden die Vereinbarungen nach kurzer Verhandlung unterzeichnet. Die Kollegen dieser Firma nahmen darauf am andern Tage die Arbeit wieder auf. Nicht so schnell ging es mit der Firma B. u. H. Stöhr. Sie versuchte mit ihrem Betriebsrat und dem einen Arbeitswilligen den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Hoffnung, arbeitswillige Kutscher und Lagerarbeiter zu bekommen, erfüllte sich nicht; im Gegenteil: der eine Arbeitswillige lehrte am dritten Tage auch nicht mehr in dem Betrieb zurück. Heute war Holland in Rot. Auch diese Firma suchte am Morgen des dritten Streiktages um Verhandlungen nach. Nachdem auch hier der eingereichte Tarifvertrag unterzeichnet war, wurde von den Kollegen nach $\frac{1}{2}$ stündigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen. Der Tarifvertrag ist bei allen drei Firmen, mit unwesentlichen Aenderungen, gleichlautend. Er enthält im Wesentlichen:

„Die tägliche Arbeitszeit beträgt für die Kutscher 11 und für die Lagerarbeiter 10 Stunden. In die tägliche Arbeitszeit fallen Pausen mit einer Gesamtdauer von 2 Stunden. Samstags beträgt die Arbeitszeit 9 Stunden.“

Der Mindestwochenlohn beträgt 33,— Mt. und steigt nach einem Jahr auf 34,— Mt.

Die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung werden vom Lohn nicht in Abzug gebracht.

Gesetzliche Feiertage, welche auf einen Wochentag fallen, dürfen vom Lohn nicht gekürzt werden.

Der Stalldienst am Sonntag wird mit 2,— Mt. vergütet.

Die Spesen für auswärtige Touren werden in derselben Höhe wie bisher gezahlt. Kutscher, welche bis 3 Uhr nachmittags durchfahren müssen, erhalten für Mittagessen 1,— Mt. vergütet.

Die Lohnzahlung erfolgt Freitags; fällt der Freitag auf einen Feiertag, auf den vorhergehenden Wochentag.

Den Kutschern und Lagerarbeitern werden in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September unter Fortzahlung des vollen Lohnes Ferien gewährt. Die Ferien betragen nach einsähriger Beschäftigung 3 Tage und nach zweihähriger Beschäftigung 6 Tage.

Im Krankheitsfalle wird nach $\frac{1}{2}$ jähriger Tätigkeit für die erste Woche der volle Lohn weiter gezahlt. Aus § 616 des B. G. B. gilt folgendes:

Lohnabzug findet nicht statt; bei militärischen Neumusterungen und Kontrollversammlungen, öffentlichen Wahlen, behördlichen Terminen, Familieneignissen, wie Erkrankungs- oder Todesfällen, für die nach dem besonderen Falle dazu nötige Zeit.“

Die durch den Vertragabschluß erzielte Lohnzulage beträgt 3 bis 5,— Mt. für die Woche. Die Arbeitszeit wurde pro Woche um 2 Stunden verkürzt. Außerdem wurde die Gewährung von Ferien vertraglich festgelegt. Bei der Firma Stöhr beträgt der Wochenlohn jetzt 30,— Mt. und steigt im nächsten Jahr auf 31,— Mt. Es werden hier aber noch jede Woche 2,— Mt. für Sackgeld und alle Vierteljahr 15,— Mt. 2 Mt. für Sackgeld und alle Vierteljahr 15,— Mt. Mietentschädigung gezahlt.

Mit dem Erfolg dieser Lohnbewegung können unsere Kollegen wohl zufrieden sein. Weder der Verlauf derselben allen Kollegen im Wuppertale ein Ansporn sein, mehr als bisher dafür zu sorgen, daß auch die uns noch fernstehenden Berufskollegen der Organisation zugeführt werden. Dann wird es uns

auch möglich sein, für andere Berufsgruppen die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Deshalb Kollegen: Frisch ans Werk! Dem Mutigen gehört die Welt!

Die Inhaber der Frankfurter Radlerinstitute als Feinde des Koalitionsrechts! Alzogt musste die Arbeiterprote gegen die Radlerinstitute Stellung nehmen. Daß keine Woche vergeht, wo nicht ein Bericht von einer Gewerbezettel-verhandlung die „Idyllischen“ Zustände irgendwelches Radlerinstituts beleuchtet. Doch fallen noch Dutzende von Arbeitern auf die reklamehaften, in den bürgerlichen Blättern: „Generalanzeiger“, „Frankfurter Nachrichten“ usw., täglich erscheinenden Stelleninseraten hinein. Arbeiter aller Berufe, die infolge längerer Arbeitslosigkeit in Bedrängnis geraten sind, glauben die Gelegenheit benutzen zu können, sich über die arbeitslose Zeit hinwegzuhelfen. Doch — wie werden die Armuten enttäuscht! Sie erhalten einen Anfangslohn von ganzen 10 Mark wöchentlich! Nach einigen Wochen erhöht sich dieser „Lohn“ auf 15 Mark und dann auf den „Höchstlohn“ von 18 Mark! Dabei muß beachtet werden, daß die tägliche Arbeitszeit 14 Stunden beträgt! Der Sonntag wird nicht extra vergütet, er gehört vielmehr zur Arbeitswoche! Der Stundenverdienst der Radler beträgt somit 10, 15 und 18 Pfennig! Aber selbst dieser geringe Lohn wird den Leuten nicht voll ausgezahlt. Es werden davon noch Abzüge gemacht für Haftung 1 Mark, für Radbenutzung 1 Mark, Wäsche 50 Pf. Radreparaturen, Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge usw., so daß die armen, bedauernswerten Opfer fast gar nichts mehr von ihrem „Lohn“ übrig behalten. Uns lagen Lohnzettel vor, wonach für 4 Tage 8,68 Mark, 10,85 Mark, für 3 Tage 5,57 Mark bezahlt wurden. Ein Arbeiter hatte sogar bloß in 1½ Tagen ganze 97 Pfennig erhalten! Dabei sind die Institutsinhaber wirklich in der Lage, angemessene Löhne zu zahlen. Radler, die die Verhältnisse kennen, versichern, daß in mittleren Instituten, die circa 6 Mann beschäftigen, pro Monat 1200 Mark Bruttoeinnahmen erzielt werden soll. Es ist ja auch begreiflich. Ein Vorte mit Rad kostet z. B. $\frac{1}{4}$ Stunde 30 Pfennig, $\frac{1}{2}$ Stunde 50 Pfennig, $\frac{3}{4}$ Stunde 60 Pfennig und 1 Stunde 70 Pfennig. Ein Vorte mit Stoffsäcken kostet $\frac{1}{4}$ Stunde 40 Pfennig, $\frac{1}{2}$ Stunde 50 Pfennig, $\frac{3}{4}$ Stunde 70 Pfennig und 1 Stunde 90 Pfennig.

Welche unlautere Tricks angewandt werden, das Publikum zu täuschen, dafür folgendes Beispiel: Es gibt bekanntlich rote, grüne, schwarze, goldene, silberne, blaue, Unionradler usw. Alle diese Farbenstickerungen sind jedoch nur äußerlich. Tatsächlich sind die roten, grünen und schwarzen eine Couleur, d. h. sie sind alle „schwarz“. Es soll oft vorkommen, daß bei den „schwarzen“ ein Auftrag einsläuft, den man infolge der geringen Anzahl der Beschäftigten (5 Mann) nicht ausführen kann. Klugs geht der schwarze Institutsinhaber ans Telefon und meldet den Fall dem roten oder grünen Kollegen; es wird sodann aus diesen Geschäften ein Vorte gesandt, aus dem roten Radler wird schnell ein „Schwarzer“ gemacht.

Der Grund, uns mit diesen Zuständen eingehender zu beschäftigen, ist der, daß die in den Mästerinstituten beschäftigten Arbeiter fast bei jeder Gelegenheit dazu bemüht werden, ihren Arbeitbrüdern bei Streiks in den Rücken zu fallen. Für die schwer um die Hebung ihres Lebensniveaus kämpfenden Handelsarbeiter bilden diese Radler eine Gefahr, weil die Institute fast wie Pilze aus der Erde schielen. Die wiederholten Anstrengungen des Transportarbeiterverbandes, diese Zustände zu ändern, waren nur von minimalen Erfolgen begleitet. Die Institutsinhaber wissen, daß mit dem Wortsatz, wo die Organisation bei den Radlern Fuß gefaßt hat, den schändlichen Zuständen ein Ziel gesetzt ist! Als vor kurzer Zeit ein aufklärendes Flugblatt unter den Angestellten verteilt und sie zu einer Versammlung am 8. November eingeladen wurden, meinten die Chefs, „wer zur Versammlung ginge, hätte die Konsequenzen zu tragen“. Am Mittwoch den 13. November stand nun eine weitere Versammlung statt. Inzwischen verständigten sich die Herren Institutsinhaber darüber, ihren Angestellten den Besuch der Versammlung bei Androhung der Entlassung zu verbieten. Danach wurde auch in allen Geschäften gehandelt. Tatsächlich ließen sich die meisten Kollegen einschicken und blieben der Versammlung fern. Von den „Grünen“ wurde ein Kollege,

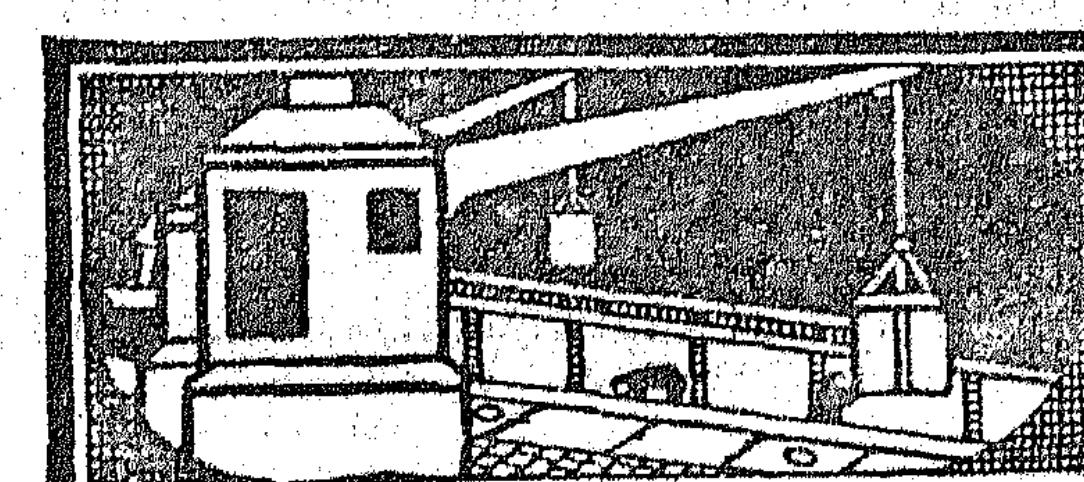
der Einladungszettel verteilt hatte, entlassen. Die Herren Gerechter haben wieder einmal gezeigt; doch es darf nur ein Pionierhügel sein! Die Organisation wird trotzdem auch bei den Radlern Eingang finden, wenn die Herren Institutsinhaber sich auch noch so sehr dagegen sträuben.

Hamburg. Über $\frac{1}{2}$ Millionen für in einer Eingangsstelle des heranrückenden Wertheimfestes und der am 14. November 1912 abgehaltenen Versammlung der Einflieger und Verkaufsagenten eingetragener Firma seien wir uns vertrakt, wiederum die Gelegenheit in Anspruch zu nehmen. Der schwache Bereich der Versammlung hatte wieder bewiesen, daß die Herren Einflieger und Agenten trotz ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage es nicht für nötig erachteten, derartige Zusammenkünfte zu besuchen, und sich lieber erst auf das Sammeln über ihre schlechte Lage der Kundschafft gegenüber zu verlegen. Aber trotzdem wurden von den Anwesenden die Nebelstände, welche bei der Firma existieren, gehörig gebrandmarkt. Es wurde das Bedauern dahingehend geäußert, daß die Mehrzahl der Kassierer und Agenten noch nicht einsehen will, daß auf gütlichem Wege von der Firma nichts zu erreichen ist, was dadurch bewiesen wurde, daß auf alle Besuche, die Firma möge die 12 Mt. wöchentlichen Spesen und 3 pGt. Entlastung auf 15 Mt. wöchentlichen Lohn und 5 pGt. Entlastung erhöhen, nichts erreicht wurde. Ja, nicht einmal die beiden streisamen Leutchen von Vorstandsmitgliedern des Singer-Vereinheims konnten es beverstehen, daß die Firma ihr soziales Verständnis zeige. Wir vermuten allerdings, daß sich die Herren Vorstandsmitglieder von den Herren Depotvorsteher beeinflussen lassen, so daß eine Vorstellung bei der Firma inhibiert wurde, wie es bekanntlich der Brauch ist, wenn einer seine Meinung zu sagen getraut. Da wird dem Betreffenden gleich gesagt: „Da steht wieder der verdammt Transportarbeiterverband dazwischen.“ Um nicht in den Geruch zu kommen, Mitglied des Verbandes zu sein, unterließen sie es jedenfalls; deutbär ist nichts bemerkbar geworden über ihre Tätigkeit.

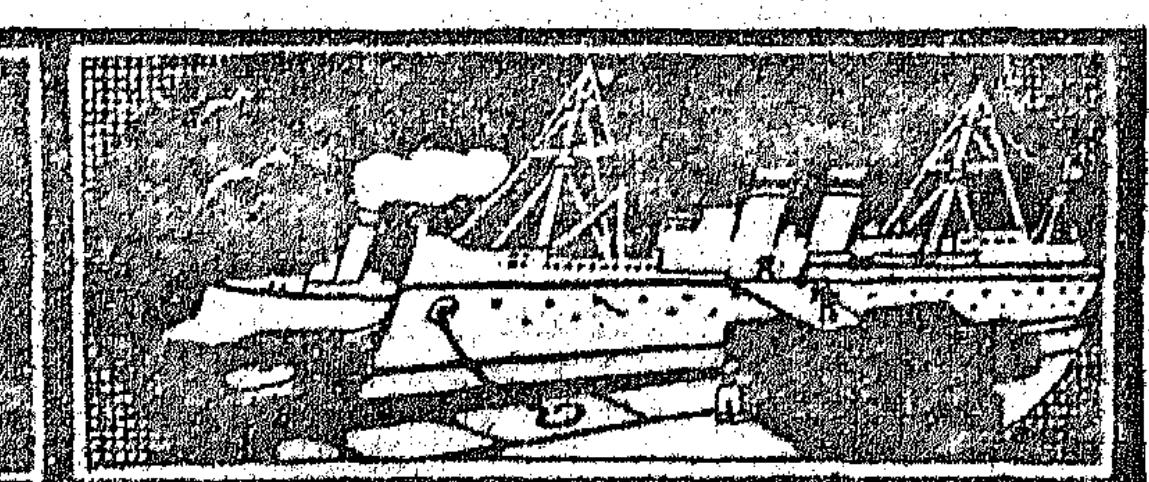
Dass unsere organisierten Kollegen sehr zu leiden haben, beweist, daß die Herren Depotvorsteher unter äußeriger Mithilfe der Unorganisierten allen erdenklichen Schikanen ausgesetzt sind. Gibt es doch Kassierer, welche nur um Geschäfte zu machen, 10 Mt. Vermittlungsgebühren zahlen. Allerdings geht die Firma mit gutem Beispiel voran und zahlt 10 bis 12 Mt. Vermittlungsprovision, trotzdem sie seinerzeit erklärt, an Privatpersonen keine Provision zu zahlen. Ungeachtet dessen verlangt aber die Firma laut Anstellungsvertrag, daß jeder Kassierer oder Agent 52 Maschinen jährlich verlaufen soll. Wir nennen ein solches Arbeitens „unlauterer Wettkampf“. Bedauerlich ist es, daß es noch Kassierer gibt, welche sogar Sonntags, zum Beispiel am 17. November, nachmittags 4½ Uhr, auf der Tour angelassen wurden. Sollte dies auf Anordnung der Firma geschehen, oder ist die Firma davon nicht unterrichtet? Wo bleibt da die gesetzliche Sonntagsruhe?

Den Kassierern rufen wir zu: Warum tut Ihr das? Nur wegen der 3 pGt.? Habt Ihr keine Familie, welche froh wäre, mit dem Vater am Sonntag zusammen zu sein? Schließt Euch daher keinen an, welche ernstlich gewillt sind, bessere Verhältnisse zu schaffen. Also hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband!

An die Arbeiterschaft von Hamburg und Umgebung richten wir die dringende Bitte: Kontrolliert alle, welche bei Euch kommen, auf Ihre Verbandszugehörigkeit! Schließt mit keinem Unorganisierten Geschäft ab. Da die meisten Kassierer und Agenten nur die Frauen zu Hause antreffen, so bitten wir diese dringend, sich endlich mal ein Herz zu fassen und jeden auf seine Organisationszugehörigkeit zu prüfen. Nur so können auch diese Herren eines Besseren belehrt werden. Wir werden nicht versäumen, bei passender Gelegenheit das ganze Ausbeutungssystem dieser Millionenfirma gehörig zu brandmarken. Darum nochmals, Arbeiter und Frauen kontrolliert alle Kassierer und Agenten. Hoch die Solidarität!



Safenarbeiter



Hamburg. Meier & Schülz! Die Schutz- und Verkehrscommission aller in der Schifffahrt beschäftigten Arbeiter hat eine Eingabe an die Deputation für das Wohl und Wohlseyn gerichtet, in der es heißt: „In Ihrer Beantwortung unserer Eingabe vom 14. März d. J., die uns am 4. Juli zuging, teilten Sie uns mit, daß die Einrichtung einer Beleuchtung der Uferstreichen am Bootshafen Frühmühle für das Jahr 1913 vorgesehen ist. Wir gestatten uns, anlässlich eines vorstehst während der dunklen Tage vorgekommenen Unfalls (Fingerquetschung), um zunächst Beschleunigung der Beleuchtungseinrichtung zu bitten, oder, wenn solches zunächst nicht angängig ist, vorsteh provisorisch eine bessere Beleuchtung der Uferstreichen an der Frühmühle veranlassen zu wollen, um erweiterten Unfällen vorzubeugen.“

Daß der hamburgische Staat kein Freund von Licht ist, weiß man auch schon ohnedies, allein die Scheu vor Licht sollte doch zum mindesten der Sorge

um Arbeiterleben Platz machen. Über solche Sorgen drücken den Senat nicht, wie obige Notiz beweist und wie weiter aus dem Bericht eines sachverständigen Mitarbeiters hervorgeht, der im Hamburger „Echo“ klagt: „Eine große Pontonanlage an einer eingeschlossenen Bucht unter dem Frühjahr dem Betrieb übergeben würde, fehlt bis jetzt jede Beleuchtung. Diese Anlage besteht aus fünf hintereinander liegenden Pontons und am Ende befindet sich die Schutzenwachtstation. Jeder einzelne Ponton ist 30 Meter lang, das macht eine Strecke von 150 Meter und das Wachschiff ist etwa 10 Meter lang, so daß die ganze Pontonanlage etwa 160 Meter lang ist. Man denkt sich einmal solche große Anlage auf dem Wasser ohne Licht. Dazu kommt noch eine hohe eiserne Laufbrücke, die nach dieser Pontonanlage führt und eben falls ohne Licht ist. Es darf

nur keiner glauben, daß diese Anlage etwa brach liegt, im Gegenteil, es herrscht hier speziell abends und morgens früh ein recht reger Verkehr, da an diesem Wachschiff recht viele Schiffe, Boote, Lastkähne usw. für die Nacht zur Beobachtung abgegeben werden. Außerdem liegen dort während der Nacht eine ganze Anzahl Schleppdampfer auf, so daß dort oft Hunderte von Fahrzeugen liegen. Und alle diese Fahrzeuge sind mit Führern besetzt, die doch ans Land müssen und die unbeladenen Pontons passieren müssen. Es ist wirklich ein Wunder zu bezeichnen, daß dort noch keine großes Unglücksfälle vorgekommen sind. Als ich diese Anlage in Augenschein nahm, mustete ich die lange Treppe, die zum Ponton führt, hinterher steigen; da es aber dunkel war, mußte ich mit dem Handstock die Stufen vor Stufen führen, um nicht kopfüber die Treppe hinabzustürzen, denn auch diese Stufen ist ohne Beleuchtung.

tung, nur an der Straßenfront steht eine gewöhnliche Straßenlatrine, die jedoch für die Straße, aber nicht für die Brücke bestimmt ist."

Im Jahre 1909 ereigneten sich 44 Todesfälle im Hamburger Hafen, davon 22 durch Ertrinken, im Jahre 1910 verunglückten 45 Personen tödlich, davon 26 durch Ertrinken, und von 48 Todesfällen im Jahre 1910 hatten 32 Ertrinken als Ursache.

Der Senat ist zweifellos bemüht, daß unter den äußeren Ursachen der Todesfälle, Ertrinken die Priorität behält.

Wir glaubten allerdings, der Senat hätte andere Aufgaben.

Hamburg. Die Lohnbewegung der Getreidearbeiter erzielte einen Erfolg. Nach der Aushebung des Streits am 25. September begannen die Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein am 27. September. Ein endgültiges Resultat konnte noch nicht erzielt werden. Die Vertrauensmännerfigur der Getreidearbeiter beschloß deshalb, um eine neue Verhandlung nachzusuchen. Die Verhandlung fand am 14. Oktober statt. Die Kommission des Hafenbetriebsvereins erklärte sich anfangs zur Erhöhung der Lohnsätze für Hilfsarbeiter auf 30 Pf. pro Woche, für geübte Arbeiter auf 5 Pf. und für ungeübte 4,50 Pf. bereit und machte im weiteren Verlauf noch Vorschläge für die Allordnungen mit so wesentlicher Reduzierung, daß an eine Annahme auf Basis dieser Vorschläge nicht zu denken war. Das Gesamtresultat wurde der Versammlung der Getreidearbeiter am Sonnabend, 19. Oktober, unterbreitet und diese beschloß, da das Angebot in keiner Weise befriedigte, dem Hafenbetriebsverein nochmals die folgenden Vorschläge zu unterbreiten:

1. Die jetzige Fassung der Arbeitszeit bedeutet gegen die alte eine Verschlechterung; es wird beantragt, die Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr, vom Kontor aus gerechnet, mit einer halbstündigen Frühstückspause und anderthalbstündigen Mittagspause festzusetzen. Muß der Arbeiter um 6 Uhr in Kuhwärter oder Ulzona sein, erfolgt hierfür 50 Pf. Vergütung.
2. Be treffs des Probentransportes ist ebenfalls eine Verschlechterung vorgesehen.
3. Für Arbeiten während der Mittagspause an Bord müssen die Arbeiter 2 Pf. vergütet.
4. Der Garantie lohn bei Nachtarbeit müßte mindestens 3 Pf., bei Sonn- und Feiertagsarbeiten 6 Pf. betragen.
5. Für die Nachtarbeitsstunden müßten mindestens pro Stunde 1,20 Pf. bezahlt werden.
6. Bei Arbeiten im Speicher muß der Stundenlohn auf 80 Pf. festgesetzt werden.
7. Es werden weiter in den Punkten 7 bis 14 Veränderungen in den verschiedenen Allordnungen beantragt.

Dieser Antrag wurde am 21. Oktober an den Hafenbetriebsverein gestellt, doch war bis zum 4. November keine Antwort erfolgt. Auf die dann gestellte Anfrage erwiderte der Hafenbetriebsverein am 7. November die Antwort, daß sie hiermit den Lohntarif und Vertrag der Normalsicherertriebe zur Unterschaltung einsetze. Weitere Angeständnisse zu machen, seien die beteiligten Firmen nicht in der Lage. Der Lohn für Arbeit im eigenen Speicher ist gestrichen, da diese Bestimmung kein Interesse für die ganze Branche habe und die Regelung den betreffenden Unternehmern selbst überlassen bleiben müsse. Eine Bestimmung über die höchst zulässige Arbeitszeit sei schon in den Verhandlungen beiderseits betont worden, überflüssig, da eine Arbeitszeit von 24 Stunden nicht vorkomme. Eine weitere Zulage während der Vertragszeit sei deshalb abgelehnt, weil die gewährten Aufbesserungen derart sind, daß sie für drei Jahre ausreichen.

Aus dem Vertrag bringen wir auszüglich folgende Hauptfälle: Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis oder des Lohnarifs werden durch die Beschwerdekommission des Hafenbetriebsvereins entschieden. Bei diesen Entscheidungen hat ein Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes das Recht, mit beratender Stimme mitzuwirken.

Der Hafenbetriebsverein wird einen Ausschuss einsetzen, welcher die Aufgabe hat, durch Verhandlungen mit den verschiedenen Betriebszweigen des Hafens, Verkehrsunternehmungen und Staatsbehörden eine Neuregulierung der Arbeitszeit für den Hamburger Hafen in der Richtung vorzubereiten, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit vom 1. Mai 1913 ab neun Stunden nicht überschreitet. Der Deutsche Transportarbeiterverband hat das Recht, in diesen Ausschuss drei Vertreter als Mitglieder zu entsenden. Nach der Einstellung der neuen Arbeitszeit müssen die Getreidearbeiter zu Beginn der allgemeinen täglichen Arbeitszeit pünktlich an Bord sein.

Der Vertrag und Lohnarif haben Gültigkeit vom 18. November 1912 bis 31. Oktober 1915, mit einer Fristigung von drei Monaten. Der Lohnarif besagt, daß der Lohn für Hilfsräger auf 27 Pf. pro Woche, für geübte Arbeiter auf 4,50 Pf., für ungeübte Arbeiter auf 4 Pf. pro Tag festgelegt ist. Die Arbeitszeit ist von 6 bis 6 Uhr, mit einer halbstündigen Frühstückspause und einer anderthalbstündigen Mittagspause. Muß der Arbeiter um 6 Uhr auf Kuhwärter oder Ulzona sein, so wird hierfür 50 Pf. vergütet. Beginnt die Arbeitszeit nach der Mittagspause, wird ein halber Tagelohn bezahlt. Arbeiten von 7 Uhr ab werden mit 70 Pf. später die halbe Stunde mit 30 Pf. vergütet. Bei Arbeiten an Bord werden von 6 Uhr ab Überstunden bezahlt. Am Vorabend des Weihnachtsfestes ist um 4 Uhr Feierabend. Wird die Mittagspause beschränkt, so wird beim Ausladen an Dampfern 2 Pf., im übrigen 50 Pf. pro halbe Stunde vergütet. Der Lohn für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeiten beträgt pro halbe Stunde 50 Pf. und 60 Pf. für die Zeit nach 12 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens. Bezahl wird nur die wirklich gearbeitete

Zeit. Bei Nachtarbeit an Bord von Löschen Dampfern wird eine Stunde extra vergütet, außerdem ein Mindestverdienst von 3 Pf. garantiert. Bei Sonn- und Feiertagsarbeit an Löschen Dampfern wird ein Mindestverdienst von 5 Pf. garantiert.

Zu den besonderen Bestimmungen heißt es: Für sämtliche Arbeiter besteht keine Kündigungsfrist. Die Arbeiter werden kostenlos an die Arbeitsplätze befördert. Jeder Arbeiter erhält seinen Tagelohn sowie sein Allordnungsgeld am Kontor bar ausbezahlt. Die Bezahlungen von Arbeiten, die in dem Lohnarif nicht vorgesehen sind, wird durch besondere Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter von Fall zu Fall geregelt.

Die Getreidearbeiter haben bei dieser Lohnbewegung immerhin gut abgeschnitten. Der Lohn ist von 26 Pf. auf 27 Pf., von 4,25 Pf. auf 4,50 Pf. und von 3,50 Pf. auf 4 Pf. erhöht. Die Mittagspause ist um eine halbe Stunde verlängert. Die in Tagelohn beschäftigten Arbeiter, die nach der Mittagspause in Arbeit treten, erhalten einen halben Tagelohn. Beim Probentransport nach 7 Uhr wird eine halbe Stunde mit 70 Pf. vergütet. Für die beschrankte Mittagspause an Dampfern wird 2 Pf. bezahlt. Nach 12 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens werden 1,20 Pf. pro Stunde und 60 Pf. pro halbe Stunde in Anrechnung gebracht. Bei Nachtarbeit an Dampfern wird eine Stunde extra vergütet, außerdem ein Mindestlohn von 3 Pf. garantiert, bei Sonn- und Feiertagsarbeit ein solcher von 5 Pf. Unter Allordnungen ist der Satz Kleie, Schlempe usw. gestrichen. Auch über das Kraftengeld ist eine Regelung geschaffen. Beim Trimmern an Elevatoren usw. ist der Satz für 2500 kg von 8 Pf. auf 10 Pf. erhöht worden.

Die Versammlung der Getreidearbeiter am Donnerstag, 14. November, bei Wahl entschied sich in schriftlicher Abstimmung mit heiterer Zweidrittel-Mehrheit für die Annahme der Vorschläge. Damit ist die Lohnbewegung der Getreidearbeiter beendet. Den Erfolg, den diese Gruppe erzielte, hat sie der starken gewerkschaftlichen Organisation des Transportarbeiterverbandes zu verdanken.

sprünge einzelner ihrer Mitglieder hasten sollte, wie auch der Einzelne niemals für die Gesamtheit verantwortlich gemacht werden kann. Das kommende Frühjahr stellt die deutsche Arbeiterschaft auf eine harte Probe; mögen unsere Kollegen rechtzeitig auf dem Posten sein, wenn es gilt, ihre Rechte zu verteidigen.

Berlin. Branche der Geschäftslüttcher. Am Sonntag, den 24. November d. J. hatte sich die Gruppe der Brokatschere aus den Bäckerbetrieben Berlins und Umgegend zu einer Versammlung eingefunden, um zu den Lohns- und Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Betrieben Stellung zu nehmen. Einleitend wies der Referent auf die historische Entwicklung der freien Gewerkschaften hin und zeigte an der Hand von Beispielen, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen von jeher ein Privileg der bestehenden Klasse war und mit diesen im Bunde die Kirche stets für willige und billige Lohnslaven Sorge getragen habe. Wenn der große Nazarener heute lebte, würde es ihm nicht besser ergehen wie damals; er würde eben sein Leben als Revolutionär hinter Wertermauern beschließen müssen. Weiter wies der Referent darauf hin, daß die in den über Jahren des vorigen Jahrhunderts von Ferdinand Lassalle gegründeten Arbeitervereine durch das Sozialstaatengesetz vernichtet werden sollten. Dieser Schachzug der Reaktionäre verlief vollständig. Der gesuchte Geist, welcher zum Teil auch durch die Bekämpfung der Arbeiterbewegung in diese hineingetragen wurde, offenbart sich am deutlichsten in den seit jener Zeit besonders erwarteten Gewerkschaften. Und so haben es auch die im Handel, Transport und Verkehr beschäftigten Kollegen und Kolleginnen begreifen gelernt, daß die Befreiung der Arbeiterschaft aus den Fesseln des Kapitalismus nur möglich ist durch eine geschlossene Phalanx. Der bestes Beweis ist erbracht durch die nahezu $\frac{1}{4}$ Million Mitglieder, die in der verhältnismäßig kurzen Zeit von 15 Jahren sich um das Banner des Transportarbeiterverbandes geschart haben. Wiederholte von Weißfall unterbrochen ging der Redner jetzt auf die vielfach eingelaufenen Klagen über obengenannte Mißstände besagter Betriebe näher ein. Als solche bestehen: eine überlange Arbeitszeit, eine dementsprechende zu niedrige Entlohnung, nicht minder gute Behandlung, Borenhaltung des Koalitionsreiches in besonderen Betrieben, sogenannte gelbe Betriebsvereine und zum Schluss, Quertreibereien einzelner unorganisierten Kollegen den Organisierten gegenüber. Besonders übereifrige Kollegen halten es nicht unter ihrer Würde, anstatt zur festgesetzten Zeit, schon um 4 Uhr morgens im Betriebe zu erscheinen. Es tritt hier ein im wahrsten Sinne des Wortes logischer Brotried zutage. In einzelnen Betrieben, wo das Prozentverhältnis besticht, werden die Kollegen zu scharfen Konkurrenten erzogen. Derjenige, welcher die größte Kasse nach Hause bringt, kann sich häufig ein besonderes Lob verdienen, wohingegen Kollegen mit einer schlechteren Tour sich manchen Vorwurf gefallen lassen müssen. Dies veranlaßt viele Kollegen wieder zu besonderen Ausgaben zur Erhaltung der Freundschaft und zum Heranholen von neuen Kunden, wozu die prozentuale Entschädigung manchmal kaum ausreicht. Aus diesem Grunde heraus wünschen viele Kollegen die Abschaffung des Prozentwesens, obgleich einige für die Abschaffung nicht zu haben sind, weil begünstigt durch eine bessere Tour, sie so ihre Einnahmen gefährdet glauben. Bezuglich der Borenhaltung des Koalitionsreiches wird besonders noch auf den Betrieb Hagen, Schönwalderstraße hingewiesen. In der nun folgenden Diskussion wurden die angeführten Mißstände vollaus befähigt. So brachte ein Kollege zur Sprache, daß die Brotausgabe morgens im Betriebe Heinrich Wittler nicht genügend kontrollierbar sei, weil das Laden mit einer derartigen Kasse vor sich gehe, daß ein genaues Zählen unmöglich sei. Als ihm eines Morgens zwei Brote fehlten und er Ertrag verlangte, fand er kein Gehör bei der nächst zuständigen Stelle. Er ließ seinen beladenen Wagen auf dem Hof stehen und versuchte bei Herrn Wittler sein Heil, welcher die Aushändigung der beiden Brote verfügte. Diese Unzufriedenheit sollte dem Kollegen teuer zu stehen kommen. Abends beim Abrechnen wurde er ob dieses Verhaltens vom Brokatschere in ein besonderes Zimmer gerufen. Dort zur Rede gestellt, warum er nur immer was auszusetzen habe, hat dieser unser Kollege erklärt, daß anderen Kollegen auch schon öfter Brote gefehlt haben, daß sie aber nicht den Nutzen bestehen, die ungeregelter Ausgabe und dergleichen Sachen mehr zu kritisieren. Sie werden es gewöhnlich erst abends beim Abrechnen gewahr. Er gebe sich das mit nicht zufrieden und sein gutes Recht sei es morgens schon nachzuzählen, worauf dieser Herr den Versuch machte, gegen den Kollegen täglich zu werben. Unser Kollege hat es vorgezogen, diesen Betrieb zu verlassen. Nachdem noch einige Kollegen die Lohns- und Arbeitsverhältnisse der "Neuen Berliner" und der "Berliner Gewerkschaftsbäckerei" als vorbildliche bezeichnet, wobei noch besonders zu beachten sei, daß in diesen Betrieben das Prozentwesen überhaupt nicht besteht, kommen sämtliche Anwesende zu der Überzeugung, daß dies ganz gut abzuschaffen geht. Allerdings wird dann bezüglich der Ware mehr Sorgfalt auf diese verwendet werden, um die Kundenschaft zu erhalten. Alsdann wurde die Organisation beauftragt, ihr Augenmerk auf diejenigen Firmen zu richten, welche sich nicht an die Sonntagsruhe lehnen. Gern häufig kann man Sonntags beobachten, daß viele Kollegen nach Kundenschaft fahren, womit es allein aber nicht abgetan ist, da dann ja auch noch Wagen und Geschirre gereinigt werden müssen, welches vielen Kollegen Anlaß zu leichten Klagen gibt. Gerügt wird ferner noch das unkollegiale Verhältnis einzelner Kollegen, welchem der Unternehmer meistenteils immer als lachender Dritte gegenübersteht. Nachdem noch ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, in Zukunft öfter derartige Versammlungen

Augsburg. Daß die Unternehmer verschiedene Verbesserungen und Erleichterungen für ihre Arbeiter durchführen können, ohne ihr eigene Existenz zu gefährden, beweist folgendes Beispiel: Bei einer eifigen Speditionsfirma gerieten infolge eines geringfügigen Wettbewerbs einige Kollegen in Streit, welcher leider zu Fälligkeiten ausartete und einen Betriebsstillstand von acht Tagen erwerbsbeschränkt machte. Diese Gelegenheit war niemandem willkommen als dem Arbeitgeber, welcher sofort versuchte, diesen Strom auf seine Mühle zu leiten. Zuerst wurden die an dem Streite Beteiligten veranlaßt, aus dem Verbande auszutreten, und um zu beweisen, daß es ohne Organisation für die Arbeiter auch Verbesserungen gibt, soll zunächst ein Futtermeister angestellt werden, damit die Fuhrleute nicht mehr so früh aufzustehen brauchen wie bisher. Weiter soll auch die Sonntagsruhe nach Möglichkeit ausgedehnt werden. Neben diesen Vergünstigungen wurde im Frühjahr, also bei Ablauf des Tarifes, eine Lohnzulage in Aussicht gestellt. Rauter Ding, die unsere Kollegen sehr gut gebrauchen können, — vorausgesetzt, daß sie auch erfüllt werden, und nicht nur für einige, sondern für alle Arbeiter zur Anwendung gelangen. — Ha, in der Tat steht der Teufel fliegen! Der Arbeitgeber zahlt, weil er weiß, daß er diese Mehrausgabe später mit Zins und Zinseszins wieder zurück erhält. Hätten wir beim Tarifabschluß solche Bedingungen gestellt, dann wäre natürlich das ganze Geschäft in Franzen gegangen, und wir hätten nichts eiligeres zu tun gehabt, als für den Herrn Arbeitgeber nach einem Posten auszuschauen, damit er wenigstens vor dem Hungertode geschützt gewesen wäre! — Doch die Sorgfalt, welche jetzt in diesem Betriebe für unsere Berufskollegen aufgewandt wird, gilt es eigentlich nicht ihnen, sondern dem Gelde zu teilen, der auf diese Weise und zwar ganz bedeutend, geachtet werden soll! Es kam leicht eine Lohnzulage von ein paar Mark in der Woche gegeben werden, wenn jeden Abend ein paar Stunden mehr gefahren werden, ohne daß es eine Nebenkosten entsteht. Rechnet man nun pro Tag eine Stunde zu 50 Pf. mehr, ergibt dieses wöchentlich 3 Pf., also schon 1 Pf. mehr, als die ganze Lohnzulage ausmacht. Unsere Kollegen haben aber gar keine Ursache, ihre Arbeitszeit noch mehr verlängern zu lassen. Selbst wenn morgens etwas später angefangen werden sollte, reicht die jetzige Arbeitszeit vollkommen aus. Unsere Kollegen haben also gar keinen Grund, wegen kleinlicher persönlicher Zwischenfälle ihren Soldarbeitszeit abziehen zu wollen, um in absehbarer Zeit in den nämlichen Summi zurückzufahren, aus dem sie durch lange und mühevolle Auflärungsarbeit herausgeholt werden müssen. Wir haben gerade jetzt alle Veranlassung, jeden Haber beiseite zu legen und einsichtig zusammenzutreffen, damit die so schwer errungenen Positionen nicht wieder zum Teufel geht und das uns noch Fehlende wenigstens nach und nach geholt werden kann. Wenn sich die Kollegen ihre Freunde ringsum etwas näher ansehen, dann müssen sie zu der Überzeugung kommen, daß sich die von Staat und Kommune und nicht zuletzt vom Kapitalismus ausgebeuteten Arbeitssklaven keine derartigen Extratänze erlauben können, wenn sie ihre wirtschaftliche Lage nicht verschlechtern wollen. Ganz verkehrt aber wäre der Standpunkt, daß die Organisation für eventuelle Fehler und Seiten-

fehler weniger nach und nach geholt werden kann. Wenn sich die Kollegen ihre Freunde ringsum etwas näher ansehen, dann müssen sie zu der Überzeugung kommen, daß sich die von Staat und Kommune und nicht zuletzt vom Kapitalismus ausgebeuteten Arbeitssklaven keine derartigen Extratänze erlauben können, wenn sie ihre wirtschaftliche Lage nicht verschlechtern wollen. Ganz verkehrt aber wäre der Standpunkt, daß die Organisation für eventuelle Fehler und Seiten-



Transportarbeiter

Transportarbeiterverband

lungen abzuhalten, angenommen wurde und unter anderem noch besonders bewont wurde in Zukunft mehr zusammenzuhalten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Am Sonntag, den 10. November, fand eine gut besuchte Versammlung der Mollnuscher und Bodenarbeiter statt. Ein Kollege erstattete Bericht über die örtliche Generalversammlung vom 3. Quartal, welcher von den Anwesenden ohne Diskussion entgegen genommen wurde. Dann wies Kollege Püschel auf die bevorstehende Geworbegierde Wahl und ihre Bedeutung hin. Weiter wurde vom Kollegen P. hingewiesen, daß die Geschäftsdienner und Bäcker-Vereinigung aus der Niederkirchstraße ihren Mitgliedern ein Flugblatt zugestellt habe, in dem dieselben ersucht werden, nur für die Liste 2 der Wiesenthaler Abstimmung zu stimmen. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich im Sinne des Referenten aus und verpflichteten sich dafür zu sorgen, daß alle ihr Wahlrecht ausüben. Unter Verschiedenes wurde noch auf die Arbeitsniederlegung bei der Firma A. Kinkel hingewiesen, welche ohne Zustimmung der Verbandsleitung erfolgte und für die Torenden erfolglos verlief. Redner machte darauf aufmerksam, daß sich die Kollegen Moltschanscher und Bodenarbeiter mehr an die tariflichen Bestimmungen halten müssen, damit in Zukunft derartige unliebsame Vor kommisse vermieden werden. In der Diskussion wurde lebhaft klage darüber geführt, daß in vielen Betrieben Entlassungen durch die Herren Inspektoren oder Bodenmeister vorgenommen werden, ohne daß hiervom die Geschäftsleitung oder der Chef vorher etwas erfährt. Damit in Zukunft auch vonseiten der Herren Spediteure mehr Rücksicht bei Entlassungen geübt wird, ist der Wunsch vonseiten der Anwesenden ausgeprochen worden. Streitigkeiten, welche zur Entlassung führen, sollen von den Herren Arbeitgebern untersucht und dann das weitere veranlaßt werden. Nachdem noch einige Punkte aus dem Arbeitsverhältnis einiger Betriebe angeführt und besprochen wurden, trat Schluß der Versammlung ein.

Hitzschlag auf der Landstraße als Betriebsunfall. (Bericht des stgl. Sach. Landesversicherungsamtes vom 28. September 1912.) Betriebsunfälle können sich auch fern vom gewöhnlichen Betriebe ereignen. Hierzu hat das Sachische Landesversicherungsamt eine grundlegende Entscheidung gefällt, die in weiten Kreisen Beachtung finden muß. Der Arbeiter H. war bei der Firma N. in Arbeit, die unter anderem eine Papier- und Zellulosefabrik, sowie ein Sägewerk und eine Weberei betreibt. Er wurde bis Ende April 1911 in dem Sägewerk der Firma mit dem Tragen von Brettern von der Schneide mühle nach den Holzplätzen beschäftigt, aber hin und wieder auch als Gesäßträger verwendet. Am Todes-tage hatte er vormittags eine Fuhre Holz von dem in W. gelagerten Sägewerk nach der in den N. anliegenden Zellulosefabrik der Firma zu bringen und nach deren Abladen mit einem anderen Arbeiter hatte er Plastersteine von einem Lagerplatz in der Nähe des Schürenhauses Sch. nach der Zellulosefabrik zu fahren. H. brachte zum Zwecke des Transports der Steine zunächst zwei leere Wagen nach dem Lagerplatz, half dem mit dem Ausladen der Steine beauftragten Arbeiter W. bei der Beladung des ersten Wagens, fuhr diesen nach der Fabrik und lehnte dann mit den Wieden nach Sch. zurück, um den zweiten Wagen zu holen kurz vor dem dortigen Schürenhaus brach er nachmittags gegen 4 Uhr faulend zusammen. Der hinzugezogene Arzt fand ihn bewußtlos, daß Gesicht rot gesärbt, die Herz-tätigkeit und Atmung beschleunigt. Er ordnete die Überführung nach dem Krankenhaus an, wo H. ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, abends verstarb. Der Tod ist durch Hitzschlag einzurechnen. Die Sachische Holz-Betriebsgenossenschaft lehnte den Anspruch der Witwe ab. Dieser ablehnende Bescheid wurde vom Schiedsgericht bestätigt. Dagegen erklärte das Landesversicherungsamt: Auf Grund der übereinstimmenden Gutachten der vernommenen Ärzte ist als beweisen anzusehen, daß H. einem Hitzschlag erlegen ist. Wenn es sich bei einem solchen auch nicht um eine plötzliche Einwirkung der ihn verursachenden Umstände handelt, so ist doch immerhin die zeitliche Ausdehnung des Einflusses der schädlichen Momente keine solche, daß nicht mehr von einem Unfalle gesprochen werden könnte. Nach Lage des Falles kann es aber auch einem begründeten Zweifel nicht unterliegen daß der Unfall ein Betriebsunfall ist. In der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes sind Hitzschläge dann als Betriebsunfälle betrachtet worden, wenn die Art oder der Ort des Betriebes wesentlich dazu beigetragen haben, die natürliche große Hitze und deren Einwirkung auf den Körper noch zu steigern. Waren also die Umstände unter denen sich die Betriebsaktivität des vom Sonnenlicht Betroffenen vollzog, so, daß sie den nachteiligen Einfluß der Hitze erheblich steigerten, so ist der Hitzschlag als durch den Betrieb mit verursacht anzusehen. Diese Voraussetzung ist im vorliegenden Falle erfüllt. Denn durch den Aufenthalt im Kreis am Sierbataue war H. der Hitze besonders ausgesetzt. Seine Verirrungen nötigten ihn, in den ersten heißen Nachmittagsstunden die zum großen Teile sehr sonnige Straße von N. nach Sch. zurückzulegen. Da nichts dafür vorliegt, daß der Verstorben am Unfalltag frisch war — das von ihm gegen Mittag empfundene Unwohlsein war nach der Annahme des ärztlichen Sachverständigen schon eine Folge der Hitzeinwirkung — so ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es die durch die Beschäftigung im freien und insbesondere durch den Aufenthalt auf der heißen Landstraße hervorgerufenen Überanstrengung war, die den verdeckten Einfluß der Hitze beförderte. Der Anspruch der Witwe wurde daher für gerechtfertigt erklärt.

Elbersfeld-Warmen. Erfolgreiche Lohnbewegung der Fuhrleute, Abfader und Arbeiter in den Kohlenhandlungen Warmens. Die Fuhrleute, Abfader und Arbeiter der Firmen: H. Isert, M. Kaufmann, Koch u. Hüb und Al. Thienhaus beschlossen Ende Oktober in eine Lohnbewegung einzutreten. Mit Genehmigung kann berichtet werden, daß diese Lohnbewegung bei allen vier Firmen ohne Arbeitseinstellung erfolgreich für die Arbeiter beendet ist. Mit der Firma M. Kaufmann wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Wochenlohn für Fuhrleute, Abfader und Arbeiter wurde auf 30.— Mk. festgelegt. Für Kutschfahrer werden pro Tag 4,50 Mk. bezahlt. Nebenlöhne werden mit 60 Ps. für die Stunde und den Sonntagsdienst mit 1.— Mk. vergütet. Außerdem werden von der Firma 3 bis 6 Tage Ferien gewährt. Die Firma Koch und Hüb bewilligte allen Arbeitern, Abfader und Fuhrleuten eine Lohnzulage von 1,25 Mk. pro Woche. Der Wochenlohn bei dieser Firma beträgt jetzt 27,50 Mk. ohne Abzug für Kranken- und Invalidenversicherung. Außerdem erhalten sämtliche Arbeiter die Kohlen frei. Von der Firma H. Isert wurde eine Lohnzulage von 1,50 Mk. pro Woche bewilligt. Bei dieser Firma beträgt der Wochenlohn 27,— Mk. Die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung werden nicht in Abzug gebracht. Die Kohlen erhalten die Arbeiter gleichfalls frei. Die Firma Al. Thienhaus möchte sich bequemen, 2.— Mk. pro Woche am Lohn zuzuladen. Bei dieser Firma ist der Lohn zur Zeit am niedrigsten. Er beträgt leider nur 26,— Mk. pro Woche ohne Abzug der Kranken- und Invalidenversicherungsbeträge. Auch bei dieser Firma erhalten die Arbeiter die Kohlen frei. Es ist nur zu bedauern, daß das Organisationsverhältnis in den anderen Kohlenhandlungen nicht derartig ist, um mit Aussicht auf Erfolg an eine Verbesserung der Lohn- und Ar-

beiten aber im Wiederholungssalle rücksichtslos vor gehen.

Stuttgart. Durch die bürgerliche Presse ging in den letzten Tagen folgende Notiz:

Bestrafte Fahrhaftigkeit. In der Immenhofstrasse ließ gestern vormittag ein Milchfischer sein mit einem Pferd bespanntes Fuhrwerk ohne Aufsicht stehen. Das Pferd lief davon, kam Edel-Hangelsbach- und Henriettenstrasse zu Fall und verletzte sich am Kopf ziemlich stark. Der Wagen wurde zur Seite geschleudert und zertrümmerte das Schaufenster des Verkaufsstalls einer Bäckerei. Der Schaden ist beträchtlich. Personen wurden nicht verletzt.

Diese Mitteilung muß natürlich in der breitesten Deffentlichkeit den Eindruck erwecken, als ob dieser Milchfischer aus reinem Nutzen seinen Arbeitgeber zu Schaden gebracht habe. Der Schreiber dieser Notiz in die bürgerliche Presse hat von den tatsächlichen Verhältnissen keine Ahnung, denn sonst müßte er wissen, daß der Milchfischer die Pflicht hat, den Kunden die Milch ins Haus zu bringen und während dieser Zeit das Pferd allein stehen lassen muß. Misshandelt mitzudenkt hält weder diese Firma, bei der der Unfall passiert ist, noch irgend eine andere in Stuttgart für notwendig. Passiert dann etwas, dann ist natürlich der Bäckermann der allein Schuldige und die ganze bürgerliche Presse fällt über ihn als einen gewissenlosen und leichtsinnigen Menschen her. Aber trotzdem gibt es leider immer noch viele Kollegen, die Abonnenten der Blätter vom Schlag des "Neuen Tagblatt" und der "Würtemberger Zeitung" sind. — Als Dank dafür erhalten sind dann bei jeder Gelegenheit von diesen Blättern reichlich ausgeteilte Exemplare.

Oeffentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Arnswalde. Am Sonntag, den 17. November, tagte eine sehr gut besuchte Transportarbeiterversammlung. In recht eingehender und fessender Weise schilderte der Gauleiter die Gründung und Bedeutung der Organisation; in Hand von reichhaltigem Material wies Medner nach, daß auch der ungeliebte Arbeiter wohl in der Lage ist, mit Hilfe einer selbstgegründeten Organisation seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Medner schilderte hieraus die miserable Lage der Berufstrotzlegern in Arnswalde, wonach es hier noch junge, kraftige Arbeiter gibt, die mit einem Tagelohn von 2 bis 2,50 Mk. nach Hause gehen müssen. Wenn auch einige Speditionsbetriebe vorhanden sind, die ihren Leuten einen Wochentag von 18 Mk. geben, so haben diese Arbeiter aber auch eine Arbeitzeit von durchschnittlich 15 Stunden pro Tag. Medner schloß seinen interessanten Vortrag damit, daß wenn es besser werden soll, dies nur mit Hilfe der Organisation geschehen kann. Die Diskussion ergab ein trostloses Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse der Transportarbeiter von Arnswalde und erklärten die Medner, nicht erlaubt zu wollen und die Zahlstelle des Verbandes so auszubauen, daß recht bald dieser mit den Herren Unternehmen ein ernstes Wort reden kann. Nachdem noch ein Vertreter zum Geschäftsführer gewählt und ein Kollege als Kassierer nominiert wurde, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Hamburg. **Hausdienner vor der Lürr.** Versammlung am 13. November. Es wurde beschlossen, die Neuwahl des ersten Branchenleiters zu verlängern, da im Januar nächsten Jahres mit der Neuwahl der gesamten Leitung zu rechnen ist. Die Führung der Geschäfte versieht bis dahin der zweite Branchenleiter. Kollege G. führte sodann den Anwesenden vor Augen, warum unser Nachwuchs nicht immer so funktionieren könne wie er solle. Zum Teil liegt dies an der Lauheit und Gleichgültigkeit unserer Kollegen, zum Teil aber auch an der Massivität unserer "teilweise" Arbeitgeber, der "Herren" Wirt. Es gibt Wirt in Hamburg, die bei jeder Gelegenheit erst daran erinnert werden müssen, daß ein Tarifverhältnis nicht nur für uns, sondern auch für sie besteht. Diese Herren genieren sich nicht, unorganisierte Haushälter vor die Tür zu stellen, und behaupten hinterher, daß in unserem Nachwuchs brauchbare Kräfte nicht zu bekommen seien. Erst kürzlich wurde einem dieser Herren nachgewiesen, daß er, so lange er eine Wirtschaft betreibt, noch nie einen Kollegen vom Nachwuchs erhalten hat. Für unsere Branchenleiter war dieses Herr als früherer Berufskollege nicht zu sprechen. Es wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben, als wie dies in früheren Jahren geschah, die tarifbrüderlichen Wirt im "Hamburger Echo" bekannt zu geben. Die Kollegen Th. und B. sprechen im ergänzenden Sinne. Es wurde beschlossen, eine Kommission von 3 Mitgliedern zu beauftragen, bei der Ortsverwaltung eine Verbesserung unserer Arbeitsvermittlung anzubahnen, um Maßnahmen zu treffen, endlich die Durchführung unseres Tarifes zu erzwingen. Gewählt wurden die Kollegen B., Th. und G. Den Bericht über die stattgefundenen 3 Obmännerwahlen gibt der Kollege G. Es ist bezeichnend, daß sich fast jede Sitzung mit Differenzen aus unserem Tarifvertrag aufhalten mußte. Die meisten Differenzen konnten durch das Eingreifen der Obmänner und Branchenleitung erledigt werden. Es wurde dann vorgeschlagen, eine neue Schlichtungskommission zu wählen und die Ortsverwaltung zu beauftragen, demnächst eine Verhandlung herzuführen. Diesen Antrag fand Annahme. Gewählt wurden die Kollegen Th., G. und B. Nachdem noch einige neue Differenzen gemeldet waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg III. Generalsammlung am 6. November. Als Berichterstatter der Kommission zur Regelung der Beitrags- und Unterstützungsverhältnisse erhält Schweble das Wort: Die Kommission empfiehlt,

Was ist Krieg?

Einige hundertausend Mann stark sich versammeln, Tag und Nacht marschieren, ohne Ruh, ohne zu denken, ohne zu lernen und ohne zu lesen, keinem Menschen zu etwas nützlich sein, im Schmutz verfaulen, im Schlamm liegen wie ein Vieh, unangesezt stumpfsinnig dahinleben, Städte plündern, Dörfer anzünden, Männer ruinierten, beim Zusammentreffen mit einem anderen gleichen Haufen menschlichen Fleisches sich auf ihn stürzen, das Blut in Strömen vergießen, die tote blutgetränkte Erde mit zerfetzten und durcheinander geworfenen Menschenleibern bedecken und Dinge von Leuten aufzuhäufen, deren Hände und Beine weggerissen und deren Gehirne verprüht, ohne Nutzen für jemand; krepiieren in einer Ecke des Feldes, während eure Eltern, Frauen und Kinder vor jünger dahineinkommen: das ist der Krieg!

Dort: In ein Land eindringen, den Mann, der sein Haus verfeindigt, erwürgen, die Wohnhäuser der Armen und Elenden, die kein Brod mehr haben, in Brand setzen, die Einrichtungsgegenstände zerbrechen, die kleineren Gegenstände stehlen, den Wein in den Kellern tragen, den Rest auszrinnen lassen, die Frauen und Mädchen, denen man in den Straßen begegnet, vergewaltigen, Millionenwerte vernichten, hinter sich unsägliches Elend und die Cholera zurücklassend: das ist Krieg!

Guy de Staupassant. Einige tausend Werte Unsitte. Durch Zufall erhalten wir Kenntnis, daß es in einem größeren Kohlengeschäft in der oberen Wolfsstraße üblich war, von neu ins Geschäft eintretenden Kollegen einen sogenannten "Einstandschoppen" zu verlangen. Diese Unsitte stiegerte sich bis zur Unverträglichkeit, denn aus dem einen Schoppen wurden in der Regel sehr viele, und wer sich weigerte, wurde eben hochgenommen. Ein solches Verhalten ist verwerflich und muß unter allen Umständen auf das schärfste missbilligt werden. Man vergegenwärtige sich doch folgendes: Jeder neu ins Geschäft eintretende muß mit dem für die heutigen teuren Zeiten niedrigen Anfangslohn rechnen. In den ältesten Häusern hatte er vorher eine längere oder kürzere Arbeitslosigkeit durchzumachen. Dauerte die kürzere auch nur wenige Tage, so verspürte er den Lohnausfall auf das empfindlichste; nur notgedrungen wird er dem Bezahlen eines Einstandschoppens stattgeben. Jeder Pfennig, der ihm so abgeknöpft wird, muß sich in der folgenden Woche am Munde abdrücken. Ein solches Vorgehen ist eines organisierten Arbeiters unwürdig. Wir fordern deshalb jeden Kollegen auf, für solche Zwecke keinen Pfennig herzugeben, uns aber in jedem einzelnen Fall, wo solches verlangt wird, sofort Mitteilung zu machen, damit wir einem solchen Unfall energetisch auf den Letz richten können. Wir wollen diesmal von der Kenntnis des Geschäfts und der Namen der Betreffenden nochmals Abstand nehmen,

Stuttgart. Eine tadelnswerte Unsitte. Durch Zufall erhalten wir Kenntnis, daß es in einem größeren Kohlengeschäft in der oberen Wolfsstraße üblich war, von neu ins Geschäft eintretenden Kollegen einen sogenannten "Einstandschoppen" zu verlangen. Diese Unsitte stiegerte sich bis zur Unverträglichkeit, denn aus dem einen Schoppen wurden in der Regel sehr viele, und wer sich weigerte, wurde eben hochgenommen. Ein solches Verhalten ist verwerflich und muß unter allen Umständen auf das schärfste missbilligt werden. Man vergegenwärtige sich doch folgendes: Jeder neu ins Geschäft eintretende muß mit dem für die heutigen teuren Zeiten niedrigen Anfangslohn rechnen. In den ältesten Häusern hatte er vorher eine längere oder kürzere Arbeitslosigkeit durchzumachen. Dauerte die kürzere auch nur wenige Tage, so verspürte er den Lohnausfall auf das empfindlichste; nur notgedrungen wird er dem Bezahlen eines Einstandschoppens stattgeben. Jeder Pfennig, der ihm so abgeknöpft wird, muß sich in der folgenden Woche am Munde abdrücken. Ein solches Vorgehen ist eines organisierten Arbeiters unwürdig. Wir fordern deshalb jeden Kollegen auf, für solche Zwecke keinen Pfennig herzugeben, uns aber in jedem einzelnen Fall, wo solches verlangt wird, sofort Mitteilung zu machen, damit wir einem solchen Unfall energetisch auf den Letz richten können. Wir wollen diesmal von der Kenntnis des Geschäfts und der Namen der Betreffenden nochmals Abstand nehmen,



den 50 Pf.-Beitrag auf 60 Pf. zu erhöhen. Dies ist der nächste Schritt, den wir machen müssen, um eine Gleichmäßigkeit in unserem Beitrag herbeizuführen. In der Verwaltung I ist dieser Beitrag schon seit 1. Juli 1910 maßgebend. Es wurde zu Differenzen beim Zusammensetzen von Berufskollegen beider Verwaltungsstellen führen, würden wir den niedrigeren Satz noch länger bestehen lassen. Für die Mehrleistung von 10 Pf. soll die betreffende Kollegengruppe, die sich aus früheren Vereinsmitgliedern, die freiwillig zu diesem damaligen Verbandsbeitrag übergetreten sind, und den vom 1. Mai 1909 bis Ende 1910 neu eingetretenen Kollegen zusammensetzt, Anspruch auf die höheren Unterstützungsstufen des Verbandsstatuts erhalten. Das Verbandsstatut soll für alle Kollegen, die den 60 Pf.-Beitrag zahlen, bezüglich der Erwerbslosenunterstützung gleichmäßig in Geltung kommen mit der Ausnahme, daß den früheren Vereinsmitgliedern bei Krankheit die Karenzwoche erlassen bleibt, die Unterstützung für diese Woche soll aus Ortsmitteln gezahlt werden. Besonders ins Gewicht fällt die günstigeren Bestimmungen des Verbandsstatuts, daß die Wiederbeziehsberechtigung bereits Ausgesteuert nach 60 Wochen vom ersten Erhebungstage an gerechnet eintritt, während unser bisheriges Ortsreglement die Wartezeit vom letzten Erhebungstage an berechnete. Bezuglich der Unterstützung bei Todesfällen bei Mitgliedern treten ebenfalls die Sätze des Verbandsstatuts in Kraft. Bei Todesfällen von Frauen und Kindern von Mitgliedern zahlt die Ortskasse einen Zuschuß resp. den ganzen Beitrag nach den in Verwaltung I geltenden Sätzen. Frühere Vereinsmitglieder haben hier Anspruch auf die bisherigen höheren Sätze unseres Ortsreglements, auch bezüglich ihrer Frauen und Kinder. Alles in allem erwacht den Betreffenden aus der geringfügigen Erhöhung ein bedeutender Vorteil, und schließlich räumen wir mit der Zerrissenheit in unserem Unterstützungsweisen dadurch nur vorteilhaft auf. Für die früheren Vereinsmitglieder, die heute noch 40 Pf. zahlen, welchen Satz wir keineswegs vor 1. Juli n. J. befehligen können, bleibt das bisherige Ortsreglement in Kraft. Diese beziehen weder Arbeitslosenunterstützung, noch nehmen sie teil an den oben geschilderten günstigeren Bestimmungen bezüglich der Wartezeit nach der Aussteuerung u. v. In der Diskussion sprachen Buchholz und Ebgen gegen diesen Kommissionsantrag. Ersterer steht darin eine Überprüfung und Schlachterstellung der bisherigen 50 Pf.-Zahler, auch bezüglich der Kinderförderunterstützung, und stellt die Kompetenzfrage; letzterer befürwortet Ablehnung, weil eine völlige Gleichstellung der Mitglieder hinsichtlich der Beiträge und Unterstützungen damit noch nicht erzielt wird; er will das Zweiklassensystem aufgehoben wissen. Michaelsen widerlegt eingehend diese Bedenken. So wenig von einer Verbesserung gesprochen werden kann, ebenso wenig liegt die Absicht einer Überprüfung vor. Mr. beleuchtet nochmals die verschiedenen Vorteile. Nur die sogenannten Kassenarbeiter haben hier einen Schaden, wenn überhaupt von einem solchen gesprochen werden kann, indem sie nicht mehr, wie unser Reglement dies zuläßt, beide Arten der Erwerbslosenunterstützung gleich hintereinander beziehen können, um dann nach eventueller kurzer Zeit bei der einen wieder zu beginnen. Die Reservatrechte der 40 Pf.-Zahler können wir heute noch nicht antasten. Viele von diesen werden uns von selbst kommen, schon der höheren Unterstützungen wegen. Im weiteren Verlauf der Debatte, an der sich die Kollegen Lorenzen, Becker, Niebuhr, Pieper, Dahrendorf, Pieper, Richter, Kollau, Schmidt und Michaelsen beteiligen, tritt man ausnahmslos für die Kommissionsanträge ein. Es kommt zum Ausdruck, daß man mit der Neuerung sich dem Verbandsstatut anpasse, was unbedingt nötig sei. Die 10 Pf., die mehr gezahlt werden sollen, verbleiben dem Ortskonto und gehen in den von diesem zu leistenden Zuschlägen zu den verschiedenen Unterstützungen voll auf. Zur Erwidерung einer bezüglichen Bemerkung Buchholz, stellte Michaelsen fest, daß wir wohl Ansprüche erheben können, eine Kampforganisation zu sein, wenn auch nicht lediglich solche, denn wir waren und sind an mannschaftlichen Lohnbewegungen beteiligt, größtenteils mit Erfolg, haben Tarifverträge abschließen können usw.; anderseits sind wir bemüht, durch unseren Arbeitsnachweis regelnd auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuwirken. Mr. erklärt noch das Entstehen der Verschiedenartigkeit unserer bisherigen Beiträge, die nur darin wurzelt, daß ganze Gruppen unseres früheren Volksvereins den Fortschritt des Verbandes nicht mitgemacht haben, daß sie dazu auch nicht gezwungen werden konnten. In seinem Schlusssatz tritt Schwebke nochmals für die Annahme der Anträge ein. Die Abstimmung erfolgt für beide Anträge, Erhöhung des 50 Pf.-Beitrags und Neuordnung des Unterstützungsweises, per Stimmzettel, welche am Saaleingang den betreffenden Mitgliedern (50 und 60 Pf.-Zahler) eingehändigt sind. Die 40 Pf.-Zahler stimmen nicht mit. Die Annahme der Anträge erfolgt mit 67 gegen 10 Stimmen bei 2 ungültigen Zetteln. Nach einem weiteren Beschluss treten die Änderungen mit dem 1. Januar 1913 in Kraft. Niebuhr erstattet hierauf einen Bericht von der letzten Kartellsitzung. Schnoor wird als Bezirksschaffner bestätigt.

Hirschberg. Mitgliederversammlung vom 16. November. Im Kartellsbericht ist hervorgehoben: Es

werden an alle Kollegen Fragekarten ausgegeben, betreffs der Volksversicherung "Volksfürsorge." Diese Karten möchten die Kollegen genau ausfüllen. Ferner sollen die Petroleum- und Milchflaschen angehalten werden zur Organisation. Da diese Kollegen einen guten Verdienst haben, halten sie es nicht für nötig, sich uns anzuschließen. Darum Kollegen, liegt es an euch, die Frauen aufzuläutern, daß sie jenen nichts mehr abkaufen. Der Pelikan in Eichberg und die Schweizer in Schwarzbach werden weiter boykottiert. Dann wurde nochmals die Beitragserhöhung zur Sprache gebracht. Es wurde einstimmig beschlossen, vom 1. Januar werden 45 Pf. Wochenbeitrag und 5 Pf. Lokalgeld, zusammen 50 Pf. gezahlt. Auf Ersuchen einiger Kollegen werden wir die nächste Versammlung, wenn irgend möglich, bei Krautwald, Volkenhainerstraße, abhalten. Es wurde den Kollegen wieder nahe gelegt, dem Konsumverein beizutreten. Die 30 Pf. Geschäftsanteil sind ja nicht gleich zu bezahlen, sondern werden in wöchentlichen Raten von 30 Pf. eingetragen. Wenn 30 Pf. voll sind, werden sie mit 4 Pf. verzinst. Welche Freunde für die Frau, wenn im Weihnachtsmonat die Dividende ausgezahlt wird, gerade in der Zeit, wo man das Geld am nötigsten braucht. Darum Kollegen, hinein in den Konsumverein und abonnieren alle die "Vergnügen", welche eure Interessen vertritt. Der Versammlungsbefund muß ein besserer werden.

Oranienburg. Nach Eröffnung der Versammlung gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht, im Anschluß daran der Kassierer den Kassenbericht und Kollege O. den Kartellsbericht. Nun wurde Kollege G. als Schriftführer und Kollege F. als Hilfsklassierer sowie Kartelldelegierter gewählt. Der Vorsitzende ging dann auf die Sache Krause näher ein, welcher aus dem Fabrik-

Suhl. Sonntag, den 27. Oktober fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Gauleiters. Es folgte der Kassenbericht vom 3. Quartal 1912. Darauf knüpfte sich eine rege Debatte, weil wir 10 Mann unserer Mitgliedschaft verloren haben. Drei sind abgereist, einer übergetreten und sechs wegen Reisebeiträgen gestrichen. Es wurde beschlossen, daß die Mahnung nicht bei 8, sondern schon bei 3 Wochen Widerstand geschehen soll. Zum Kartellsbericht ergreift Genosse Gering das Wort und kritisiert das Gebaren des Kartellsvorstandes, der bei der letzten Vorstandswahl zur Ortsraulenklasse den Kollegen Goering von der Liste gestrichen und dafür seinen Namen eingesetzt hat. Er fordert die Kollegen auf, bei der Wahl der Wahlmänner mehr Einfluß gewinnen zu suchen. Hierauf verteilte der Vorsitzende die Broschüre: "Sozialpolitische Aufgaben und Forderungen" und legt den Kollegen aus Herz, dieselbe zu lesen und danach zu handeln, dann würde sich auch der Mitgliedsstand vergrößern. Ein Antrag auf Abschaltung eines Vergnügens wurde abgelehnt, weil viele ernste Sachen vorlagen, die Geld kosten. Dagegen wurde einstimmig beschlossen, einen wöchentlichen Extrakredit von 10 Pf. zu erheben. Es wurde noch ein Antrag angenommen, daß künftig nach jeder Versammlung ein gemütliches Beisammensein stattfinden soll. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Mitglieder zur regen Agitation und zur Beteiligung an Ortsfrankenkassen- und Stadtverordnetenwahlen auf.

Briefkasten.

L. Darmstadt. Manuskript bitten wir, nur auf einer Seite zu beschreiben, sonst wandert das Ding ein andermal in den Papierkorb. **D. N.**

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Aufgekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Berlin: Karl Gnadt, Hpt.-Nr. 66 538, eingetr. 26. 12. 10; Robert Schill, Hpt.-Nr. 30 501, eingetr. 13. 12. 07; G. Thamm, Hpt.-Nr. 68 203, eingetr. 1. 1. 11.

In Halle a. S.: Paul Gräbe, Hpt.-Nr. 201 306, eingetr. 1. 5. 11.

In Nürnberg: Andreas Schmitt, Hpt.-Nr. 191 219, eingetr. 24. 10. 09.

In Solingen: Sebastian Wengenmeyer, Hpt.-Nr. 299 054, eingetr. 4. 5. 11.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Et.

N.B. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftdrucke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelde sind an den Hauptklassierer, Kollegen Carl Kaiser, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Et., einzusenden.

Kanntmachung.

Für unsere Verwaltungsstelle Zeitz suchen wir einen Geschäftsführer, der mit allen einschlägigen Organisationsarbeiten gut vertraut und in der Agitation sowie der Führung von Lohnbewegungen tüchtig sein muß. Verlangt wird außerdem die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift und mindestens dreijährige Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation.

Handschriftliche Offerten sind unter Schilderung der bisherigen Tätigkeit und Fertigung einer Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten bis 21. Dezember an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: O. Schumann.

Kanntmachung.

Den Bewerbern um die in Nr. 45 des "Courier" vom 10. November d. J. ausgeschriebene Stelle eines Geschäftsführers für unsere Verwaltung im Düsseldorf zur Kenntnis, daß dieser Posten besetzt ist.

Der Verbandsvorstand.

Harburg a. E.

Unser Büro befindet sich jetzt **Gr. Schiffbau 18, 1. Etage**. Sprechstunden vormittags von 11 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr nachmittags. Die Auszahlung der Unterflügelungen erfolgt Sonnabends von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Die Ortsverwaltung.

Verantw. Redakteur: Karl Millhahn, Lichtenberg-Berlin.
Verlagsanstalt "Courier", G. m. b. H.
Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.

Achtung!

Der Verbands-Vorstand hat auch in diesem Jahr dem Wunsch einer großen Anzahl Verbandsmitglieder Rechnung getragen und für das Jahr 1913 einen Transportarbeiter-Notizkalender herausgegeben.

Dieser Kalender ist handlich in Taschenformat gehalten und der Inhalt desselben den Wünschen und Bedürfnissen unserer Mitglieder aller Branchen paßt. Derselbe ist ein kleines Nachschlagewerk für die bedeutendsten und interessantesten Fragen auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete und ist somit für die Agitations- und Organisationsarbeit von größtem Nutzen. Derselbe enthält unter anderem auch die Ergebnisse der Reichstagswahl von 1912 nebst Vergleichsziffern der Wahlen von 1903 und 1907. Hinweise über die Ziele der Arbeiterbildung und Bildungsarbeit von Heinrich Ulz Auszüge über die deutsche Reichsverfassung von E. Eichhorn und andere wissenschaftliche Statistiken über die deutsche Arbeiterbewegung usw.

Der Kalender dient auch denjenigen Mitgliedern, welche sich weniger der Agitationsarbeit widmen können, als Ratgeber für alle wichtigen Fragen im Berufsleben eines Transportarbeiters dienen und ist infolgedessen jedem Mitgliede dringend zu empfehlen, sich einen solchen recht bald zu beschaffen.

Der Preis beträgt 50 Pf. für Mitglieder und 60 Pf. für Nichtmitglieder pro Exemplar.

Erhältlich ist derselbe in allen Verbandsbüros und Arbeitsnachweisen Berlins, Köpenicks und Charlottenburgs, sowie bei den angestellten Kollegen Kassierern.

* * *

Mitglieder aus allen Branchen! Die Bezirksverwaltung hält sich für verpflichtet, von dieser Stelle aus ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, daß eine ganze Anzahl Mitglieder aus den verschiedensten Branchen, welche um Gewährung von Kranken- oder Arbeitslosen-Unterstützung eingekommen sind, deshalb abgewiesen werden müssen, weil die Betreffenden ihren Beiträgen über die laut Statut vorgeschriebene Frist im Rückstande waren. Wir richten deshalb an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, auf acht zu wollen, daß ihre Beiträge stets pünktlich entrichtet werden, damit sie ihre erworbenen Rechte am Verbande nicht verlieren.

Alle Mitglieder, welche frank oder arbeitslos werden, haben das Recht, sich ihre Beiträge während dieser Zeit frei abstempeln zu lassen, vorausgesetzt, daß eben in Krankheitsfällen die hierzu erforderliche Bescheinigung von der Krankenkasse oder vom Arzt beibringen resp. bei Arbeitslosigkeit sich der laut Verbandsstatut (siehe Arbeitslosen-Reglement) vorgeschriebenen Kontrolle unterziehen.

Diese Vorschrift wird vielfach von den Mitgliedern nicht befolgt. Sehr oft kommt es vor, daß in solchen Fällen die Frist von 8 Wochen übersehen wird, so daß die Betreffenden vielfach erst nach 13, 15, ja selbst nach 20 Wochen Beitragsrückstand an ihre Pflichten denken, wo es dann selbstverständlich zu spät ist. Der Wert und die Notwendigkeit der Organisation wird leider dann erst wieder richtig erkannt, wenn die Betreffenden vereinzelt d verlassen dastehen.

Es liegt nach allem im ureigensten Interesse aller Mitglieder, ihre Pflichten dem Verbande gegenüber pünktlich zu erfüllen.

Aber auch im Interesse einer ordentlichen Buch- und Kassenführung ist die pünktliche Beitragserichtung eine unbedingte Notwendigkeit. Im eigenen befinden wir uns am Ende des Jahres, wo wegen des Jahres- und Kassenabschlusses jeder mit seinen Beiträgen in Ordnung sein muß.

Bemerkt sei noch, daß unsere Kollegen Einkassierer sowohl, als auch die Zahlstelleninhaber von uns angewiesen werden sind, restierende Beiträge über 8 Wochen hinaus nicht mehr anzunehmen. In solchen Fällen sind die betreffenden Mitglieder verpflichtet, sich an die Verwaltung zu wenden, welche über die Annahme der restierenden Beiträge und den event. nicht erforderlichen Zuweisungen resp. Vorschriften einen Beschluss herbeizuführen hat.

Desgleichen machen wir darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, die Kaufondsmärkte zu lieben, damit die Beschaffung des eigenen Heims" so fördert wird.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Ende des Jahres ein ganz beträchtlicher Teil Mitgliedsbücher voll werden und zur Umschreibung das Verbandsbüro einzureichen sind. Wir ersuchen hiermit, die vollen Bücher rechtzeitig abzuliefern, damit in der Zusstellung der neuen Mitgliedsbücher die Verzögerung nicht eintrete.

Gleichzeitig ersuchen wir jedes Mitglied, in seinem Mitgliedsbuch auf der ersten Seite (d. h. der Titelseite) unter der Rubrik „Eigenhändige Unterschrift“ allen Mitgliedsbüchern, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, den Namen und die Branche, in der es tätig ist, eigenhändig einzutragen.

Achtung!

Bibliothek!

Achtung!

In die Wissensdurstigen! Die Bibliothek ist vom 15. November ab in der Zeit von 8—2 und ½—6 Uhr geöffnet. Außerdem jeden Montag bis 9 Uhr abends und jeden Freitag bis 10 Uhr abends. Der neue Katalog wird jedem Leser in der Bibliothek Michaelkirchplatz 2, vorn parterre, in der oben angeführten Bürozeit gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches ausgehändigt.

* * *

Krankenabfertigung! Um in der Krankenabfertigung für die Zukunft zu vermeiden, daß die Mitglieder oder deren Angehörige allzu lange warten müssen, ersuchen wir folgendes zu beachten. In den schriftlichen Meldungen ob per Brief oder Postkarte ist der Name des Mitgliedes, die Verbandsmitgliedernummer, sowie der Tag Arbeitsunfähigkeit, der vom Arzt festgestellt ist, anzugeben.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A.: August Werner, Engelauer 14-15, Zimmer 84. — Telefon: Amt Mpl. 2882 und 4747.

Sektion I.

Handelsarbeiter.

Sonntagsruhe.

Vom 1. Oktober ist an den Sonntagen die Arbeitszeit von 12—2 Uhr. Die Kollegen werden hierdurch aufgefordert, rechtzeitig die Nebenwachungskommission von Lebentreihen in Kenntnis zu setzen.

Das Büro, Alte Leipzigerstr. 1. Telephon Zentrum, Nr. 2632 und 9330, ist an den Sonntagen, vormittags von 9—11 Uhr zwecks Annahme von Meldungen betreffs Lebentreihen der Sonntagsruhebestimmungen geöffnet. Die Nebenwachungskommission.

Lebens- und Genussmittelbranche!

Hausdiener, Packer und Radfahrer aus den Bäckereien, Konditoreien, Schokoladen-, Kolonialwaren-, Delikatess-, Fisch-, Wild-, Geflügel-, Obst-, Gemüse-, Blumen-, Schokoladen-, Zigarren-Geschäften usw.

Am Freitag, den 13. Dezember, abends 9 Uhr, findet im Arbeitsnachweissaal, Alte Leipzigerstr. 1, eine außerordentliche Versammlung statt:

1. Vortrag des Kollegen Schacht über: "Die Entstehung der Religion". 2. Bericht von der örtlichen Generalversammlung. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Vertrauensleute der Textilbranche.

Die Sitzungen der Vertrauensleute obiger Branche finden jeden 1. Montag im Monat im Arbeitsnachweissaal, Alte Leipzigerstr. 1, abends ½ Uhr statt.

In diesen Sitzungen zu erscheinen, ist Ehrenpflicht aller Kollegen Vertrauensleute.

Boranzeigel

Textilbranche.

Hausdiener, Packer, Radfahrer aus der Stoff-, Leinen-, Tuch-, Baumwoll-, Woll-, Teppich-, Manufaktur-, Weisswaren-, Wäsche- und Dekatur-Branche.

Um Sonntag, den 12. Januar 1913, abends 6 Uhr, findet in den „Musterräumen“, Kaiser Wilhelmstraße 18 m, ein

geselliges Beisammensein

verbunden mit Tanz und humoristischen Vorträgen.

Zu dieser Veranstaltung erwarten wir eine recht rege Beteiligung sämtlicher Kollegen mit ihren Familien.

Die Branchenleitung.

Herren-, Burschen-, Knaben-Konfektion!

Die Kollegen aus den Betrieben obiger Branchen werden ersucht, umgehend ihre Adressen an den Kollegen Schmidl, Alte Leipzigerstr. 1, abzugeben.

Sektion II.

Transportarbeiter.

Verbandskolleginnen und -Kollegen aller Branchen!

Bei der Firma

Johannes Gerold, Lützowstr. 94

befinden sich unsere Kolleginnen und Kollegen seit zwei Wochen in einem

Abwehrstreik.

Die Firma mißachtet das Recht ihrer Arbeiter, sich freigewerkschaftlich organisieren zu dürfen und zichtet in ihrem Betriebe eine gelbe Organisation groß, welche den

Zweck hat, die Tätigkeit der bei Gerold beschäftigten Arbeitnehmer auf gewerkschaftlichem Gebiete niederzuhalten.

Als unsere Kolleginnen und Kollegen sich hiergegen zu wehren versuchen, gung die Firma zu Entlassungen über. Einer nach dem Andern sollte auf Straßensässer liegen. An Stelle der alten Arbeiter will die Firma jugendliche Arbeiter zu billigen Lönen beschäftigen.

Kollegen! Die Firma, welche einerseits organisationsfeindlich gesinnt ist, versucht anderseits in den großen Buchdruckereien, Krankenkassen und industriellen Werken ihren Kassen und sonstige Kolonialwaren an die Arbeiterschaft zum Anfaß zu bringen.

Verbandsmitglieder! Achtet darauf, daß unseren streitenden Kolleginnen und Kollegen bei Gerold die größte Solidarität gezeigt wird.

Die Firma ist als gesperrt zu betrachten.

Die Sektionsleitung. J. A. Uttheß.

Branchenberater,

Branchenleiter, Betriebs-Vertrauensleute

Jeder Funktionär der Sektion II muß es als seine vornehmste Aufgabe betrachten, für den Ausbau des Verbandes nach innen und außen Sorge zu tragen. Die Branchenleitungen haben darauf zu achten, daß die Vertrauensmänner-Damen stets in Ordnung gehalten werden und weiter dafür zu sorgen, daß Betriebsvertrauensleute, welche aus ihren Unternehmen ausscheiden, sofort durch andere ersetzt werden. Kein Betrieb darf ohne einen Vertrauensmann sein! Den Betriebsvertrauensleuten erwähnt die Pflicht, für die Ausbreitung und Aufrechterhaltung der Organisation unter seinen Arbeitskameraden im Betriebe Sorge zu tragen; außerdem müssen die Vertrauensleute die für sie zuständigen Branchenführungen unbedingt besuchen und ferner ihre Branchenleiter und Branchenberater über Missstände und sonstige Vorkommnisse, die auf das Arbeitsverhältnis bezug haben, in Kenntnis sezen.

Die Sektion II. A. Uttheß.

Leitergerüstbauer.

Am Sonntag, den 8. Dezember, vorm. 10 Uhr
Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Saal 5.

Die Branchenleitung.

Kellerarbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher aus den Grossdestillationen, Wein- und Bierverkaufsgeschäften, wie den Mineralwasser- und Essigfabriken Berlins und Umgegend.

Hierdurch teilen wir mit, daß im Monat Dezember die Monatsversammlung ausfällt.

Zudem machen wir darauf aufmerksam, daß in jedem Betriebe ein Vertrauensmann vorhanden sein muß. In Betrieben, wo dies nicht der Fall ist, ersuchen wir, uns Mitteilung zu machen.

Die Branchenleitung.

Bretterträger, Kutscher, Platzarbeiter von den Holzplätzen Gross-Berlins!

Am Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Königlich Preußischen Casino“, Holzmarktstr. 72.

Große Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Uthos über: „Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen?“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Wegen der Feiertage findet die Versammlung eine Woche später statt.

Ohne Mitgliedsbuch oder ausgefüllten Aufnahmeschein kein Zutritt.

Weitere Anfragen werden nicht länger als 8 Wochen rückständig sein. Massenbesuch erwartet

Die Branchenleitung.

Kollegen Fenster- und Messingputzer!

Der Zentralarbeitsnachweis für Fenster- und Messingputzer befindet sich **alle Zeitungen** Nr. 1, Tel: Rote Zentrale, Nr. 9380 u. 2632.

Jeder organisierte Fensterreiniger oder Messingputzer ist verpflichtet, Arbeit nur durch den obenbenannten Arbeitsnachweis anzunehmen.

Das Umfragen nach Arbeit ist nicht gestattet.

Unser Arbeitsnachweis ist geöffnet morgens von 6—8 Uhr und abends von 4—7 Uhr.

Neue Stellen sind sofort dem Arbeitsnachweis zu melden.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Arbeitsnachweise von Kötter, Neue Grünstr. 21, und der Nachweis der Metallindustrien laut Versammlungsbeschluß für organisierte Fenster- und Messingputzer gesperrt sind.

Die Branchenleitung. J. L.: F. Lambricht.

* * *

Am Donnerstag, den 12. Dezember 1912, abends 6 Uhr, in Freih. Wilhelms Festsaal, Sebastianstr. 39:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Legelschen Streit. 4. Geschäftliches.

Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Die Branchenleitung.

Geschäftskutscher, Lagerarbeiter und Arbeiterinnen.

Am Sonntag, den 8. Dezember, mittags 2 Uhr, in den Brachräumen „Alt Berlin“, Blumenstr. 10/11:

Branchen- und Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der örtlichen Generalversammlung. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. Das Erscheinen der Kolleginnen und Kollegen ist Pflicht.

Die Branchenleitung.

Jugend - Abteilung.

Versammlungen.

Abteilung Neukölln. Am Sonnabend, den 7. Dez. abends 8^½ Uhr, bei Adolf Zappert, Steinmeierstr. 114.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Koll. Emil Bohm, über: „Bürgerliche und proletarische Jugendbewegung“. 2. Die Wanderklasse der Jugendsektion. 3. Verschiedenes.

In dieser Versammlung werden Beitragsverklärungen und Spesenlagen für die Wandersparklasse entgegengenommen. Desgleichen bei nachstehend aufgeführten Koll.: Ernst Ulmke, Münchenerstr. 11; Kurt Reichel, Berlinerstr. 84; Erich Kurz, Kirchhof 49, v. III.

Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen und vorzuzeigen.

Die Teilnahme der Koll. an den Versammlungen wird in einem besonderen Kontrollbuch vermerkt.

Für die jugendlichen Transportarbeiter und Arbeiterinnen der Abteilung Neukölln finden regelmäßig an jedem Mittwoch, abends in der Zeit von 8^½—10 Uhr, im Lokal von Zabel, Steinmeierstr. 46,

Spiel-Abende

statt. Unter anderem wird auch ein

Schachspiel-Kursus

einführt werden, für den der Kollege M. Krönle als Lehrer gewonnen ist.

Die Beteiligung am Spiel-Abend sowie am Schachspiel-Kursus ist unentgeltlich. Kein Trinkzwang! Rauchen im Spielabend ist nicht gestattet.

Die Abteilungsleitung.

Sektion IV.

Kraftdroschkenführer.

Am Montag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr,

Vertrauensmänner-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Hof 1. 8 Tr. (Arbeitsnachweis).

Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Von jedem Betrieb muß ein Vertreter erscheinen.

Die Branchenleitung.

Kranken- und Verbekasse der Fuhrherren, Kutscher und verwandten Berufsgenossen „Eintracht“ (E. H. Nr. 80) zu Berlin. Bureau: Mulackstrasse 19.

Am Montag, den 23. Dezember, abends 8 Uhr, in Schulz' Fenstälern, Königsgraben 2

Außerordentliche General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Umänderung der Hilfskasse zu einem kleinen Versicherungsverein, gemäß dem Gesetz über die privaten Versicherungen vom 20. Dezember 1911. 2. Vorlegung und Beschlussfassung der neuen Satzungen. 3. Verschiedenes.

Angesichts der überaus wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch.

Der Vorstand.

J. A.: H. Suhr, 2. Rendant.

Geschäfts- und Lastwagen-Chauffeure.

Am Sonntag, den 19. Januar 1913, findet in den Andreas-Festälen, Inhaber Herm. Börgmann, Andreasstr. 21, unser

Winterfest

statt. — Mitwirkende: Konzertorchester Blanschesky. Konzertsängerin Fr. Else Colmann. Recitation Koell. Max Bieth. Gesangverein der Transportarbeiter Festrede gehalten vom Kollegen Paul Müller.

Nachdem: Tanz.

Salzöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Eintritt 30 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Eintrittskarten sind zu haben bei den Beitragskassierern, Vertrauensleuten und im Büro, Engelstr. 15, 2 Tr., Zimmer 43/44.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Branchenleitung.

Bekanntmachung.

Nach der neuen Polizeiverordnung vom 1. August 1912 über die Änderung der Droschkenordnung heißt es im Absatz 7 des § 85:

Der Führer einer Kraftdroschke darf keine Fahrt mehr annehmen, wenn seit seinem Dienstantritt 12 Stunden verflossen sind.

Wir ersuchen alle Kollegen, um die Fälle mitzuzeigen, wo diese Bestimmung übertreten wird.

Wiederholt ist mitgeteilt worden, daß einzelne Fuhrherren die Führer zur Übertretung der Bestimmung anhalten, auch erklärt sich Führer freiwillig bereit durchzufahren.

Wir fordern die Kollegen auf, obengenannte Bestimmung strikt einzuhalten und werden nunmehr gegen die Fuhrherren sowie Führer vorgehen, die sich diesbezüglich Übertretungen schuldig machen. Alle Fälle sind in unserem Verbandsbüro Engelstr. 15 II Zimmer 43/44 zu melden.

Die Sektionsleitung.

* * *

Ebenso werden die Kollegen gebeten, diejenigen Kollegen zu melden, die sich als Hauptaufgabe das Ziel gesteckt haben, andern Kollegen die Führer wegzustehlen.

Es ist hierbei notwendig, die Zeit und den Ort, wo der Betreffende wiederholt versucht Führer zu kapern, sowie auch die Droschkennummer anzugeben, wenn möglich auch den Namen. Auch gegen diese Kollegen müssen wir Stellung nehmen, da das Gefahren dieser Nimmersatte Unzufriedenheit in unseren Reihen herbeizuführen scheint.

Die Branchenleitung.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die §§ 24 Absatz 2 und 45 Absatz 3 der Droschkenordnung vom 16. Februar 1905 und § 7 der Polizeiverordnung, betreffend den Betrieb des Taxifahrwerts, vom 10. Dezember 1881, wird hierdurch bestimmt, daß sich die Droschken- und Taxifahrer zur Abstempelung ihrer Fahrtscheine für das Jahr 1913, unter Vorlegung des Erkennungsschildes, die Kraftdroschkenführer gleichzeitig unter Vorlegung des Führerscheines, im vorgeschriebenen Dienstanzuge, nach den Anfangsbuchstaben ihrer Nummer geordnet, in nachstehender Reihenfolge im Bureau des Verkehrscommissariats am Alexanderplatz, Stadtbahnseite, Eingang 5, Zimmer 76, einzufinden haben, und zwar in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Am 2. Januar 1913 die Führer mit A.

Am 3. Januar 1913 die Führer von B bis Bf.

Am 4. Januar 1913 die Führer von Bl bis Br.

Am 6. Januar 1913 die Führer von Brau bis Bz.

Am 7. Januar 1913 die Führer von C bis Ch.

Am 8. Januar 1913 die Führer von Di bis Dz.

Am 9. Januar 1913 die Führer von E bis Et.

Am 10. Januar 1913 die Führer von Ef bis Ez.

Am 11. Januar 1913 die Führer von F bis Fn.

Am 13. Januar 1913 die Führer von Fo bis Fz.

Am 14. Januar 1913 die Führer von G bis Gl.

Berlin, den 21. November 1912.

(Nr. X. D. 391/12.)

Der Polizeipräsident.

Im Auftrage:

Bergert.

Berliner Lokales.

Als Begegnung wird der Droschkenchauffeur, welcher am 9. März, mittags, am Halteplatz Alexanderplatz als erster hielt und gesehen hat wie ein Radfahrer mit Paketen gegen ein vor fahrendes Auto prallte. Der Radfahrer war ein Mann von 30 Jahren, der einen Hut trug und einen Mantel und eine Jacke trug. Der Droschkenchauffeur hat sich später im Hotel Caesar, Moabit, gefragt, wie die Sache verlaufen sei. Wurde zu melden bei Karl Stelle, Wilhelmshavenerstr. 14, Querstr. 4 Tr.

Bei einer geselligen Abend der Einklassierer und Klassenboten am 20. November (Festtag) in den Brachräumen „Alt-Berlin“ ein Paar Damenhandtasche, die im Bureau, Engelstr. 15, Zimmer 34, abgeholt werden können.

Zwei Männer sind bei dem geselligen Abend der Einklassierer und Klassenboten am 20. November (Festtag) in den Brachräumen „Alt-Berlin“ ein Paar Damenhandtasche, die im Bureau, Engelstr. 15, Zimmer 34, abgeholt werden können.

Der Kraftstr. 12 führt, der in der Nacht vom Mittwoch, den 30. Oktober zu Donnerstag, den 31. zwischen 2 und 4 Uhr einen Studenten einen grünen Ledermantel und Stock als Pfand abgenommen hat, wird gebeten, sich in der Redaktion des „Courier“, Michaelisplatz 1, gegen Erstattung des Fahrgeldes, sofort zu melden.

Sektion V.

Industriearbeiter.

Agitationsmarke!

Den Mitgliedern der Sektion 5, Industriearbeiter, das heißt, allen Verbandsmitgliedern, die in den Metallbetrieben Groß-Berlin tätig sind, sei hiermit zur besonderen Kenntnis gebracht, daß laut Sektionsbeschluß jeder verpflichtet ist, allmonatlich mindestens eine Agitationsmarke zum Preise von 10 Pfennig zu kleben.

Die Marken sind bei den Betriebsvertrauensleuten zu haben und werden die Kollegen ersucht, sich solche von den Vertrauensleuten zu fordern.

Kollegen von Betrieben ohne Vertrauensleute ist Gelegenheit gegeben, ihren Markenbedarf in den allmonatlich stattfindenden Branchenversammlungen decken zu können.

Die aus dem Markenumfang sich ergebende Ginnahme wird für die Förderung der Agitation unter den Berufsangehörigen verwendet und kommt den Kollegen wieder voll zu gute.

Wir erwarten, daß dem Beschluß Rechnung getragen wird und jeder bestrebt ist, der ihm auferlegten Verpflichtung pünktlich nachzukommen.

Die Sektionsleitung. J. L.: Karl Fromke.

Betriebe mit Agitation für den Verband!

An unsere Mitglieder in den Berliner Metallbetrieben werden wir uns mit der Bitte, mehr Agitation für unseren Verband zu betreiben und Mitglieder zu werben.

Noch große Teile unbeachtetes Feld liegen brach, wo Berufskollegen tätig sind und der Organisation nicht angehören. Diese für unsere Ziele zu gewinnen, muß für jeden Ehrenaufgabe sein.

Durch eine in jüngster Zeit aufgenommene Statistik wurde festgestellt, daß in den Berliner Metallbetrieben über 16 000 Personen vorhanden sind, die als Bäcker, Lager-, Betriebs-, Hof- und Transportarbeiter beschäftigt werden.

Der Organisation gehören erst 8000 an, so daß noch circa 50 % uns fernstehen. Im Interesse unserer Ziele liegt es, die Fehlenden so bald als möglich unseren Reihen anzuführen.

Um der Erfüllung dieser Aufgabe muß jeder mehr als bisher tun, seiner Pflicht nachkommen und sich agitatorisch betätigen.

Wir erwarten, eine solche Mithilfe bei allen Kollegen zu finden.

Die Sektionsleitung.

Lager-, Hils-, Hof- und Plazarbeiter aus den Eisenkonstruktionswerkstätten, sowie gemischten Betrieben.

Am Sonntag, den 8. Dezember, mittags 1 Uhr, findet eine

Besichtigung der Arbeiter-Wohlfahrtausstellung in Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11/12, statt.

Treffpunkt der Kollegen mittags 12^½